

Mit ganzem Herzen Rheinland-Pfalz!

Regierungsprogramm 2006-2011



CDU Rheinland-
Pfalz

<u>Gliederung</u>	Seite
I. <u>Mit ganzem Herzen Rheinland-Pfalz</u>	5
II. <u>Wohlstand für alle</u>	10
1. Soziale Marktwirtschaft für Rheinland-Pfalz	12
2. Politik für eine vorbildliche europäische Mittelstandsregion	13
3. Wirtschaftsförderung verbessern	14
4. Neue Grundlagen zur Finanzierung des Mittelstands	15
5. Gezielte Förderung der Existenzgründung	16
6. Unterstützung bei Betriebsübernahmen bei Familienunternehmen	17
7. Konversion – zukunftsfähige Nutzung ehemaliger Militäranlagen und konstruktive Begleitung weiterhin stationierter Truppenteile im Land	17
8. Ausbau einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur	18
9. Mit dem Fremdenverkehr zu einer strukturstarken Region	20
10. Medienstandort Rheinland-Pfalz	21
11. Chemiestandort Rheinland-Pfalz	22
III. <u>Bildung für alle</u>	24
1. Für ein ideenreiches Rheinland-Pfalz	24
2. Mit einer begabungsgerechten Bildungspolitik Ideen wecken	25
3. Frühe und bessere Förderung in Kindertagesstätte und Grundschule	26
3.1 Kindergarten ab 2 Jahren	26
3.2 Kindergarten beitragsfrei	27
3.3 „Fördernde Grundschule“	28
4. Sprachförderung verbessern, Deutsch als Kernfach stärken	30
5. Reform des Schulwesens	30
6. Unterrichtsgarantie durchsetzen	32
7. Wertevermittlung und Sozialverhalten stärken	33
8. Leistungsstarke Schülerinnen und Schüler fördern	34
9. Ganztagsangebote erweitern	35

10. Berufsbildende Schulen unterstützen und fördern	35
11. Behindertenpädagogik ausbauen	37
12. Mit einer modernen Hochschulpolitik Ideen verwirklichen	37
13. Mehr Autonomie für die Hochschulen	39
14. Stärkung und Weiterentwicklung der Fachhochschulen	41
15. Eine verbesserte Lehrerausbildung	41
IV. <u>Eine menschliche Gesellschaft für alle</u>	43
1. Für ein Land des sozialen Zusammenhalts	43
2. Die Familie ist der Kern der Gesellschaft	44
3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf	46
4. Miteinander der Generationen	49
5. Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft	50
6. Die ältere Generation stärker einbinden	52
7. Gleichberechtigung von Frau und Mann	55
8. Teilhabe für alle ermöglichen	56
9. Integration fördern und fordern	58
10. Für die Kranken da sein	59
11. Gesundheit unserer Kinder	60
V. <u>Sicherheit für alle</u>	64
1. Bürger schützen, Verbrechen bekämpfen	64
2. Mehr Sicherheit mit mehr Polizei vor Ort	65
3. Opferschutz verbessern	68
4. Auch Bagatelldelikte sind Straftaten	69
5. Abbau der Kinder- und Jugendkriminalität	69
6. Schulen sicherer machen	70
7. Bekämpfung der Organisierten Kriminalität	72
8. Kampf gegen die Drogenkriminalität	73
9. Extremismusbekämpfung – wehrhafte Demokratie erhalten	74

10. Verfassungsschutz ist Erkenntnis- und Handlungssystem gegen Terror und Organisierte Kriminalität	75
11. Bevölkerungsschutz durch Feuerwehren und Katastrophenschutz ausbauen	75
12. Haftanstalten – Sicherheit der Bürger gewährleisten	77
VI. <u>Ein lebenswertes Rheinland-Pfalz für alle</u>	78
1. Solide Finanzen für eine sichere Zukunft	78
2. Bürgergesellschaft verwirklichen - Kompetenz statt Bürokratie	81
3. Regieren und verwalten in einer vernetzten Welt – eGovernment	83
4. Europa ist unsere Zukunft	88
5. Mehr Verantwortung vor Ort – für eine moderne Verwaltung im Land	90
6. Mit einer ideenreichen Kulturpolitik die Vielfalt genießen	93
7. Religionsgemeinschaften – für ein friedliches Miteinander der Religionen	95
8. Ehrenamt – für eine aktive Bürgergesellschaft in Rheinland-Pfalz	96
9. Heimatvertriebene und Spätaussiedler integrieren	97
10. Land- und Forstwirtschaft, Weinbau und ländlicher Raum bieten ein gesundes und lebenswertes Zuhause	98
11. Verbraucherschutz ist ein Recht auf sichere Produkte	102
12. Natur und Umwelt – Chancen des Umweltschutzes nutzen, Bürokratie vermeiden	103
13. Gewässer- und Hochwasserschutz – Betroffene nicht im Regen stehen lassen	105
14. Tierschutz heißt, die Schöpfung bewahren	106
15. Energiepolitik – verantwortlicher Umgang mit dem richtigen Energiemix	106
16. Sport – miteinander leben, miteinander aktiv sein	108
VII. <u>Stichwortverzeichnis – unsere Politik von A-Z</u>	111

I. Mit ganzem Herzen Rheinland-Pfalz

Mit ganzem Herzen Rheinland-Pfalz: Die Region in der Mitte Europas mit einer großen Geschichte, einer kulturellen Vielfalt, reizvollen Landschaften und wunderbaren Menschen. Rheinland-Pfalz galt als Land des Fortschritts, der Sicherheit, des wirtschaftlichen Aufschwungs, des sozialen Zusammenhalts und der Lebensfreude. Ein Land, auf das wir mit gutem Grund stolz sein konnten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die zerstörten Städte und Dörfer unter schwersten Bedingungen in gegenseitiger Hilfe wieder neu aufgebaut. Ein gewaltiger Aufholprozess begann. Rheinland-Pfalz entwickelte sich vom Armenhaus der Nation zu einem Land, das nicht nur seinen Menschen eine lebenswerte Heimat war, sondern auch genügend Arbeitsplätze besaß und Schulen bot, auf die man seine Kinder gern schickte. Wir waren Ende der achtziger Jahre eine Vorbildregion für Deutschland und Europa. In diesen vierzig Jahren wurde alles auf den Weg gebracht, was unser Land groß und stark gemacht hat.

Aber wo stehen wir heute? Diese beispiellose Erfolgsgeschichte ist in den vergangenen Jahren zum Stillstand gekommen. Die Gründe hierfür liegen in einer verfehlten Landespolitik, die bis heute die falschen Akzente setzt. Anstatt die Mittel zielgenau für Bildung und Wissenschaft sowie für die Förderung des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz zu verwenden, wurde viel Geld für sinnlose Projekte und eine überbordende Bürokratie verschleudert. All das brachte unser Land nicht voran und unter diesen Folgen leiden heute die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz.

Die Sozialdemokraten hatten nun 15 Jahre die Möglichkeit, Rheinland-Pfalz voran zu bringen. Sie haben ihre Chance nicht genutzt! Ganz im Gegenteil: Sie übernahmen 1991 die Verantwortung für ein Land, das bis dahin zum Besten gehörte, was Deutschland vorweisen konnte. Das soll wieder so werden. Unser Ziel ist nicht das Mittelfeld. Unser Ziel muss die Spitze sein. Dafür brauchen wir eine politische Wende hin zu einer wirksameren Wirtschaftspolitik, einer besseren Bildungspolitik und einer entschlosseneren Politik für mehr Innere Sicherheit.

Die Auswirkungen der erfolglosen SPD-Politik spüren die Menschen tagtäglich. So viele Arbeitslose wie unter der Regierung Beck gab es noch nie in Rheinland-Pfalz. Die Arbeitslosig-

keit hat sich in den Jahren der SPD-geführten Landesregierung mehr als verdoppelt. Und immer mehr Menschen haben Angst vor dem sozialen Abstieg. Viele Menschen finden vor Ort keine Arbeit. Sie müssen in andere Regionen pendeln – Tag für Tag, Woche für Woche, denn Rheinland-Pfalz selbst kann seinen Einwohnern nicht genügend Arbeitsplätze bieten. Das Schicksal der fast 200.000 arbeitslosen Menschen darf uns nicht gleichgültig sein. Eine verantwortungsvolle Landesregierung verweist nicht achselzuckend auf den Bund und sieht der steigenden Massenarbeitslosigkeit nicht tatenlos zu. Eine solche Politik hilft den betroffenen Menschen nicht weiter. Sie möchten auch im Wohlstand leben können. Wir brauchen im Land eine politische Wende für mehr Beschäftigung.

Wir haben als CDU Rheinland-Pfalz ein übergeordnetes politisches Ziel: Vollbeschäftigung für alle zu schaffen. Denn Vollbeschäftigung ist die Voraussetzung für Wohlstand, Wachstum, Lebensfreude und soziale Sicherheit, die heute so gefährdet ist wie nie zuvor in Rheinland-Pfalz. Wir sehen die Beschäftigungspolitik nicht nur als Aufgabe des Bundes, sondern auch als einen entscheidenden Teil der Landespolitik. Ein Land, das tief in der Schuldenfalle steckt, kann Geld nicht mehr mit der Gießkanne verteilen. Hier ist ein Umdenken notwendig. Die Mittel müssen gezielt in die Förderung der mittelständischen Wirtschaft, in die Verbesserung unseres Bildungswesens, in den Ausbau der Verkehrswege und nicht zuletzt in die Förderung und Vernetzung von Forschung und Technologie investiert werden. Dass sich so verstärkt Kräfte für mehr Wachstum und Beschäftigung freisetzen lassen, haben uns nicht nur unsere Nachbarländer wie Österreich, die Schweiz oder die Niederlande gezeigt, sondern eben auch andere Bundesländer wie Baden-Württemberg und Bayern bewiesen.

Aber nicht nur im Bereich Wirtschaft und Arbeit hat die Regierung ihre Schwerpunkte falsch gesetzt, auch unser Bildungssystem ist verbesserungsbedürftig. Der Zustand der Schulgebäude steht dafür beispielhaft. Altes, ramponiertes Mobiliar, Schimmelbefall und abbröckelnder Putz sind keine Einzelfälle. Wer sich die Lage an unseren Schulen heute vergegenwärtigt, sieht, dass unsere einst erstklassigen Schulen in eine bedauerliche Lage geraten sind.

Vor allem fehlt es nahezu an jeder Schule an Lehrkräften. Über 20.000 Unterrichtsstunden fallen pro Woche an den rheinland-pfälzischen Schulen aus. Nicht nur an den Berufsschulen, auch an den Gymnasien ist das Schüler-Lehrer-Verhältnis in Rheinland-Pfalz das zweitschlech-

teste in ganz Deutschland. Aus allen Teilen des Landes berichten Eltern besorgt über massiven Unterrichtsausfall. Durch diese schlechte Unterrichtsversorgung wird den Kindern unseres Landes die Chance auf eine gute Ausbildung genommen. Dabei ist hinreichend bekannt, welche Folgen eine mangelnde Schulbildung hat: Verschlechterte Zugangschancen ins Berufsleben, ein erhöhtes Armuts- und Gesundheitsrisiko und niedrigere Verdienstmöglichkeiten im späteren Leben sind nur einige Folgen unterfinanzierter Schulen, ganz zu schweigen von zunehmender Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben. Die Zukunft unserer Kinder wird hier leichtsinnig aufs Spiel gesetzt. Das müssen und können wir bei den kommenden Wahlen stoppen. Die CDU steht für ein Ende der Kürzungen in der gesamten Bildungslandschaft, eine Verbesserung der Qualität des Bildungswesens und eine individuelle Förderung. Unsere Kinder haben ein Recht darauf, nicht dauernd unter Unterrichtsausfall zu leiden. Wir werden deshalb eine Unterrichtsgarantie durchsetzen.

Auch auf dem Gebiet der Wissenschaft verlieren wir zunehmend den Anschluss an erfolgreiche Länder. Immer mehr Forscher wandern ab – nicht nur ins Ausland, sondern eben auch an die Hochschulen anderer Bundesländer. Neue Erfindungen an Hochschulen führen aber zu neuen Arbeitsplätzen. Warum also nicht auch in Rheinland-Pfalz? Leider hat die Landesregierung zahlreiche Chancen in diesem Bereich vertan, beispielsweise in der Biotechnologie. Ideenreich zu leben und dabei gefördert zu werden, dafür bedarf es einer Politik des Vertrauens und der Verantwortung. Wissenschaft und Forschung sind deshalb systematisch zu fördern und dürfen nicht auf Sparflamme gehalten werden.

Rheinland-Pfalz ist unter den SPD-geführten Landesregierungen nicht nur ideenloser, sondern auch ärmer und sozial kälter geworden. Armut macht besonders vor den Kinderzimmern nicht Halt. Ende 2003 lebten in Rheinland-Pfalz mehr als 40.000 Kinder von der Sozialhilfe. Kinder spüren die Folgen sozialer Ungleichheit besonders hart. Sie leiden nicht nur unter zu wenig Geld, sondern auch unter sozialer Ausgrenzung und mangelnden Entfaltungsmöglichkeiten. Eine sozial verantwortliche Politik muss das Kernübel der Familienarmut bekämpfen – die Arbeitslosigkeit. Diesen Zusammenhang belegt sogar der Armutsbericht der Regierung: Die Arbeitslosigkeit ist der Hauptgrund für Armut. Bei den Betroffenen können neben Geldmangel Probleme wie soziale Vereinsamung und eine erhöhte Suchtgefahr auftreten, die oft eine Spi-

rale des sozialen Abstiegs auslösen. Soziale Ausgrenzung kann nur über den Abbau von Arbeitslosigkeit überwunden werden. Und mehr Beschäftigung ist nur mit höherem Wirtschaftswachstum möglich. Wir stehen für ein neues Miteinander, eben für soziale Verantwortung. Zukünftige Arbeitsplätze sichern wir durch Investitionen in die Bildung kommender Generationen. Dadurch garantieren wir die Zukunftsfähigkeit von Rheinland-Pfalz.

Rheinland-Pfalz ist in den vergangenen Jahren nicht sicherer geworden. Ganz im Gegenteil: Rasant steigende Kriminalitätszahlen und die bundesweit niedrigste Polizeidichte verunsichern nicht nur immer mehr Bürgerinnen und Bürger, sondern gefährden auch deren Sicherheit. Wir treten der wachsenden Kriminalität entgegen, indem wir die Polizeidichte erhöhen und eine sichtbare Polizeipräsenz schaffen werden.

Wenn wir auf Dauer die Landespolitik erfolgreich gestalten wollen, brauchen wir eine solide und verlässliche Finanzpolitik. Mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger verantwortlich umzugehen ist unser Auftrag. Wir wollen keine Politik der Verschwendung. Wir müssen schrittweise die jährliche Neuverschuldung senken, damit uns die Zinslasten nicht alle künftigen Handlungsspielräume zunichte machen und uns die Fähigkeit nehmen, Zukunftsaufgaben zu meistern. Deshalb müssen wir die begrenzten Mittel entschlossen auf die für unsere Zukunft wichtigen Bereiche – insbesondere in den Bereichen Bildung und Innere Sicherheit – ausrichten. Einsparungen können durch eine systematische Entbürokratisierung und eine Streichung unnötiger Vorschriften erzielt werden.

Als die große rheinland-pfälzische Volkspartei, die wie keine andere vor Ort verankert ist, wissen wir: Rheinland-Pfalz kann mehr! Wir spüren und erkennen die Sorgen und Nöte unserer Bürger. Mit einer CDU-geführten Landesregierung wird Christoph Böhr aufgrund einer durchdachten und verlässlichen Politik wieder daran anknüpfen, was Wilhelm Boden, Peter Altmeier, Helmut Kohl, Bernhard Vogel und Carl-Ludwig Wagner hier aufgebaut haben. Wir brauchen endlich wieder eine Politik, die maßvoll mit den öffentlichen Mitteln umgeht, die eine wirksame Wirtschaftspolitik für mehr Beschäftigung umsetzt, die erfolgreich die Kinderarmut bekämpft und die entschlossen die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger verteidigt. Dagegen müssen wir Abschied nehmen von einer Politik der Beliebigkeit, bei der jedem alles

wahllos versprochen wird und lebenswichtige Schwerpunkte auf der Strecke bleiben. Eine solche Politik entspricht nicht unseren Vorstellungen des christlichen Menschenbildes. Unsere Grundüberzeugung fußt auf der Vorstellung, dass jeder Mensch ein einzigartiges, freies, verantwortliches und geliebtes Geschöpf Gottes ist. Die Schwachen zu stützen, sich für Gerechtigkeit und Frieden einzusetzen sowie die Schöpfung zu bewahren, sind für Christen und Nichtchristen erstrebenswerte Ziele. Hierzu brauchen wir eine Politik der Standfestigkeit und ein Wertegefüge, in dem Aufrichtigkeit, Mut, Fleiß, soziale Gerechtigkeit und Leistungsbereitschaft wieder einen hohen Stellenwert haben.

Dafür steht Christoph Böhr. Er verkörpert mit seinem Verantwortungsbewusstsein, seiner Menschennähe und seiner Zielstrebigkeit unser politisches Leitbild. Er möchte die Talente unseres Landes Rheinland-Pfalz nicht verschenken, sondern sich wieder auf dessen Stärken und Möglichkeiten besinnen. Die Vielfalt des Landes zeigt sich z. B. mit dem Sportler Fritz Walter, über den Dichter Clemens Brentano, bis zu dem Erfinder Johannes Gutenberg. Doch Rheinland-Pfalz wird unter Wert regiert. Es kann mehr und die Menschen wollen mehr. Kompetenz und Konzepte, Glaubwürdigkeit und Führung, dafür steht die Christlich Demokratische Union in Rheinland-Pfalz. Dafür steht Christoph Böhr. Wir möchten an die Erfolgsgeschichte der CDU-geführten Regierungen anknüpfen. Wir bitten Sie bei der kommenden Landtagswahl am 26. März 2006 um diesen Auftrag.

II. Wohlstand für alle

Im Wohlstand leben: Das war fast 200.000 Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Rheinland-Pfalz im letzten Jahr nicht vergönnt – sie waren arbeitslos. Weitere 2.500 mussten private Insolvenz anmelden. Das ist eine Zunahme von 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit schlägt aber auch auf die Familien durch. Knapp 40.000 unserer Kinder müssen in Armut leben – viele, weil ihre Eltern ohne Arbeit sind. Nur eine wirkungsvoll eingesetzte Wirtschaftspolitik kann diese erschreckende Abwärtsspirale stoppen. Wir brauchen endlich wieder ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in unserem Land. Das ist die Grundvoraussetzung für Arbeitsplätze, wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit. Dafür steht die CDU Rheinland-Pfalz seit ihrer Gründung.

Die Massenarbeitslosigkeit ist kein unumstößliches Schicksal für die Menschen in unserem Land. Wir müssen die Chancen nur besser nutzen: Wir liegen mitten in der erweiterten Europäischen Union, in einer der stärksten Regionen des Kontinents, die sich wie ein Gürtel von London über den Rhein, die Burgundische Pforte und die Rhone bis ans Mittelmeer erstreckt, mit großer industrieller Tradition, dichter Infrastruktur und enormem Zukunftspotenzial. Wir müssen diese Chance nutzen und ein wenig aus dem Schatten dieser Kette von wirtschaftlichen Ballungszonen treten - das ist unsere politische Aufgabe. Wir wollen Kräfte bündeln, um im Wettbewerb der Regionen besser bestehen zu können. Beispiele hierfür sind Regionalparks und die Stärkung der Metropolregion Rhein-Neckar. Die Herausforderungen des demographischen Wandels müssen dabei offensiv angegangen werden. Ebenso ist den Erfordernissen einer mobilen Gesellschaft Rechnung zu tragen. Der Blick auf andere Bundesländer wie Bayern oder Baden-Württemberg zeigt, dass eine gute Landespolitik viel bewirken kann. Auch Rheinland-Pfalz hatte seit seiner Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg unter der Führung der CDU gewaltige Fortschritte gemacht.

Die seit 1991 SPD-geführte Landesregierung konnte diese Dynamik nicht fortsetzen. Sie fand keine ausreichende Antwort auf die neuen Herausforderungen, wie die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes, die zunehmende wirtschaftliche Globalisierung und den technologischen Wandel. Als Folge droht Rheinland-Pfalz den Anschluss an die Entwicklung der erfolg-

reicherer Bundesländer zu verlieren. Die Kluft zwischen ihnen und Rheinland-Pfalz wird zunehmend größer, nicht nur bei der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. So belegt die wirtschaftliche Gesamtleistung je Einwohner in unserem Land den vorletzten Platz unter den alten Bundesländern. Rheinland-Pfalz liegt mehr als 16 Prozent hinter dem Durchschnitt der alten Bundesländer. Rheinland-Pfalz leistet für Forschung und Wissenschaft weit weniger als die meisten anderen Länder. Aus diesem Grund erwirtschaften wir in modernen Wachstumsbranchen auch weniger als alle westdeutschen Länder. Rheinland-Pfalz wird hier sogar von Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern übertroffen.

Die amtierende Landesregierung darf dafür die Verantwortung nicht von sich weisen. Die Landespolitik trägt hohe Mitverantwortung für die Entwicklung der Regionen. Denn sonst könnten uns andere Länder nicht so weit voraus sein. Deshalb muss eine neue Landesregierung klare wirtschaftspolitische Ziele für Rheinland-Pfalz setzen und die Kräfte des Landes darauf richten:

Wir wollen,

- dass in Rheinland-Pfalz mehr neue Arbeitsplätze entstehen und wieder mehr Rheinland-Pfälzer Arbeit im eigenen Bundesland finden,
- dass Rheinland-Pfalz in seiner Wirtschaftskraft im Bundesvergleich zu den starken Ländern aufschließt,
- dass Rheinland-Pfalz Vorbild als Region des europäischen Mittelstandes ist,
- dass Einkommen und Wohlstand der Menschen in Rheinland-Pfalz steigen,
- dass Rheinland-Pfalz hervorragende Leistungen für Wissenschaft und Forschung erbringt,
- dass alle Regionen des Landes durch moderne Verkehrsachsen an ein leistungsfähiges deutsches und europäisches Verkehrssystem angebunden und so in die umgebenden Zentren von Wirtschaft und Industrie integriert werden,
- dass es gleichwertige Lebenschancen für die Menschen in Städten und ländlichen Räumen gibt.

1. Soziale Marktwirtschaft für Rheinland-Pfalz

Eine erfolgreiche Wirtschaft braucht günstige Rahmenbedingungen. Das große Erfolgsrezept der Wirtschaftspolitik in Deutschland war und bleibt die Soziale Marktwirtschaft. Diese gilt es zu erneuern durch den Bund und durch die Länder. Offener Markt und Wettbewerb sind die entscheidenden Triebfedern für Wachstum und Innovationen. Die Aufteilung der Aufgaben zwischen Staat, der Wirtschaft und den freien und verantwortlichen Bürgern muss neu austariert werden. Wir müssen die Staatsquote senken. Wir brauchen ein einfaches, durchschaubares und gerechtes Steuersystem. Wir müssen die Abgabenlast senken und die Weichen stellen für mehr Beschäftigung, mehr Investitionen und beste Produkte, die sich in einem weltweiten Markt durchsetzen. Eine starke Wirtschaft ist die Basis für soziale Sicherheit und Hilfe für die Schwachen. Aus diesem Grund werden wir die Wettbewerbsbedingungen für unseren Mittelstand verbessern.

Zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft gehört auch die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Diese verhindert legale und gefährdet bestehende Arbeitsverhältnisse. Legale Arbeit darf nicht länger durch „schwarze Schafe“ verdrängt werden. Einnahmeausfälle in unserem Steuer- und Sozialversicherungssystem sind ernstzunehmende Folgen. Der Umsatz der Schattenwirtschaft betrug im letzten Jahr nach vorsichtigen Schätzungen über 370 Mrd. Euro. Allein 91.400 Strafverfahren wurden gegen Schwarzarbeit eingeleitet. Finanzkontrollen sind dabei nur oberflächliche Kosmetik, wir müssen die Ursachen bekämpfen. Die Senkung der Steuern und Lohnnebenkosten ist dafür das beste Mittel, denn Schwarzarbeit ist nur politisch nachhaltig zu bekämpfen. Der Mittelstand kann die Vorteile seiner Leistung, Qualität, Zuverlässigkeit und Garantie erst dann wieder gegen die Konkurrenz ausspielen, wenn er durch niedrigere Lohnzusatzkosten auch im Preiswettbewerb mithalten kann.

Eine neue Landesregierung muss die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft tatkräftig und mit eigenen Impulsen unterstützen. Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich für eine Senkung der Lohnnebenkosten, für eine erleichterte Neueinstellung von Langzeitarbeitslosen und für mehr Gestaltungsspielraum der Unternehmen einsetzen.

2. Politik für eine vorbildliche europäische Mittelstandsregion

Rheinland-Pfalz ist Mittelstandsland. Über 80 Prozent aller Arbeitsplätze und annähernd 86 Prozent aller Ausbildungsplätze werden von Unternehmen mit bis zu 500 Mitarbeitern gestellt. Von den 145.000 gewerblichen Unternehmen sind über 99 Prozent dem Mittelstand zuzuordnen. 60 Prozent der Umsätze in der Wirtschaft werden von mittelständischen Unternehmen erwirtschaftet. Er bildet damit das Rückgrat der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz. Für Arbeit und Wohlstand in unserem Land setzt die CDU deshalb auf den Mittelstand. Für ihn will die CDU die Marktbedingungen so gestalten, dass er seine innovative Stärke, seine Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, seine Kundennähe und Reaktionsschnelligkeit bestmöglich einsetzen kann.

Neben den Verkehrswegen und einem modernen Datennetz brauchen wir ausreichend große Gewerbeflächen, die durch die Landesregierung nicht auf so genannte „zentrale Orte“ beschränkt werden sollen. Zudem sind Natur- und Landschaftsschutz vernünftiger miteinander abzustimmen und dürfen nicht zum Hemmschuh der wirtschaftlichen Entwicklung werden. Es dürfen nicht ganze Städte und Gemeinden von den zukünftigen Entwicklungen abgeschnitten werden. Der technologische Fortschritt und die innovative Markterschließung werden überwiegend im Mittelstand verwirklicht. Kleine und mittlere Unternehmen greifen neue Entwicklungen und Technologien auf, stoßen mit neuen Produkten und Leistungen in Nachfragesen vor, passen sich individuellen Wünschen an und entwickeln aus Kundenverbundenheit neue Lösungen. Diese Fähigkeiten machen die mittelständischen Unternehmer zu den Trägern der wirtschaftlichen Belebung und Leistungskraft. Deshalb müssen wir in Rheinland-Pfalz die Anstrengungen für Forschung und Entwicklung an den Hochschulen und an den außeruniversitären Einrichtungen deutlich verstärken und die Umsetzung in neue Produkte erfolgreicher Unternehmen noch besser fördern und erleichtern. Eine CDU-geführte Landesregierung wird die Unternehmer in Rheinland-Pfalz bei der Einführung neuer Produkte unterstützen und ihnen bei der Markteinführung zur Seite stehen.

Bei den kleinen und mittleren Unternehmen spielt der europäische Binnenmarkt eine zunehmend entscheidende Rolle. Dieser europäische Binnenmarkt wird in den kommenden Jahren

zum größten Binnenmarkt der Welt erweitert und vertieft werden. Schon jetzt sind die Staaten der Europäischen Union unsere wichtigsten Handelspartner. Frankreich ist die Nr. 1 und der Handel mit den neuen EU-Mitgliedern in Osteuropa zeigt enorme Zuwachsraten. Bildung und Ausbildung müssen auf die unternehmerische und berufliche Tätigkeit auf diesem europäischen Binnenmarkt vorbereiten, durch Bildung zur Mehrsprachigkeit und durch frühes und systematisches Kennen lernen von Märkten und Unternehmen in den anderen europäischen Ländern. Unternehmer und Unternehmen müssen frühzeitig lernen, in europäischen Dimensionen zu planen und zu handeln. Die Landesregierung muss Rheinland-Pfalz als europäische Mittelstandsregion zu einem Markenzeichen machen.

3. Wirtschaftsförderung verbessern

Eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung misst sich nicht an der Anzahl der gespendeten Auszeichnungen, sondern an ihrer Wirkung. Dass bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch viel zu tun ist, wird schon bei einem ersten Blick auf unsere Verkehrsstraßen deutlich. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist für die strukturschwachen Gebiete, verbunden mit der Bereitstellung von Gewerbeflächen, lebensnotwendig. Ohne diese Voraussetzungen wird auch die direkte Förderung von Unternehmen ihre Wirkung verfehlen und dem Mittelstand die Grundlage für eine zukünftige Entwicklung entzogen. Ohne eine funktionierende Infrastruktur ist es nicht möglich, neue Märkte zu erschließen. Sie sind die Lebensadern einer Wirtschaftsregion.

Die direkte Förderung der Wirtschaft muss übersichtlicher und klarer gestaltet werden und sich auf Kernziele konzentrieren. Dazu zwingen auch die leere Landeskasse und die künftige neue Schwerpunktbildung der Regionalförderung der Europäischen Union nach der großen Erweiterung nach Osten. Die dauerhafte strukturell gestärkte Finanzierung der mittelständischen Unternehmen, Forschung, Entwicklung und Technologietransfer sowie die Erschließung internationaler Märkte sind die Hauptaufgaben.

4. Neue Grundlagen zur Finanzierung des Mittelstands

In einer angespannten Wirtschaftslage sind eigenkapitalschwache Betriebe insolvenzanfälliger und müssen investitionsintensive Wachstumschancen ungenutzt lassen. Zahlreiche unstrukturierte Vorschriften im Bereich Buchführungs- und Statistikpflichten kosten den Unternehmer Geld und Zeit. Diese Bürokratisierung muss entschlackt und auf das nötigste Maß zurückgeführt werden. 1557 Unternehmensinsolvenzen, Tendenz steigend, wurden 2004 in Rheinland-Pfalz beantragt. Schon jetzt hat sich die Bewilligung von Unternehmenskrediten verschärft. Neue weltweite Regeln (Basel II) erfordern zur besseren Risikoabdeckung bei einer Kreditvergabe eine höhere Kapitalausstattung. Die Eigenkapitalbasis der mittelständischen Unternehmen muss darum deutlich verbreitert und der Anteil der Finanzierung über den Kapitalmarkt auf ein anderes Niveau gehoben werden. Hierzu muss sich das Land stärker als bisher vor allem auf die Hilfe bei den Zwischenfinanzierungskosten zur Beschaffung von Kapitalbeteiligungen sowie auf die Unterstützung beim Vertrieb und der Vermittlung privaten Risikokapitals konzentrieren. Wir werden dabei helfen, die Herausforderungen von „Basel II“ für den Mittelstand zu meistern.

Einen erheblichen Beitrag muss auch das Land selbst leisten – mit einer deutlich besseren Zahlungsmoral bei eigenen Aufträgen. Die Zahlungsmoral der SPD-geführten Landesregierung ist miserabel. Das Zahlungsziel der mittelständischen Unternehmen in Rheinland-Pfalz beträgt 47 Tage, beim Land als Auftraggeber müssen sie aber volle 102 Tage auf ihr Geld warten. Das muss sich grundlegend ändern.

Im Weiteren müssen die Gewinnchancen der Unternehmen durch Minderung von Steuern, Abgaben und Lohnnebenkosten verbessert werden. Denn ohne größere Gewinnmargen kann keine Eigenkapitalbildung aus Erträgen erfolgen. Wir konzentrieren uns darauf, junge und kleinere Unternehmen zu festigen, indem wir bei der Beschaffung von Kapitalbeteiligungen helfen und die Überregulierung bei der Bankenaufsicht auf das notwendige Maß senken.

5. Gezielte Förderung der Existenzgründung

Selbstverantwortung, Eigeninitiative, Unternehmergeist, Wettbewerb – nur dadurch lässt sich die Arbeitslosigkeit nachhaltig bekämpfen. Die Wirtschaft lebt vom Wettbewerb – darum muss jemand, der Ideen hat, innovativ und fleißig ist, in den Markt eintreten und sich am Markt bewähren können. Von ideenreichen Existenzgründern lebt unsere soziale Marktwirtschaft.

Existenzgründung bedarf selbstbewusster, ehrgeiziger und mutiger junger Menschen, die eigene Unternehmen gründen wollen und bereit sind, dafür hart zu arbeiten. Doch das Risiko zu scheitern ist in den ersten fünf Jahren erfahrungsgemäß besonders hoch. Die Gründe dafür sind zumeist ungenügende betriebswirtschaftliche Kenntnisse, zu geringe Kapitalausstattung und eine Fehleinschätzung des Marktes. Die finanzielle Förderung der landeseigenen Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) ist darum an die qualifizierte Berufsbildung an den Hochschulen und Fachhochschulen durch spezielle Lehrangebote, Informationen und durch Betriebspraktika gekoppelt. Dabei müssen die Studierenden in die betriebswirtschaftlichen und juristischen Grundlagen, die Anforderungen an Führung von Mitarbeitern und die für die jeweiligen Produktbereiche wichtigsten Fakten des europäischen Marktes eingeführt werden. Ein erfolgreiches Beispiel zeigt die Technische Universität (TU) Kaiserslautern. Ihr ist es durch zielgerichtete Bemühungen und geschickte Organisation gelungen, die Absolventen der Hochschule vermehrt zu Existenzgründungen zu ermuntern und dabei systematisch zu unterstützen. Das geschieht bis heute nicht in vergleichbarer Weise an anderen Hochschulstandorten. Das soll sich unter einer CDU-geführten Landesregierung ändern.

Eine Existenzgründungsberatung sollte das junge Unternehmen in den ersten drei bis fünf Jahren begleiten. Eine Anschlussförderung aus öffentlichen Mitteln soll dann im Rahmen der allgemeinen Investitionsförderung folgen. Die Eigenkapitalausstattung muss verstärkt werden. Auch sollte dafür Sorge getragen werden, dass günstige und geeignete Immobilien, am besten in Anbindung eines Gewerbegebietes, bezogen werden können. Im Weiteren muss das derzeitige Dickicht von Förderungsprogrammen für Unternehmensgründer beseitigt und neu

strukturiert werden. Durch Bündelung und Straffung werden wir sie wirksamer und zielgenauer einsetzen. Wir werden gemeinsam mit der ISB die Probleme des Mittelstandes lösen.

6. Unterstützung bei Betriebsübernahmen bei Familienunternehmen

Auch dürfen Schwierigkeiten bei der Unternehmensnachfolge mittelständische Betriebe nicht in ihrem Dasein bedrohen. In den kommenden fünf Jahren steht bei bis zu 20.000 rheinland-pfälzischen Familienunternehmen ein Generationenwechsel an. Lediglich 4 Prozent der Familienunternehmen überleben auch den dritten Generationswechsel. Hier darf im Erbfall die Substanz des Unternehmens nicht durch die Erbschaftssteuer gefährdet werden. Bei einer fehlenden Nachfolge wollen wir auch Beteiligungsgesellschaften ermöglichen. Das Land sollte die Gründung solcher Beteiligungsgesellschaften durch eine – auch befristete – Teilhaberschaft der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) unterstützen. Die mit der Beteiligung verbundenen Umstrukturierungsmaßnahmen sollen durch günstige Investitionsdarlehen unterstützt werden, wenn der Fortbestand des Unternehmens für mindestens fünf Jahre garantiert ist.

7. Konversion – zukunftsfähige Nutzung ehemaliger Militäranlagen und konstruktive Begleitung weiterhin stationierter Truppenteile im Land

Die Auflösung oder Verlegung von Truppenteilen der Bundeswehr oder der NATO in großem Umfang nach der Wende 1989/90 hat das Land vor große Herausforderungen gestellt. Aber die dann notwendige Konversion schafft nicht nur große Probleme, sondern bietet auch zukunftssträchtige Chancen. Paradebeispiele hierfür ist insbesondere der Flughafen Hahn.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird weiterhin bei der Freigabe ehemaliger Militärf Flächen alle sich bietenden Chancen rechtzeitig analysieren, um sie sinnvoll zu nutzen.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird auch weiterhin die im Land stationierten Truppenteile mit unterstützenden Rahmenbedingungen begleiten.

Im Gegensatz zur SPD war die Haltung der CDU zur Stationierung und zur Konversion stets konstruktiv. Das gilt z.B. und gerade auch für das Flughafenprojekt Frankfurt-Hahn, mit dem sich die Landesregierung so sehr brüstet. Es war die CDU im Land und in der Region Hunsrück, die von Anfang an auf einen Erfolg als Zivilflughafen gesetzt hat, als die SPD in Landtagsdebatten noch fatalistisch äußerte, dass die Leute aus dem Hunsrück schon immer zur Arbeit ausgewandert sind. Die CDU unterstützt in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich die Umstrukturierungen für Teile des nördlichen Rheinland-Pfalz im Rahmen des Bonn-Berlin-Ausgleichs.

8. Ausbau einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur

Eine wesentliche Voraussetzung für die Zukunft der Wirtschaft und somit des Landes ist die Erschließung durch den Bau und die Vollendung begonnener Verkehrsachsen. Die SPD-geführte Landesregierung hat ihre Versprechungen auch hier nicht gehalten. Die Straßenbaumaßnahmen, die 2001 in der Regierungserklärung mit Nachdruck verfolgt werden sollten, wurden bis heute nicht in Angriff genommen. Der Lückenschluss Daun - Tondorf auf der A 1, der durchgehende sechsspurige Ausbau der A 61 und des Mainzer Rings, der Lückenschluss Wörth/Kandel – Neulauterburg an der A 65 oder die B 10 Landau – Pirmasens wurden nicht verwirklicht.

Eine gute Infrastruktur ist aber ein wichtiges Instrument zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Anbindung an die Ballungsräume in unseren Nachbarländern soll zugleich die ländlichen Gebiete erschließen. Entlang dieser Achsen kann die wirtschaftliche und die öffentliche Infrastruktur ausgebaut werden. Die Verkehrsströme werden somit entzerrt, indem gleichmäßig beide Fahrtrichtungen belastet werden. Besondere Bedeutung haben für uns folgende Projekte:

- der vierspurige Ausbau der B 10 zwischen Pirmasens und Karlsruhe,
- der vierspurige Ausbau der B 50 von Rheinböllen bis zur A 1,
- der Lückenschluss der A 1 nach Köln,
- die Fortsetzung der West-Ost-Verbindung von Trier über Koblenz und die A 3 bis zur A 5 in Hessen,

- einen leistungsfähigen Lückenschluss zwischen der A 65 und der französischen Grenze bei Lauterburg,
- der Ausbau der B 41 vom Raum Rhein-Nahe in das Saarland,
- die Aufwertung der linksrheinischen Bahnstrecke für den Fernverkehr durch die zweigleisige Verlängerung über Lauterburg nach Straßburg,
- die B 9 entlang des Rheins,
- die Rheinüberquerungen, als besondere Objekte, da der Rhein keine Grenze sein darf und
- den zügigen Ausbau der Hunsrückbahn, um so ein Flughafensystem Frankfurt/Frankfurt-Hahn mit all seinen Vorteilen für unser Land zu ermöglichen.

Mit der Umwandlung der früheren Militärflughäfen Zweibrücken, Bitburg und Hahn in zivile Flugplätze erwachsen neue Chancen für das Land, das bisher keinen internationalen zivilen Flughafen hatte. Hier entstehen neue Arbeitsplätze und neue Möglichkeiten der Markterschließung. Durch die Verbindung mit dem Flughafen Frankfurt zum Ausbau eines Flughafensystems wird der Flughafen Hahn zu einem bedeutenden Standort des Luftverkehrs weiterentwickelt. Für den Passagierflug ist er bereits zentraler Standort im Low-Cost-Bereich mit einer wachsenden Zahl von Flugverbindungen in zahlreiche europäische Länder. Mittel- und langfristig bietet der weltweite Frachtflug große Perspektiven, die für Rheinland-Pfalz genutzt werden müssen.

Diese Projekte verlangen Schnelligkeit und Konsequenz, denn je günstiger eine Region erreichbar und im Schienen-, Straßen-, Wasser- und Luftverkehr vernetzt ist, umso besser sind die Chancen, Einkommen und Wachstum zu erzielen. Zugleich ermöglichen hohe Verflechtungen den Unternehmen voneinander zu lernen und Aufgaben in der Zulieferer- oder Absatzstruktur zu bündeln. Das sind Effekte, die zu geringeren Kosten, Markterfolg und Wachstum führen.

Die CDU Rheinland-Pfalz spricht sich auch für die Förderung der deutschen Binnenschifffahrt aus. Eine stärkere Verlagerung des Frachtverkehrs von der Straße nicht nur auf die Schiene, sondern auch auf das Wasser trägt zur Entlastung unserer Umwelt bei.

9. Mit dem Fremdenverkehr zu einer strukturstarken Region

Rheinland-Pfalz ist ein attraktives Ferienland. In seiner regionalen und kulturellen Vielfalt hat es auf dem Land genau so wie in der Stadt viel zu bieten. Ob Pfalz, Hunsrück, Westerwald, Eifel oder das Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal – Rheinland-Pfalz macht Lust auf Reisen! In allen vier Himmelsrichtungen locken Natur, vielseitige Kulturdenkmäler, gesunde Erholung und einzigartige lokale und regionale kulinarische Spezialitäten. Die CDU will dem Tourismus als wichtigem eigenständigem Wirtschaftssektor einen deutlich höheren Stellenwert geben als bisher. Denn Tourismuspolitik ist auch Politik für den Mittelstand und für neue Arbeitsplätze.

Wir sehen in der Entwicklung des Fremdenverkehrs einen wichtigen Beitrag für die Zukunft der ländlichen Räume. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden über die Kreisgrenzen hinweg unterstützen. Wir werden Dienstleistungen rund um den Gast fördern, um zu einem gemeindeübergreifenden Fremdenverkehrsmarketing zu kommen. Wir setzen bei der landesweiten Koordinierung der Fremdenverkehrsaktivitäten auf ein Zusammenwirken zwischen der Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand. Im Weiteren muss der Ausbau des Radwegenetzes, auch durch Förderung kommunaler Vorhaben, gezielt vorangetrieben werden. Verstärkt müssen in unserem Bundesland die Möglichkeiten, neue Nischen im Fremdenverkehr zu erschließen, genutzt werden. Dazu gehören beispielhaft Fahrradtourismus, Wassertourismus oder barrierefreie Angebote für Behinderte.

Voraussetzung für Erfolge im Tourismus ist, dass das Land alle Chancen nutzt, die sich bieten. Das ist in Rheinland-Pfalz bisher nicht gewährleistet. Die beiden Beispiele „Flughafen Frankfurt-Hahn“ und „Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal“ belegen dies. Im Hinblick auf die enorme Ausweitung des Flugverkehrs auf dem „Hahn“ und die vielen zusätzlichen Destinationen, von denen aus man Rheinland-Pfalz in ein bis zwei Stunden erreichen kann, strebt die CDU ein Tourismus-Sofortprogramm an, mit dem in möglichst allen Zielorten unser Land beworben wird und zusätzliche Gäste angelockt werden.

Die Chancen des Mittelrheintales könnten auch dadurch besser für die Menschen genutzt werden, dass im mittleren Bereich eine feste Verbindung zwischen den beiden Rheinseiten geschaffen wird. Die CDU tritt deshalb für eine Brücke ein, möglichst mautfrei und vor allem als architektonische Bereicherung dieser Kulturlandschaft.

Rheinland-Pfalz soll profiliertes „Gesundheitsland“ sein. Unsere Kurorte und Heilbäder sind ein großes Kapital für den Fremdenverkehr. In enger Zusammenarbeit mit den Kommunen wollen wir den Bädern und Kurorten helfen, neue Märkte des Tourismus zu erschließen und wirtschaftlich erfolgreich zu arbeiten. Gesundheitspflege, Vorsorge, Wellness sowie aktive und sportliche Urlaubsgestaltung sind moderne Formen des Tourismus, die wir unterstützen.

10. Medienstandort Rheinland-Pfalz

Der Medienstandort Rheinland-Pfalz ist durch zahlreiche Versäumnisse dieser Landesregierung gegenüber den Mitbewerbern massiv ins Hintertreffen geraten. Eine koordinierte Medien- oder Multimediapolitik findet nicht statt. Gelder und Kompetenzen werden nach wie vor verzettelt. Trotz ständiger Nachfragen, Parlamentsdebatten und Anfragen ist weder im letzten noch im jetzigen Doppelhaushalt erkennbar, wo die jeweils 50 Millionen Euro für Multimedia pro Jahr herkommen sollen. Statt kreativer neuer Projekte werden hier Mietkosten für Standleitungen für Computer und die Anschaffung von Terminals für Sekretärinnen als Multimediainstrumente angeführt.

Nicht nur die Ansiedlung der größten Fernsehanstalt Europas – das ZDF –, sondern auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen im Dienstleistungsbereich bereichern den Medienstandort Rheinland-Pfalz. Den Standort für Medienunternehmen zu stärken ist ein Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik. Hierzu zählt auch die Unterstützung weiterer Zulieferbetriebe im Umfeld des ZDF und des SWR.

Mit insgesamt über 7.600 IT- und Medienunternehmen und rund 43.000 sozialversicherungspflichtigen Mitarbeitern gilt dieser Bereich als Wachstumsmarkt. Nach Schätzungen der ISB können 2010 gut 200.000 Bürgerinnen und Bürger hier ihren Arbeitsplatz finden. Dazu muss

aber noch einiges getan werden. Für diese Entwicklungschancen werden gut ausgebildete Arbeitskräfte gebraucht. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Erhöhung der Anzahl von IT/Medien-Auszubildenden und der Ausbau der Medien an Schulen. Weiter sollten durch anerkannte, einheitliche Abschlüsse für bedeutende Zusatzqualifikationen die Angebotstransparenz erhöht und so besser mit der Nachfrage abgeglichen werden.

Wir wollen, dass die hochwertige Medien- und IT-Ausbildung besser mit der Wirtschaft verzahnt wird, so dass die Abwanderung von qualifizierten Absolventen der rheinland-pfälzischen Universitäten gestoppt wird. Wir wollen unsere Medienpolitik darauf richten, das große Potenzial an Forschungsergebnissen und an Wissen, das an den Hochschulen des Landes, in den Instituten und wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen vorhanden ist, für die Wirtschaft nutzbar zu machen. Der Wirtschafts- und Technologietransfer aus den Hochschulen des Landes erreicht nur Bruchteile der rheinland-pfälzischen Unternehmen. Die technischen Universitäten in Aachen, Darmstadt, Siegen und Karlsruhe sind für einen weit größeren Teil unserer Unternehmen Ansprechpartner als die Hochschulen des Landes.

Die Fachhochschule Kaiserslautern hat sich mit dem Studiengang „Digitale Medien und virtuelles Design“ einen Namen gemacht. Hier bestehen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Unternehmen im Medienbereich in ganz Rheinland-Pfalz. Diese sollten gefördert werden. Auch in Mainz bietet sich mit der Fachhochschule, der Universität, dem ZDF, dem SWR und der ISB ein interessantes Bild für Kooperationen. Eine CDU-geführte Landesregierung wird einen hochqualifizierten Wissenstransfer anstoßen und attraktive Gewerbeflächen und Förderungsprogramme für den Medienstandort Rheinland-Pfalz bereitstellen.

11. Chemiestandort Rheinland-Pfalz

Eine CDU-geführte Landesregierung bekennt sich zum Chemiestandort Rheinland-Pfalz. Unverhältnismäßig große Belastungen – insbesondere durch EU-Recht – bedrohen den Innovations-, Forschungs- und Arbeitsplatzstandort Rheinland-Pfalz. Die CDU wird daher gemeinsam mit den betroffenen Unternehmen an sinnvollen, sachgerechten Lösungen arbeiten, die dem Umweltschutz und dem Erhalt der Arbeitsplätze gleichermaßen gerecht werden. Europäische

Insellösungen, die nur zu Wettbewerbsnachteilen und Arbeitsplatzabbau in Deutschland und Rheinland-Pfalz führen, lehnen wir ab. Solange Veränderungen der europäischen Chemikalienverordnung nicht durch WTO-Regelungen allgemein verbindlich werden, stellen solche Lösungen keine Verbesserung des Verbraucherschutzes, sondern nur Arbeitsplatzvernichtung und eine Begünstigung der Konkurrenten (insbesondere China und Indien) dar. Dies gilt es zu verhindern. Gerade in einer auch mittelständisch geprägten Branche muss dies allen Handelnden bewusst und Richtschnur ihrer Aktivitäten sein.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird das Umweltrecht stärker unter dem Aspekt der Arbeitsplatzgefährdung und Arbeitsplatzvernichtung betrachten und handhaben, ohne die Bewahrung der Schöpfung und den Schutz der Verbraucher zu vernachlässigen.

III. Bildung für alle

1. Für ein ideenreiches Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz war schon immer ein Land mit Menschen voller Ideen. Eine der bedeutendsten Erfindungen aller Zeiten wurde vor rund 500 Jahren in Mainz gemacht. Mit der Entwicklung des Buchdrucks läutete Johannes Gutenberg ein neues Zeitalter ein. Auch der Geiger-Zähler oder der Otto-Motor wurden von Rheinland-Pfälzern erfunden. Bahnbrechende Fortschritte, die zeigen, dass Rheinland-Pfalz ein ideenreiches Land ist. Eine ideenlose Politik bringt jedoch nicht nur den Forschungsstandort unseres Landes ins Wanken, sondern gefährdet auch die Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen. Nicht nur die PISA-Ergebnisse zeigen die Wirkungslosigkeit der jetzigen Bildungspolitik. Auch wurde das Forschungsland Rheinland-Pfalz nicht vorangebracht.

Wir sind überzeugt, dass wir mehr für Bildung und Wissenschaft tun müssen. Unseren kostbarsten Rohstoff dürfen wir nicht fahrlässig verkümmern lassen. Bildung und Wissenschaft werden von einer CDU-geführten Landesregierung wieder den Stellenwert bekommen, den sie verdienen: den allerhöchsten. Denn die Zukunftschancen unserer Kinder und Enkelkinder, unseres gesamten Landes können wir verbessern: durch eine begabungsgerechte Bildung und eine exzellente Wissenschaft. Das heute vorhandene Wissen verdoppelt sich alle fünf Jahre. Hier müssen wir am Ball bleiben, um unsere Zukunft nicht zu verspielen. Denn jeder weiß: Unser zukünftiger wirtschaftlicher Erfolg und die Gewährleistung der sozialen Sicherheit hängen ganz entscheidend von der schulischen und wissenschaftlichen Qualifikation der Menschen hier im Land ab. Wir Christdemokraten verstehen Bildung und Wissenschaft nicht als Luxus, sondern als grundlegende Investition in die Zukunft. Diesen Grundsatz wird eine CDU-geführte Landesregierung umsetzen. Wir werden die Schwerpunkte der Finanzpolitik so setzen, dass wir in die Köpfe der Menschen investieren und alle anderen Ausgaben daran messen, ob sie in vergleichbarer Weise so wichtig sind wie die Ausgaben für die Zukunft unseres Landes.

2. Mit einer begabungsgerechten Bildungspolitik Ideen wecken

An unseren Schulen entscheidet sich schon heute, wo wir morgen stehen werden. Deshalb kann unsere Zielrichtung nicht das Mittelmaß oder ein einfaches „Weiter so“ sein. Rheinland-Pfalz braucht bessere Schulen, die besten in ganz Deutschland. Dass dies zurzeit nicht der Fall ist, belegt erneut die jüngste PISA-Studie. Hier ist Rheinland-Pfalz stark zurückgefallen. In der Disziplin Lesen rutschte Rheinland-Pfalz von Platz vier auf Platz sechs, in den Naturwissenschaften vom fünften auf den achten Rang und in Mathematik vom sechsten auf den zehnten Platz. Diese Ergebnisse zeigen, dass das Niveau der Bildung an unseren Schulen verbessert werden muss. Die beeindruckende Aufholjagd einiger Bundesländer, wie z.B. von Sachsen und Sachsen-Anhalt, belegt, dass sich eine gute Bildungspolitik auch positiv auf die Bildung junger Menschen auswirkt.

Davon kann derzeit in Rheinland-Pfalz keine Rede sein: Aus allen Teilen des Landes berichten Eltern besorgt über massiven Unterrichtsausfall. So fallen über 20.000 Unterrichtsstunden pro Woche an rheinland-pfälzischen Schulen aus. Nicht nur der enorme Unterrichtsausfall, sondern auch das schlechte Schüler-Lehrer-Verhältnis zeigt, dass es an jeder Schule an Lehrkräften fehlt. Nicht nur in den Berufsschulen, auch an den Gymnasien ist das Schüler-Lehrer-Verhältnis in Rheinland-Pfalz das zweitschlechteste in ganz Deutschland. Durch diese schlechte Unterrichtsversorgung wird den Kindern unseres Landes die Chance auf eine gute Ausbildung genommen. Dabei ist hinreichend bekannt, welche Folgen eine schlechte Ausbildung hat: verschlechterte Zugangschancen ins Berufsleben, ein erhöhtes Armuts- und Gesundheitsrisiko und niedrigere Verdienstmöglichkeiten im späteren Leben. Dies sind nur einige Folgen unterfinanzierter Schulen, ganz zu schweigen von zunehmender Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben. Die Landesregierung setzt mit ihrer ungenügenden Bildungspolitik die Zukunft unserer Kinder aufs Spiel. Das müssen wir bei den kommenden Wahlen stoppen!

Wir setzen auf eine Bildungspolitik, die Begabungen der Schülerinnen und Schüler frühzeitig erkennt, unsere Kinder und Jugendlichen begabungsgerecht fördert sowie sie zu Leistung an-

spornt. Dies erreichen wir aber nur, wenn wir

- eine Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Lehrern realisieren,
- mit der Bildung früher beginnen,
- genügend Unterricht an unseren Schulen anbieten,
- kleinere Klassen bilden,
- Sprachhemmnisse beseitigen und
- uns des Leistungsstandes der Schülerinnen und Schüler zeitnah vergewissern.

3. Frühe und bessere Förderung in Kindertagesstätte und Grundschule

3.1 Kindergarten ab 2 Jahren

Nie wieder sind Kinder so neugierig und aufnahmefähig wie in ihren ersten Lebensjahren. Im jungen Alter wird darüber mitbestimmt, welchen Weg die Kinder später einmal einschlagen werden. Auch müssen wir die Neugier auf Wissen und Kenntnisse bei Kindern frühzeitiger wecken und fördern. So eröffnen wir den Kindern neue Chancen und ermöglichen jedem Kind eine entwicklungsgerechtere Förderung.

Kinder spielen in der Gruppe am liebsten, lernen hier früh fürs Leben. Das bietet der Kindergarten mit seinen qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am besten.

Hier gibt es eine vertrauensvolle Umgebung in kleinen und altersgemischten Gruppen, in denen Kinder tagtäglich vielfältige Erfahrungen gewinnen: spielen, lauschen, singen, tanzen, sich mit einander beschäftigen. Wir möchten den Kindergarten schon früh für die Kleinen öffnen: Mädchen und Jungen dürfen bereits mit zwei Jahren den Tag in einer altersgemischten Gruppe erleben. Hier treffen sie nicht nur ältere Kinder als Vorbilder, sondern sind auch einmal für Jüngere Vorbild. Sie erlernen in der Gruppengemeinschaft gegenseitige Rücksichtnahme, Gemeinsinn und Hilfsbereitschaft – Einstellungen, die für ihr ganzes Leben wichtig sind.

Aus diesem Grund wollen wir das Betreuungsangebot hochwertig und vielfältig gestalten, um den Eltern durch Alternativen Wahlfreiheit für eine Betreuung zu ermöglichen, die ihren und den Bedürfnissen ihrer Kinder entsprechen. Das Betreuungsangebot in Kindertagesstätten muss einen konsequenten Bildungsauftrag verfolgen und diesen kindgerecht und altersgemäß

in allen Angebotsformen umsetzen. Hier werden wir auch für eine Weiterentwicklung der Betreuungs- und Bildungsarbeit – insbesondere in der Sprachförderung – sorgen. Wir werden in Abstimmung mit den Trägern und den Kindergärten den Personalschlüssel und die Sachausstattung bedarfs- und kindergerecht verbessern.

3.2 Kindergarten beitragsfrei

Aufgrund der hohen gesellschaftlichen Bedeutung des Kindergartens für die frühe Förderung unserer Kinder wird eine CDU-geführte Landesregierung die Kindergärten wie die Schulen beitragsfrei gestalten. Ab dem 1. Januar 2007 wird das Land die Elternbeiträge für die Kinder übernehmen. Durch das Konnexitätsprinzip werden den Kommunen und den freien Trägern durch diese familienfreundliche Regelung keine zusätzlichen Kosten entstehen, da diese vom Land übernommen werden. So ermöglichen wir allen Eltern – unabhängig von ihrem Einkommen – ihren Kindern zum frühestmöglichen Zeitpunkt die beste Förderung zugute kommen zu lassen. Mit dem beitragsfreien Kindergarten werden wir nicht nur die Familien entlasten, sondern auch neben dem Erziehungs- und Betreuungsauftrag den Bildungsauftrag des Kindergartens stärken. Die CDU setzt sich für eine bessere Frühförderung der Kinder ein. Eine frühe und intensive Förderung bildet den Grundstock für bessere Chancen und Perspektiven für unsere Kinder.

Das Betreuungsangebot in Kindertagesstätten muss einen konsequenten Bildungsauftrag verfolgen und diesen kindgerecht und altersgemäß in allen Angebotsformen umsetzen. Dabei geht es um alle Grundkompetenzen, die für die weitere Entwicklung der Kinder von Bedeutung sind, insbesondere um die Sprachfähigkeit, die mittels eines Sprachtests vor Schuleintritt festgestellt werden muss. Kindertagesstätten und Schulen müssen hierzu verstärkt in einem vernetzten Angebot zusammenarbeiten. Das Betreuungsangebot muss dazu hochwertig und vielfältig sein, um Eltern durch Alternativen Wahlfreiheit für eine Betreuung zu ermöglichen, die ihren und den Bedürfnissen ihrer Kinder entspricht. Das Land muss durch gezielte Förderung für eine Weiterentwicklung der Betreuungs- und Bildungsarbeit sorgen.

3.3 „Fördernde Grundschule“

Nie wieder sind Kinder so neugierig und aufnahmefähig wie in ihren ersten Lebensjahren. Im jungen Alter wird darüber mitbestimmt, welchen Weg die Kinder später einmal einschlagen werden. Auch müssen wir die Neugier auf Wissen und Kenntnisse bei Kindern frühzeitiger wecken und fördern. So eröffnen wir den Kindern neue Chancen und ermöglichen jedem Kind eine entwicklungsgerechtere Förderung.

Internationale Bildungsuntersuchungen haben festgestellt, dass eine mangelnde Förderung gerade in den ersten Jahren erhebliche Auswirkungen auf die späteren Bildungserfolge hat. Deshalb müssen wir die Elementar- und Grundschulausbildung miteinander besser verzahnen. Wir wollen deswegen den Übergang zwischen Kindergarten und Grundschule neu gestalten. Dies bedeutet neue Lernformen, für die der Kindergarten- und Grundschulbereich eng zu vernetzen und ständig so zu entwickeln sind, dass das einzelne Kind entsprechend seiner Persönlichkeitsentwicklung gefördert wird. So werden alle Kinder optimal begleitet, insbesondere begabte oder benachteiligte. Nur so wird Rheinland-Pfalz im Ländervergleich seine frühere vorbildliche Position wieder einnehmen.

Ferner werden wir einen Lehrstuhl für frühkindliche Pädagogik in Rheinland- Pfalz einführen. Wir erwarten von einem derartigen Lehrstuhl wesentliche Impulse für den gesamten Bereich der frühkindlichen Bildung und der Ausbildung der daran Beteiligten.

Im Mittelpunkt muss das Beste für unser Kind stehen. Aus diesem Grund müssen wir eine frühere und bessere Förderung in Kindertagesstätte und Grundschule erreichen. Kinder sollen bereits im Alter von zwei Jahren den Kindergarten besuchen können und nach maximal drei Jahren in die „Fördernde Grundschule“ wechseln. Beim Wechsel an die „Fördernde Grundschule“ wird der Umfang der vorhandenen Deutschkenntnisse festgestellt, damit die Sprachförderung gezielt fortgeführt werden kann. Eine CDU-geführte Landesregierung wird das Konzept der „Fördernden Grundschule“ ab dem Schuljahr 2007/2008 innerhalb von vier Jahren flächendeckend einführen. Mit der Umsetzung dieses pädagogischen Konzeptes wird das Einschulalter um ein Jahr vorgezogen werden.

Dazu bilden wir altersgemischte Lerngruppen, in denen die Schülerinnen und Schüler das 1. und 2. Schuljahr durchlaufen, je nach individuellem Entwicklungsstand in einem Zeitraum von ein bis drei Jahren. Dann erfolgt der Übergang in den Klassenverband. In der flexiblen Eingangsstufe werden Stärken und Schwächen so berücksichtigt, dass sich jedes Kind bestmöglich entfalten kann.

Hinsichtlich der in Rheinland-Pfalz gültigen Klassenmesszahl von 30 Schülerinnen und Schülern, die eine Überschreitung auf bis zu 33 Schülerinnen und Schülern zulässt, ist dringender Verbesserungsbedarf gegeben. Die CDU setzt sich im Rahmen der flexiblen Eingangsstufe für eine Gruppengröße von 20 Schülerinnen und Schülern ein. Die altersgemischten Lerngruppen werden besser betreut. Eine CDU-geführte Landesregierung geht von 1,75 Stellen zu 20 Kindern aus. Dies ist einerseits eine deutliche Verbesserung der bestehenden Klassenmesszahl von 1:30 und entspricht andererseits den in den Kindertagesstätten existierenden Größenverhältnissen. 1,75 Stellen bedeutet eine Stelle für eine Lehrkraft und eine 0,75 Stelle für eine weitere fachlich in spezieller Weise qualifizierte pädagogische Kraft.

Um eine optimale Betreuung zu gewährleisten, wollen wir die Klassenstärke in der „Fördernden Grundschule“ nachhaltig verringern und den Einsatz von zusätzlichem Fachpersonal, wie beispielsweise Förderlehrern, Psychologen oder auch heilpädagogischen Förderlehrern, ausweiten. Mit der „Fördernden Grundschule“ werden die rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schüler gerade in ihren ersten Jahren besonders nach ihren Fähigkeiten gefördert, dies gilt insbesondere für die Grundfertigkeiten eines jeden Kindes: Sprech-, Lese- und Schreibfähigkeit sowie mathematische und naturwissenschaftliche Grundkenntnisse. Zudem wollen wir mit dem Erlernen einer ersten Fremdsprache ab der Eingangsstufe beginnen.

Die „Fördernde Grundschule“ wird der Ausgangspunkt sein für eine verbesserte Schulsituation in ganz Rheinland-Pfalz. Die Kinder werden gleich zu Beginn ihrer Schullaufbahn nach ihren Begabungen, Vorkenntnissen und Sprachfertigkeiten bestmöglich gefördert und vorhandene Defizite aufgearbeitet. Das Ziel der „Fördernden Grundschule“ ist dabei klar: durch eine frühestmögliche Förderung werden wir jedem Kind seiner Begabung entsprechend die best-

mögliche Ausbildung und Bildung ermöglichen. Soziale Benachteiligungen müssen frühzeitig ausgeglichen werden.

4. Sprachförderung verbessern, Deutsch als Kernfach stärken

Die Einführung der „Fördernden Grundschule“ wird die Lese- und damit Sprachkompetenz der Kinder entscheidend verbessern. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass fast jeder vierte Erstklässler zum Teil massive Sprachdefizite aufweist. Bei Kindern mit Migrationshintergrund ist der Prozentsatz noch höher. Die Kinder mit mangelhaften Deutschkenntnissen haben oft kaum Aussicht auf einen erfolgreichen Schulabschluss. Dies können wir nur ändern, wenn bereits möglichst früh, das heißt im Kindergarten und in der Eingangsstufe, bei allen Kindern – egal welcher Nationalität – Sprachdefizite festgestellt und bei Mängeln verpflichtende Sprachkurse angeboten werden. Hier setzt auch die flexible Eingangsstufe bei der „Fördernden Grundschule“ an.

Die Sprachförderung wollen wir aber auch in der weiteren Schullaufbahn stärken. Gerade in den Schulen muss die Lust am Lesen neu geweckt werden. Wir werden in jeder Grundschule eine Lesecke einrichten. Bücher sollen für die Schülerinnen und Schüler immer greifbar sein und kleinere Kinder sollen durch Vorlesen frühzeitig an unsere Sprache herangeführt werden. Hier wollen wir gerade auch Eltern verstärkt einbinden, ihre Kinder ans Lesen heranzuführen.

5. Reform des Schulwesens

Unterschiedliche Begabungen erfordern unterschiedliche Förderung. Deshalb sprechen wir uns für das gegliederte Schulwesen und gegen weitere Gesamtschulen aus. Die CDU Rheinland-Pfalz strebt eine wesentlich stärkere Eigenverantwortlichkeit der Einzelschule an. Dies setzt eine notwendige Qualifizierung der Schulleitung und die Mitarbeit des Kollegiums voraus. Diese Eigenverantwortlichkeit der Schule muss eingebettet in eine funktionierende Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Elternhaus sein. Eine größere Eigenverantwortlichkeit geht einher mit einer regelmäßigen und standardisierten Evaluation staatlicherseits. Schulartübergreifende Vergleichstests sichern die Gleichwertigkeit der Abschlüsse.

Wir wollen die Hauptschule stärken. Die Quote der Schulabgänger ohne Schulabschluss ist mit über neun Prozent in Rheinland-Pfalz außerordentlich hoch. Ihre Zahl muss entscheidend verringert werden. Vor allem aber dürfen diese Menschen nicht abgeschrieben werden. Bereits ab Klasse 5 muss deshalb den Hauptschulen ein Kontingent an Zusatzstunden über die Stundentafel hinaus zur Verfügung gestellt werden, um individuelle Förderung zu leisten. Dies gilt im Fach Deutsch insbesondere für die Schülerinnen und Schüler, die über unzureichende Sprachkenntnisse verfügen. Zudem muss ihnen mit flächendeckenden „Praxis- und Berufsfindungsklassen“ geholfen werden, einen erfolgreichen und qualifizierten Einstieg in das Berufsleben zu finden, um am Erwerbsleben teilhaben zu können. Dort sollen insbesondere ihre Grundkenntnisse in Deutsch, Mathematik und in der Arbeitslehre nachhaltig verbessert und Hilfen bei mangelndem Sprachvermögen angeboten werden. Gerade in sozialen Brennpunkten möchten wir an den Schulen Schulsozialpfleger einsetzen und den schulpсихologischen Dienst verstärken.

Im internationalen Vergleich sind unsere Schulabgänger viel zu alt. Wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler das Gymnasium nach zwölf Schuljahren mit dem Zentralabitur in einer angemessenen Zeit abschließen können. Deswegen werden wir das achtjährige Gymnasium einführen. Auch ist in der gymnasialen Oberstufe eine Verstärkung der allgemein bildenden Elemente in den letzten drei Schuljahren anzustreben und verfrühte Spezialisierung zu vermeiden. Die Zahl der Abiturprüfungsfächer soll von vier auf fünf erhöht werden. Die Kernfächer Deutsch, Mathematik und eine Fremdsprache sollen künftig vierstündig unterrichtet werden und schriftliche Prüfungsfächer im Abitur sein. Hinzukommen sollen ein ebenfalls vierstündiges Profil- und Neigungsfach; mindestens eines von beiden soll ebenfalls schriftlich im Abitur geprüft werden. Der Fächerkanon soll beim Profil- und Neigungsfach Wahlmöglichkeiten eröffnen, mit denen Schülerinnen und Schülern Schwerpunkte setzen können. Da die Leistungsanforderungen in der Oberstufe somit steigen, verlängern wir die Einführungsphase auf die gesamte Klasse 10. Abgänger von der Realschule und anderen Sekundarstufen müssen auf speziellen Wegen ohne Zeitverlust in die Sekundarstufe II übertreten können. Den Mindeststandard von 265 Unterrichtsstunden entsprechend der Übereinkunft der Kultusministerkonferenz werden wir einhalten.

Sämtliche Reformen im Schulwesen werden unter einer CDU-geführten Landesregierung im Dialog mit Lehrer- und Schülervereinigungen geschehen. Unkoordinierten Aktionismus des Landesbildungsministeriums wie im Falle der Neuregelung der Abiturprüfungsordnung im Jahre 2004 wird es mit einer CDU-geführten Landesregierung nicht geben.

6. Unterrichtsgarantie durchsetzen

Eine Grundvoraussetzung für erfolgreiches Lernen ist Unterricht. Dieser wird aber in Rheinland-Pfalz zum Teil gar nicht mehr erteilt. In Rheinland-Pfalz fallen 800.000 Stunden Unterricht pro Jahr aus. Das ist unverantwortlich! Eine CDU-geführte Landesregierung wird eine Unterrichtsgarantie in vollem Umfang verwirklichen. Wir werden die Rahmenbedingungen an den rheinland-pfälzischen Schulen auch personell so setzen, dass die Schülerinnen und Schüler den im Lehrplan vorgesehenen Unterricht auch tatsächlich erhalten. Deshalb werden wir nicht nur 800 neue Lehrerstellen schaffen, um den strukturellen Unterrichtsausfall zu bekämpfen, sondern auch eine Vertretungsreserve von 100 Lehrerstellen bilden. Mit der Einstellung von 900 neuen Lehrkräften wird es uns gelingen, das Übel des Unterrichtsausfalls erfolgreich zu bekämpfen. Damit werden die Schülerinnen und Schüler mehr Zeit zum Lernen haben. Gerne setzen wir uns dafür ein, dass die Schulen auch verstärkt eigenverantwortlich Vertretungslehrer einstellen können.

Die CDU Rheinland-Pfalz hält am Letztentscheidungsrecht der Eltern gemäß ihrer Erziehungspflicht fest. Der Empfehlung der abgebenden Grundschule ist aber wieder mehr Gewicht zu geben und die Korrektur einer falschen Entscheidung ist zeitnah zu ermöglichen.

Wir wollen Leistungsvergleiche im Schulwesen zur Selbstverständlichkeit werden lassen. Um gleiche Bildungschancen sicherzustellen, wollen wir die landesweite Verbindlichkeit und Vergleichbarkeit von Leistungsanforderungen und Bildungsabschlüssen durchsetzen. Zensuren und Zeugnisse, Versetzungen, regelmäßige Lernstandsüberprüfungen sind Maßstab für die Bewertung schulischer Leistungen. Wir lehnen Pläne ab, eine Schule ohne Noten zu schaffen. Zur Verdeutlichung der Schulprofile und zur Stärkung des Leistungsgedankens wird eine CDU-geführte Landesregierung Abschlussprüfungen in allen Bildungsgängen einführen, die

zur qualifizierten Sekundarstufe I, zur Fachhochschulreife und zur Allgemeinen Hochschulreife führen. Insbesondere an den Gymnasien wollen wir die Vergleichbarkeit der Abschlüsse erhöhen. Deshalb setzen wir uns für die Einführung des Zentralabiturs ein. Zudem wollen wir die Schulaufsicht stärken, um die im Grundgesetz geforderte staatliche Verantwortung für unser Bildungswesen zu sichern. Deswegen werden wir die Verbindlichkeit der Lehrpläne wieder im Schulgesetz festlegen, wir werden die Zahl der zu erstellenden Statistiken in den einzelnen Schulen auf das Notwendige und Sinnvolle beschränken.

7. Wertevermittlung und Sozialverhalten stärken

Bildung ist mehr als reine Wissensvermittlung. Deswegen wollen wir an den rheinland-pfälzischen Schulen die Wertevermittlung stärken. Dies gilt insbesondere für die Bildungsziele, die in unserer Verfassung verankert und die tragenden Grundsäulen unserer Gesellschaft sind. Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die Schülerinnen und Schüler insbesondere für die Achtung der Menschenwürde, für die Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft und sich selbst, für die Nächstenliebe, sowie für partnerschaftliches Verhalten, für Toleranz und Kompromissbereitschaft, für Zivilcourage und Mut zur Stellungnahme sowie für die Verantwortung vor Gott und der Welt eintreten. Wir wollen die wertorientierte Erziehung nicht auf ein einzelnes Fach begrenzen, sondern diese fächerübergreifend anlegen. Hierzu gehört auch, sich mit unterschiedlichen Wertvorstellungen auseinanderzusetzen. Darum bekennt sich eine CDU-geführte Landesregierung klar zum Unterrichtsfach Religion. Sein Kern, die Frage nach Gott und dem Sinn menschlichen Lebens, darf nicht einem bloßen Ethik-Unterricht geopfert werden. Wir wollen auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass zukünftig islamischer Unterricht, basierend auf staatlichen Lehrplänen, der Schulaufsicht unterstellt und in deutscher Sprache an den rheinland-pfälzischen Schulen flächendeckend angeboten wird. Wir fordern eine gewalt- und suchtfreie Schule. In sozialen Brennpunkten sind zusätzliche pädagogische Betreuungskonzepte umzusetzen.

Auch werden wir die Kopfnoten auf den Zeugnissen zur Beurteilung von Sozialverhalten und Lernverhalten der Schülerinnen und Schüler in der Primarstufe und Sekundarstufe I sowie in den Berufsschulen erhalten bzw. wieder einführen. Durch diese Maßnahme wollen wir den

Schülerinnen und Schülern verdeutlichen, dass nicht nur Wissensaneignung, sondern auch Sozialverhalten wichtige Bereiche des schulischen Lebens sind. Hier ist es besonders wichtig, dass es ein verstärktes Miteinander zwischen Eltern und der Schule gibt. Dies werden wir durch Erziehungspatenschaften zwischen Eltern und Schule fördern. Die Familien haben bei ihren Erziehungsaufgaben in den vergangenen Jahren nicht immer die notwendige Unterstützung erfahren. Deshalb will die CDU durch finanzielle und andere familienpolitische Maßnahmen die erzieherischen Möglichkeiten des Elternhauses stärken. Dazu gehört auch die Erziehungspartnerschaft mit der Schule. Denn auch die Schule kann nur im Einklang mit den Eltern erfolgreich erziehen.

8. Leistungsstarke Schülerinnen und Schüler fördern

Eine CDU-geführte Landesregierung wird ein Konzept zur individuellen Förderung leistungsstarker und motivierter Schülerinnen und Schüler entwickeln, mit dem diese durch Zusatzangebote entsprechend ihren Begabungen gefördert werden.

Neben den in den größeren Städten des Landes eingerichteten Hochbegabtschulen ist eine flächendeckende Förderung der Leistungsstarken in allen Schularten notwendig. Wir brauchen eine Bildungslandschaft, die ein vielfältiges Angebot für besondere Begabungen und Talente an allen Schularten anbietet. Daher setzt sich die CDU dafür ein, dass die Hochbegabtenpädagogik in der Aus- und Fortbildung von Erziehern und Lehrern einen größeren Stellenwert als bisher erhält. Die angehenden Erzieherinnen und Lehrer müssen systematisch für die frühzeitige Erkennung und differenzierte Betreuung von Hochbegabten sensibilisiert und ausgebildet werden.

Eine weitere Form der Begabten- und Hochbegabtenförderung ist die Möglichkeit des Frühstudiums.

9. Ganztagsangebote erweitern

Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass auf freiwilliger Basis Schülerinnen und Schüler auch ganztags die Schulen besuchen können. Hier knüpfen wir an das bestehende Ganztagsprogramm an. Wir werden es aber in zwei Punkten entscheidend verbessern. Zum einen werden wir uns für einen bedarfsgerechten Ausbau einsetzen und ihn schließlich auch verwirklichen. Zum anderen werden wir das Ganztagsschulprogramm so gestalten, dass auch nachmittags Unterricht stattfindet. Insbesondere die Förderung von besonders begabten bzw. schwachen Schülerinnen und Schülern wollen wir damit verstärken. Dabei muss ein Angebot für ein gesundes Essen (z.B. Mittagstisch, Kantine) sichergestellt sein.

10. Berufsbildende Schulen unterstützen und fördern

Unsere Berufsausbildung ist ein wichtiger Standortvorteil im internationalen Wettbewerb. Wir wollen die Gleichstellung von allgemeiner und beruflicher Bildung weiterentwickeln und dafür Sorge tragen, dass durch berufliche Bildungsabschlüsse weitere Aufstiegschancen eröffnet werden. Der vorhandene Lehrermangel in Einzelfächern gefährdet die Qualität der Abschlüsse. Von allen Schularten ist hier der Unterrichtsausfall am höchsten. Das beweist, dass die Berufsbildenden Schulen das Stiefkind der SPD-geführten Landesregierung sind.

Wir wollen die Berufsbildenden Schulen in die Lage versetzen, den sich ändernden Anforderungen als Partner der Ausbildungsbetriebe im dualen System auch künftig gerecht werden zu können. Das deutsche System der Berufsbildung ist gerade auch im Hinblick auf den globalen Wettbewerb, zukunftsorientiert und qualitativ hochwertig weiter zu entwickeln. So wollen wir die Wirtschaft und die Schulen besser vernetzen. Erfolgreiche Kooperationsansätze – insbesondere mit der ausbildenden Wirtschaft – müssen weiterentwickelt und ausgebaut werden. Betriebe und Berufsschulen sollen noch stärker als bisher die Vermittlung der Ausbildungsinhalte miteinander absprechen. Die Ausbildungsfähigkeit der Schulabgängerinnen und Schulabgänger wollen wir durch die bereits aufgezeigten qualitätssteigernden Maßnahmen verbessern. Berufsbildende Schulen müssen in ihrer Dienstleistungsfunktion für unsere Gesellschaft durch eine qualitativ hochwertige personelle und sachliche Ausstattung unterstützt und ge-

fördert werden. Hauptschulen und Förderschulen müssen noch stärker als bisher an der Berufspraxis ausgerichtet sein und gemeinsam mit den Berufsschulen aufeinander abgestimmt werden.

Die Selbstständigkeit der Berufsbildenden Schulen muss gestärkt werden. Wir wollen ihre Entwicklung hin zu Kompetenzzentren. Dabei wollen wir insbesondere im ländlichen Raum ein wohnortnahes Berufsschulangebot sichern. Wir wollen die Lehrerfortbildung durch Betriebspraktika nachhaltig unterstützen. Auch werden wir uns dafür einsetzen, die Schulsozialarbeit an den Berufsbildenden Schulen zu verstärken. Wir wollen insbesondere den Lehrernachwuchs gezielt fördern, die Modularisierung der Ausbildungsziele konsequent umsetzen und guten wie sehr guten Schülern das Fachhochschul- und Hochschulstudium ermöglichen.

Im Interesse der nicht in einen Ausbildungsplatz vermittelten jungen Menschen führen wir in Rheinland-Pfalz das Werkstattjahr ein. Das Förderinstrument Werkstattjahr richtet sich an berufsschulpflichtige Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz und besondere Probleme auf dem Ausbildungsmarkt haben. Es bietet die Chance, neben dem Schulunterricht auch Werkstätten und Betriebe zu besuchen, um dort Grundfertigkeiten in einem Beruf zu erlangen.

Das freiwillige Werkstattjahr besteht aus drei Bausteinen:

- Berufsschulunterricht
- Qualifizierung bei einem wirtschaftsnahen Träger
- Betriebliches Praktikum

Jugendliche können in dieser Zeit Qualifizierungsbausteine erwerben, die ihnen bei der Vermittlung in einen Ausbildungsplatz helfen sollen. Da junge Menschen ohne Ausbildungsmöglichkeit auch keine beruflichen Zukunftschancen haben, muss jeder vernünftige Weg gegangen werden, jungen Menschen Wege zu eröffnen, doch noch Ausbildungsgänge zu erreichen.

11. Behindertenpädagogik ausbauen

Wir wollen flächendeckend für Rheinland-Pfalz die bestmögliche Förderung und Pädagogik für Behinderte, insbesondere für behinderte Kinder im schulpflichtigen Alter.

Dabei ist es unser Ziel, nicht nur das gemeinsame Lernen, sondern auch das gemeinsame Leben behinderter und nichtbehinderter Menschen zu unterstützen. Auf der anderen Seite ist die Struktur der besonderen Förderung mit den vielfältigen Formen der Förderschule zu stärken und dem spezifischen Bedarf anzupassen.

12. Mit einer modernen Hochschulpolitik Ideen verwirklichen

Eine moderne Hochschulpolitik schafft entscheidende Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit unseres Bundeslandes. Sie gibt den jungen Menschen eine gute Bildung und Ausbildung, schafft Wissen und erzeugt ein innovatives Umfeld im ganzen Land. Rheinland-Pfalz besitzt große Potenziale im wissenschaftlichen Bereich, die zielgerichtet genutzt und gefördert werden müssen. Mit unseren Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen sind gute Voraussetzungen für eine hervorragende Wissenschaftspolitik vorhanden.

Die SPD-geführte Landesregierung hat die Hochschulen seit Jahren finanziell ausbluten lassen. So verloren die Etats der Universitäten des Landes allein zwischen 1997 und 2004 bis zu 12 Prozent ihrer Kaufkraft, und das von bundesweit niedrigem Niveau aus. Inzwischen verzeichnet das Land eine der schlechtesten Zahlenrelationen Hochschullehrer-Studierenden. Einer immer größer werdenden Zahl von Studierenden stehen immer weniger Professoren gegenüber. Betrug 1997 das Verhältnis noch 65:1, so ist es heute bei 80:1. Bundesweit liegt Rheinland-Pfalz damit mit Nordrhein-Westfalen am Ende der Tabelle. Durch falsche Weichenstellungen bei wichtigen Zukunftstechnologien hat die Landesregierung den Forschungsstandort Rheinland-Pfalz in einen erheblichen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Bundesländern gebracht. Zum Beispiel in der Biotechnologie. So warnen wissenschaftliche Studien, wie etwa die Bundesländervergleichsstudie der Bertelsmann-Stiftung, dass notwendige

Investitionen in Humankapital sowie Forschungsaktivitäten ausbleiben. Dies werden wir ändern.

Wir sind zur Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit auf den Erfindungsreichtum an unseren Hochschulen und auf einen gut ausgebildeten Akademikernachwuchs angewiesen. Unsere Hochschulen müssen in Forschung und Lehre international zu einer bedeutenden Adresse werden. Deshalb wollen wir einen Richtungswechsel: Qualität, Eigenverantwortung, Leistung, Wettbewerb und Internationalität sind die Leitziele unserer Hochschulpolitik. Wir wollen eine vielfältige Hochschullandschaft in Rheinland-Pfalz mit hochwertigen Studienangeboten und exzellenter Forschung. In Rheinland-Pfalz liegen die Ausgaben für die Hochschulen pro Einwohner bundesweit an zweitletzter Stelle. Nur im Land Brandenburg werden die Hochschulen noch mehr vernachlässigt. Diese finanzielle Ausdünnung zeigt sich auch im Alltag der Studierenden. Seminarveranstaltungen sind überbelegt. Themen für Hausarbeiten werden gelöst oder mehrfach vergeben. Studienschwerpunkte können nicht nach Interesse oder berufswahlorientiert gesetzt werden, sondern werden vom Mangel diktiert. Die Folge ist, dass sich das Studium verlängert oder nicht mehr die gewünschten Schwerpunkte studiert werden können.

Die Stellenpläne der Hochschulen sind nicht ausfinanziert, zeitweilig lag der Ausfinanzierungsgrad bei gerade einmal 90 Prozent. Die Hochschulen mussten daher Wiederbesetzungssperren erlassen und bis zu 18 Monate überbrücken. Bei Berufungsverhandlungen können sowohl personell als auch sachlich keine attraktiven Lehrstuhlausstattungen angeboten werden. Die dünne Personaldecke schlägt sich auch auf die Forschungsleistungen der Hochschulen nieder. Die Forschungsförderung bemisst neben der wissenschaftlichen Exzellenz der jeweiligen Forscher auch die Grundausstattung von Lehrstuhl und Forschungseinrichtungen. Als Ergebnis ihrer finanziellen Schwächung erhalten die rheinland-pfälzischen Hochschulen immer weniger Drittmittel. Mit 47.900 Euro liegen die Hochschulen des Landes deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 61.200 Euro.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird die Hochschulen unseres Landes nicht weiter im Regen stehen lassen. Die Landesregierung unter der Führung der CDU wird wieder ein ver-

lässlicher Partner für Forschung und Lehre sein. Dabei geht es um Geld, Freiheit und Wettbewerb.

13. Mehr Autonomie für die Hochschulen

Wir wollen die Hochschulen vom Gängelband staatlicher Vorgaben lösen und ihnen den notwendigen Raum geben, ihre Aufgaben selbstverantwortlich wahrnehmen zu können. Deshalb setzen wir auf größtmögliche Personalautonomie, Finanzautonomie und Organisationsautonomie. Diese entbinden den Staat aber nicht von seiner Verantwortung für die Hochschulen. Wir wollen eine leistungsabhängige Finanzierung der Hochschulen nach Zielvereinbarungen. Dazu müssen wir den Hochschulen sowohl Planungssicherheit geben, als auch größere Gestaltungsspielräume eröffnen.

Wir werden keine Studiengebühren einführen und die Studienzeiten verkürzen. Hierfür müssen wir die Studienbedingungen verbessern. Eine CDU-geführte Landesregierung wird es den jungen Menschen ermöglichen, ihr Studium zügig und zielorientiert abschließen zu können.

Unser Ziel ist es, hochqualifizierte wissenschaftliche Nachwuchskräfte für unsere Hochschulen zu gewinnen. Neben der Habilitation soll auch der Weg über die Juniorprofessur möglich sein. Den richtigen Weg zu wählen, wollen wir den Hochschulen und den Nachwuchswissenschaftlern überlassen. Dies entspricht unseren Vorstellungen größerer Selbstständigkeit. Dem wissenschaftlichen Nachwuchs müssen verlässliche Karrierewege eröffnet werden. Dazu brauchen die Hochschulen auch einen eigenen Wissenschaftstarifvertrag, der an den Bedürfnissen der Wissenschaft ausgerichtet ist. So können herausragende Leistungen und Spitzenleistungen junger Nachwuchskräfte besser honoriert werden.

Wir wollen den Wettbewerb zwischen den Hochschulen stärken und ihnen das Recht geben, ihre Studierenden nach eigenen Qualitätskriterien selbst auszuwählen. Aus diesem Recht erwächst für die Hochschulen eine große Herausforderung und Verpflichtung, da auch die Studierenden selbst eine Auswahl treffen werden. Hier wollen wir die Hochschulen unterstützen,

ein eigenes Schwerpunktprofil zu entwickeln und dies neben der Lehre auch in der Forschung durchzusetzen.

Wir wollen einen Vermögenssicherungsfonds des Landes einrichten. Dadurch soll das noch nicht veräußerte Landesvermögen gesichert und für das Land gewinnbringend eingesetzt werden. Die Vermögenserträge aus diesem Fonds werden wir für zielgerichtete Investitionen in Hochschulen, wissenschaftlichen Einrichtungen und für die Verbesserung der Infrastruktur für Forschung und innovative Unternehmensgründungen nutzen. In diesem Bereich ist bis jetzt zu wenig in Rheinland-Pfalz geschehen. Um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sowohl im Hochschulbereich, als auch in der Wirtschaft zu sichern, ist eine Intensivierung der Forschungsausgaben und Innovationen in unserem Land notwendig. Aus diesem Grund wollen wir gezielte Schwerpunkte im Forschungsbereich setzen und Zukunftstechnologien, wie Informations- und Kommunikationstechnik, nachwachsende Rohstoffe, Mikroelektronik und Biotechnologie, zielgerecht fördern.

Auch wollen wir die regionale Zusammenarbeit der Hochschulen stärken. Hier streben wir verstärkte Nachbarschaftskooperationen mit den angrenzenden Bundesländern an.

Zudem wollen wir die Internationalisierung unserer Hochschulen weiter vorantreiben. Unsere Hochschulen sollen nicht nur für die eigenen Landeskinder attraktiv sein, sondern auch für ausländische Studierende, Nachwuchswissenschaftler und Forscher begehrte Einrichtungen werden. Nur so werden wir unsere Hochschulen zukunftsfähig machen. Aus diesem Grund wird eine CDU-geführte Landesregierung gezielte Angebote für mehr Gastwissenschaftler und ausländische Studierende einrichten. Wir befürworten zudem gezieltes Marketing der Hochschulen im Ausland und deren internationale Partnerschaften. Auch wollen wir durch zusätzliche Stipendien mehr Studierenden unserer rheinland-pfälzischen Hochschulen einen Studienaufenthalt im Ausland ermöglichen. Im Hinblick auf die notwendigen Qualifikationen wollen wir auf freiwilliger Basis einen sprachlichen Standardtest in allen Abschlussklassen der gymnasialen Oberstufe ermöglichen.

14. Stärkung und Weiterentwicklung der Fachhochschulen

Auch treten wir für eine Stärkung und Weiterentwicklung der rheinland-pfälzischen Fachhochschulen durch Ausweitung des Angebots, Optimierung der Studiengänge und Verbesserung der Zusammenarbeit ein. Fachhochschulen können und müssen gerade mit der regionalen Wirtschaft eng zusammenarbeiten und auf die Bedürfnisse des regionalen Marktes gezielt eingehen. Insbesondere in der Entwicklung von Clusterbildungen sind Fachhochschulen bedeutend, da sie die notwendigen Fachkräfte und Ingenieure ausbilden, die in der regionalen Wirtschaft benötigt werden. Aus diesem Grund wollen wir die Studienplätze an Fachhochschulen ausbauen und mit forschungsintensiven Einrichtungen verknüpfen. Eine Angebotserweiterung und -ergänzung an geeigneten Standorten ist deshalb unter Berücksichtigung regionaler Ausgewogenheit erforderlich.

15. Eine verbesserte Lehrerausbildung

An rheinland-pfälzischen Hochschulen hat die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern immer schon einen breiten Raum eingenommen. Wir werden diesem Bereich auch abhängig von unserer Vorstellung von früher Bildung, „Fördernder Grundschule“ und guter Schule spezielle Aufmerksamkeit widmen. Auswahl, wissenschaftliche Ausbildung und Fortbildung werden von hoher Bedeutung für uns sein.

Politik und Gesellschaft haben in den letzten Jahren Lehrerinnen und Lehrern viel zugemutet. So sind immer neue Aufgaben auf unsere Schulen übertragen worden: Integration von Kindern mit einer anderen Muttersprache, Umgang mit Erziehungsproblemen bis hin zu Verhaltensauffälligkeiten, Drogenerziehung und Medienerziehung, um nur einige Beispiele zu nennen.

In Rheinland-Pfalz hat die Landesregierung zudem immer neue Sparauflagen erlassen: Unter anderem zu wenige Neueinstellungen, größere Klassen, höhere Unterrichtsbelastung, schlechte Anstellungsbedingungen (sog. $\frac{3}{4}$ -Verträge). Gleichzeitig haben manche Politiker die Lehrerinnen und Lehrer diskreditiert, gelegentlich sogar beschimpft und beleidigt. So ist es

nicht verwunderlich, dass der Lehrerberuf ein Image-Problem hat und die Nachwuchsgewinnung Probleme bereitet. Vor jeglichen Reformbemühungen muss es demnach gelingen, begabte junge Menschen zu ermuntern, den Lehrerberuf zu ergreifen. Wir wissen um die enorme Bedeutung des Lehrerberufs. Deshalb brauchen wir die besten Lehrer und die beste Lehrerausbildung für Rheinland-Pfalz. Denn Lehrer dürfen nicht nur über Wissen verfügen, sie müssen dasselbe den Schülerinnen und Schülern auch vermitteln können.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird

- das lehramtsbezogene universitäre Studium beibehalten, keine Abstriche an der Qualität der fachwissenschaftlichen Ausbildung hinnehmen,
- nicht auf den Weg Schule-Studium-Schule setzen, sondern einen stärkeren Praxisbezug schon während des Studiums (zum Beispiel Praktika im außerschulischen Bereich) einführen,
- die Stärkung von berufspraktischen, fachdidaktischen, pädagogischen und methodischen Elementen vornehmen,
- den Vorbereitungsdienst nicht verkürzen.

IV. Eine menschliche Gesellschaft für alle

1. Für ein Land des sozialen Zusammenhalts

Wir wollen ein Land des Miteinanders und des sozialen Ausgleichs. Gerade in Zeiten tief greifenden wirtschaftlichen Wandels müssen sich die Menschen darauf verlassen können, für die Wechselfälle ihres Lebens gerüstet zu sein. Keiner darf durch das Netz gegenseitiger Hilfe fallen. Dazu brauchen wir einen leistungsfähigen Sozialstaat. Dieser ist aber durch eine in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie da gewesene Massenarbeitslosigkeit und eine ernsthafte wirtschaftliche Krise stark gefährdet. Unser gesellschaftlicher Zusammenhalt steht auf dem Spiel. Ihn müssen wir endlich wieder stärken – zum Schutz der Schwachen, zur Sicherheit aller und zum sozialen Frieden in unserem Land. Wir wollen ein neues Miteinander in unserer Gesellschaft.

Die CDU in Rheinland-Pfalz tritt seit ihrer Gründung vor nun über sechzig Jahren für eine erfolgreiche Verbindung von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialem Ausgleich ein. Dabei bauen wir auf unsere grundlegenden christdemokratischen Werte. Die Würde des Menschen, Nächstenliebe, Freiheit, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Gerechtigkeit sind die Grundsätze unserer Politik.

Unser Land ist in den letzten 15 Jahren sozial kälter geworden. Heute sind immer mehr Mitbürgerinnen und Mitbürger von Armut und Arbeitslosigkeit bedroht. In nur 15 Jahren der SPD-geführten Landesregierung hat sich die Zahl der Arbeitslosen mehr als verdoppelt. Seit dem Regierungswechsel im Jahr 1991 stieg die Arbeitslosigkeit um über 120.000 Menschen an. Eine Politik, die Arbeitslosigkeit nur noch verwaltet und nicht bekämpft, hat die Auszeichnung „sozial“ nicht verdient. Besonders dramatisch entwickelt sich in Rheinland-Pfalz die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren. Wer den jungen Menschen keine Startchance gibt, der raubt ihnen ihre Zukunft. Wir werden uns gegen eine solche Gleichgültigkeit wirkungsvoll zur Wehr setzen.

Das geht nur mit einem Politikwechsel hin zu mehr Selbstverantwortung und Gemeinsinn. Am Wahltag geht es eben auch um den Wert unseres Zusammenlebens. Wir brauchen wieder mehr Selbstverantwortung und Gemeinsinn.

Das fängt bei jedem selbst an: Wir wollen Hilfe zur Selbsthilfe, wir wollen, dass die Menschen solidarisch zueinander sind. Beides gehört zusammen. Die christliche Soziallehre und die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft weisen uns dabei den Weg. Die aktive Bürgergesellschaft ist unser soziales Leitbild. Sozial ist ein Land nicht allein dadurch, dass die Bürger Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Sie müssen auch im täglichen Leben für einander da sein wollen. Persönlich, freiwillig, ehrenamtlich, nachbarschaftlich, ohne Zwang. Eine Gesellschaft ist nicht durch ihre aufgeblähte Sozialbürokratie menschlich und lebenswert, sondern erst durch das tatkräftige und an der Gemeinschaft ausgerichtete Handeln ihrer Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle gebraucht werden.

2. Die Familie ist der Kern der Gesellschaft

Ehe und Familie sind das Fundament unserer Gesellschaft. Sie sind für die meisten Menschen Voraussetzung und wesentlicher Inhalt des Lebensglücks. Sie geben Halt, vermitteln Orientierung, schaffen Verbindlichkeit und erziehen zur Verantwortlichkeit. Ehe und Familie sichern zugleich die Zukunft des Gemeinwesens, weil sie einen verlässlichen Rahmen bilden, in dem Kinder geboren werden und aufwachsen können. Deshalb muss es uns tief beunruhigen, wenn wir in unserem Land immer weniger Kinder haben.

Eine Gesellschaft, die sich nicht um den Erhalt und die Existenzbedingungen von Ehe und Familie kümmert, die der Erosion dieser Institutionen zusieht oder ihr gar Vorschub leistet, verspielt ihre natürliche Basis und riskiert ihre Zukunft. Die emotionalen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leistungen von Ehe und Familie sind nicht gleichwertig zu ersetzen.

Wir werben für das Ideal der ehebezogenen Familie, weil wir die Ehe für die beste und verbindlichste Form des Zusammenlebens halten. Deshalb stehen wir für eine Politik, mit der die Ehe als Lebensform besonders unterstützt wird. Mit dem Leitbild der ehebezogenen Familie

wollen wir auch einen Beitrag zur Werteorientierung und Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft leisten. Sie fördert die positive Entwicklung des Kindes und entspricht dem in Art. 6 Grundgesetz verankerten besonderen Schutz von Ehe und Familie. Gleichwohl wissen wir um die Diskrepanz zwischen Ideal und Wirklichkeit. Konsequenz kann aber nicht sein, das Ideal aufzugeben, sondern Respekt vor der Wirklichkeit, vor der Vielfalt familiärer Lebensformen zu haben. Auch Eltern in nichtehelichen Lebensgemeinschaften, Geschiedene und Alleinerziehende handeln liebevoll und verantwortungsbewusst gegenüber ihren Kindern.

Die Vermittlung von Werten und Wissen ist Voraussetzung für die Persönlichkeitsbildung und die Entwicklung von Grundkompetenzen des Kindes wie Bindungsfähigkeit, sprachliche Kompetenz, die Fähigkeit, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und Toleranz zu entwickeln. Eltern müssen ihren Kindern ein Selbstwertgefühl vermitteln, indem sie ihre individuellen Befähigungen anerkennen. Die Entwicklung einer stabilen Persönlichkeit hängt maßgeblich von der Qualität der Eltern-Kind-Beziehung ab. Studien zeigen, dass beispielsweise das Fehlen früher emotionaler Bindungen und mangelnde Zuwendung wesentliche Ursachen für das Scheitern von jungen Menschen sein können. Es ist wichtig, Ängste zu nehmen und Geborgenheit zu geben. Eltern tragen Verantwortung für das Kind. Ihre Vorbildfunktion ist prägend. Die Qualität der Eltern-Kind-Beziehung ist der ausschlaggebende Faktor für die gesamte Entwicklung eines Kindes. Deshalb müssen wir die Eltern beim Prozess der positiven Zuwendung zu ihren Kindern stärken. Dies gilt besonders für die Eltern, die mit ihrer Rolle überfordert sind und dadurch die Entwicklung ihrer Kinder – ungewollt – behindern. Hier sind Schule, Psychologen und Jugendämter gefordert. Entsprechende Programme und Einrichtungen müssen gefördert bzw. intensiviert werden.

Unser zentrales Anliegen ist es, jedem einzelnen Kind einen möglichst optimalen Start ins Leben zu ermöglichen. Kinder brauchen gleiche Chancen bei der Entfaltung ihrer Möglichkeiten. Sie müssen sich entfalten können. Das Fundament wird in der Familie gelegt. Bei dem weiteren Aufbau der Persönlichkeit spielen Bildungsinstitutionen eine wichtige Rolle als notwendige Voraussetzung der positiven Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Wichtige Weichen zugunsten der Familien, wie die Einführung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub (heute: Elternzeit), das Recht auf einen Kindergartenplatz und die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung wurden von der Union gestellt. Damit wollen wir uns aber nicht begnügen. Wir wollen Rheinland-Pfalz kinder- und familienfreundlicher gestalten und Familien nachhaltig unterstützen. Damit dies gelingen kann, muss die Politik die Rahmenbedingungen schaffen, in denen Familien sich entfalten können. Wir wollen Familien nichts vorschreiben. Die Familie muss selbst bestimmen, wie sie sich organisiert. Denn Familien wissen das am besten.

Die große Mehrheit der jungen Menschen will heiraten und eine Familie gründen - und doch verwirklichen immer weniger dieses Ziel. Damit dürfen wir uns nicht abfinden. Die Realisierung eines Kinderwunsches hängt nicht allein von den finanziellen Leistungen ab, mit denen Familien zu Recht unterstützt werden. Ebenso wichtig ist ihnen die gesellschaftliche Anerkennung von Familien und ihrer Leistungen für die Gesellschaft sowie eine zufrieden stellende Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Grundvoraussetzung für ein „Ja zum Kind“ ist eine sichere Perspektive für die Zukunft – eine Ausbildung, eine Anstellung danach und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten. Familien brauchen Unterstützung durch eine ganzheitliche Familienpolitik, die sich bewusst als gesellschaftliche Querschnittspolitik versteht. Politik für Familien ist immer auch Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Jugendpolitik, Bildungspolitik, Kommunal- und Wohnungspolitik.

3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Alle Umfragen zeigen: Kinder zu haben ist nach wie vor für eine überwältigende Mehrheit der Menschen Wunsch und Lebensziel. Dennoch bleiben heute immer mehr Frauen und Männer kinderlos. Das Auseinanderklaffen zwischen Wunsch und Wirklichkeit ruft nach einer Lösung. Diese heißt für uns: Eltern sollen frei wählen können, ob sie Beruf und Familie vereinbaren oder die Berufstätigkeit zugunsten der Kindererziehung unterbrechen wollen. Voraussetzung dafür ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer. Sie müssen

realistische Optionen haben. Wir müssen Väter ermutigen und unterstützen, sich noch stärker bei der Familienarbeit zu engagieren.

Wir achten und erkennen die Entscheidung an, wenn ein Elternteil sich auf Dauer für die Erziehungsarbeit in der Familie entscheidet. Daraus darf seitens der Politik keinerlei Benachteiligung gegenüber solchen Familien entstehen, in denen beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Die Erfahrungen in anderen Staaten zeigen: Wo eine bessere Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf gegeben ist, erfüllen sich auch mehr Eltern ihren Kinderwunsch. Die Bestandsaufnahme in Deutschland zeigt dagegen: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist noch nicht ausreichend gegeben. Das Betreuungsangebot reicht nicht aus. Dabei ist besonders wichtig: Ein gutes Betreuungsangebot ermöglicht oft erst den Raum für die gemeinsame Zeit in der und für die Familie. Dadurch werden die Familien gestärkt und nicht geschwächt. Der Wunsch nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist häufig bei den heute gut ausgebildeten jungen Frauen und Männern und bei vielen Arbeitgebern identisch. Dies scheitert oft an den realen Lücken im Betreuungsangebot.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer zu verbessern ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die insbesondere Politik, Wirtschaft und Kommunen betrifft. Neben der gleichzeitigen Vereinbarung von Familie und Beruf ist in einer freiheitlichen Sozialordnung ausreichender Spielraum auch für eine zeitlich versetzte Vereinbarung bzw. für flexible Übergangsformen unentbehrlich.

Weil Frauen und Männer weiter die Wahlfreiheit haben müssen, sich ganz der Erziehung zu widmen oder einen Beruf auszuüben, ist eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung von zentraler Bedeutung. Den Eltern muss es möglich sein, über die Frage, ob Betreuung ausschließlich innerhalb oder aber außerhalb der Familie stattfindet, selbst entscheiden zu können. Deshalb geht es nicht nur um die Bereitstellung von genügend Kindergartenplätzen für alle Kinder ab zwei Jahren, sondern auch um die Förderung von Tagespflege für Kleinstkinder. Die Kinder-

betreuung in der Familie muss ihre Ergänzung heute in nachbarschaftlichen oder kommunalen Netzen finden.

Wir brauchen ausreichend Plätze in Kinderkrippen, Kindergärten und Horten. Für die ersten Lebensjahre des Kindes (Altersgruppe bis drei Jahre) ist eine Betreuung in der Familie wünschenswert. Ist dies nicht möglich, müssen für diesen Betreuungsbedarf die Kindertagesbetreuungen (Kinderkrippen) weiter ausgebaut werden. Dies macht eine Förderung bewährter Einrichtungen und Initiativen weiterhin nötig. Selbsthilfegruppen sollten in die Förderkonzepte einbezogen werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- Kindertageseinrichtungen bedarfsgerecht weiterentwickelt werden;
- die Tagespflege durch eine finanzielle Landesförderung ausgebaut und die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Tagesmütter und Tagesväter durch Qualifizierung und Vermittlung verbessert werden;
- die Kinderbetreuungskosten bei der Einkommensteuer berücksichtigt werden und somit der geminderten steuerlichen Leistungsfähigkeit von erwerbstätigen Eltern Rechnung getragen und den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprochen wird;
- die Öffnungszeiten von Kindertagesstätten im Interesse der Eltern möglichst flexibel gestaltet werden und die Elternmitwirkung und -bildung in Kindertagesstätten ausgebaut wird;
- die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Erzieher/innen weiter verbindlich ausgebaut und stärker an den Erfordernissen der Praxis wie z. B. der verstärkten Sprachförderung ausgerichtet wird.

Die Wiedereingliederung in die Erwerbstätigkeit nach der Familienphase ist für Mütter und Väter häufig mit Schwierigkeiten verbunden. Dies gilt umso mehr, wenn sie sich eine neue Stelle suchen müssen. Gerade hier sind Anerkennung der Familienarbeit sowie eine familienbewusste Personalpolitik moderner Unternehmen gefordert.

Die Praxis zeigt, dass Familienfreundlichkeit in den Betrieben eine doppelte Gewinner-Situation hervorbringt: Motivation und Leistung der Mitarbeiter steigen erheblich und nutzen damit auch den Unternehmen. In familienfreundlichen Betrieben steigt ferner die Loyalität und Identifikation der Belegschaft mit dem Unternehmen.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- die öffentlichen und privaten Arbeitgeber die Vereinbarkeit von Familie und Beruf u. a. durch flexible Arbeitszeiten und Arbeitsformen, Gleitzeitarbeit, Einführung von Arbeitszeitkonten, Telearbeit, Job-Sharing sowie Unterstützung der Kinderbetreuung verbessern;
- sie eine flexible Gestaltung der Familienphase, u. a. durch Angebote zur Teilnahme an Weiterbildungs- und betrieblichen Informationsveranstaltungen, Übertragung von Urlaubsvertretungen während der Elternzeit sowie durch Wiedereingliederungsprogramme für Berufsrückkehrer/innen ermöglichen;
- sie eine verbindliche Zielsetzung zur Verwirklichung von Chancengleichheit und Familienfreundlichkeit in den Betrieben formulieren und umsetzen. Die Auszeichnung eines familienfreundlichen Betriebes kann beispielgebend wirken;
- sich Betriebe freiwillig einer durch externe Beratungskräfte durchgeführten Familienverträglichkeitsprüfung unterziehen und dafür Unterstützung erhalten;
- spezielle Aus- und Weiterbildungsprogramme der Arbeitsverwaltung und Kammern für Frauen und Männer in Familienarbeit aufgelegt werden. Arbeitslosen Eltern sollten Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen angeboten werden. Die Kompetenzen von Eltern sollten bei der Einstellung besonders berücksichtigt werden.

4. Miteinander der Generationen

Das gemeinsame Zusammenleben der jüngeren und älteren Generationen ist uns ein besonderes Anliegen. Alter ist kein Verdienst, Jugend auch nicht. Der Versuch, jung und alt gegeneinander auszuspielen, gefährdet den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Zum Miteinander der Generationen gibt es keine Alternative. Junge und alte Menschen müssen unbefangen und in gegenseitiger Wertschätzung miteinander umgehen. Nur miteinander, das heißt mit der

Kraft der jungen Menschen und der Lebenserfahrung der älteren Menschen, werden wir die Zukunft unseres Landes gestalten können.

Wir setzen uns verstärkt für die Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern ein, um fördernde Angebote für Familien und Generationen unter einem Dach und aus einer Hand zu ermöglichen. Diese Anlaufstellen für familienorientierte Dienstleistungen, Erziehungs- und Familienberatung, Gesundheitsförderung und Hilfeplanung sollen generationsübergreifend helfen, Nachbarschaftshilfe, Solidarität und professionelle Hilfe zu verbinden.

5. Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft

Die Kinder und Jugendlichen sind die Zukunft unseres Landes. Die Jugend in Rheinland-Pfalz ist leistungsbereit, aufgeschlossen und zupackend. Wir bauen auf ihre Tatkraft und ihren Willen, ihre Zukunftschancen zu nutzen. Selbstständig und eigenverantwortlich handeln, Pflichten übernehmen und Rechte wahrnehmen, das Leben als Chance begreifen und einen Platz in der Gesellschaft und im Beruf zu finden – darin wollen wir Jugendliche bestärken. Jugendpolitik ist eine Aufgabe für alle Politikbereiche. Wir verstehen Jugendpolitik nicht nur als Jugendhilfepolitik. Wir werden nicht nur die Probleme, die unsere Jugend belasten, beherzt anpacken, sondern ihr auch neue Chancen eröffnen. Von der Jugend hängt die Zukunft unseres Landes ab. Daher müssen alle Generationen ein Interesse haben, ihnen die besten Möglichkeiten und Perspektiven zu bieten. Das sind wir unserer Jugend schuldig.

Unser Ziel muss es sein, den jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, das eigene Leben nach ihren Wünschen und Möglichkeiten verantwortlich zu gestalten. Vielen Jugendlichen wird diese Möglichkeit aber durch Jugendarbeitslosigkeit genommen. In Rheinland-Pfalz stieg die Jugendarbeitslosigkeit in den letzten Jahren noch schneller an als die Arbeitslosigkeit im gesamten Durchschnitt aller Generationen. Die Rekordjugendarbeitslosigkeit ist auch Folge ungenügender Bildung. So blieben 2003 fast neun Prozent aller Schülerinnen und Schüler unseres Landes ohne Schulabschluss. Zu vielen Schülerinnen und Schülern wurde der Berufseinstieg durch fehlende oder schlechte schulische Qualifikationen erschwert. Hier liegt der Hauptgrund des Übels. Jeder weiß, Jugendarbeitslosigkeit ist zumeist die Folge mangelhafter

oder fehlender Schul-, Aus- und Weiterbildung, denn dort werden die Grundlagen für ein erfolgreiches Berufsleben geschaffen. Zuständig dafür sind die Bundesländer. Doch PISA hat erneut eindrucksvoll belegt: Rheinland-Pfalz muss hier einfach mehr leisten und besser werden. Die Schülerinnen und Schüler müssen bestens auf das Berufsleben vorbereitet werden und die Unternehmen müssen wieder Interesse daran haben und Anreiz bekommen, Auszubildende einzustellen. Nur so kann die Jugendarbeitslosigkeit wirkungsvoll bekämpft werden.

Neben der Jugendarbeitslosigkeit ist die zunehmende Verschuldung junger Menschen ein weiteres Problem: Fast 20 Prozent der Jugendlichen in Westdeutschland sind verschuldet! Der Hauptgrund ist ein unüberlegter Umgang mit Geld und ein ungezügelter Konsumrausch. Die Folgen können schwerwiegend sein. Zukunftschancen werden verbaut und die Beschaffungskriminalität erhält einen fruchtbaren Nährboden. Hier müssen wir vorsorgen. Wir brauchen Selbstbeschränkung auf Seiten der Industrie und Banken. Kinder und Jugendliche dürfen auf dem Markt nicht alle Freiheiten genießen und damit allen Risiken ausgesetzt werden. Zudem wollen wir verstärkt erzieherische Vorsorge vor falschem Konsumverhalten fördern. Die CDU-geführte Landesregierung wird im Schulunterricht fächerübergreifend diese Aufklärung verstärken.

Darüber hinaus leiden Jugendliche immer öfter an seelischen Problemen. Das zeigt die verstärkte Nutzung des Kinder- und Jugendtelefons in Rheinland-Pfalz. Wir dürfen die Jugendlichen gerade in den schwierigen Phasen ihres Lebens nicht alleine lassen. Deshalb werden wir diese Beratungsangebote, aber auch die aufsuchende Jugendsozialarbeit ausbauen.

Viele Jugendliche setzen sich tatkräftig für andere Menschen in Vereinen und Verbänden ein. Diesen Einsatz wollen wir stärker unterstützen. Neben sinnvoller Freizeit- und Lebensgestaltung finden sie gerade in der Gemeinschaft wichtige Anregungen und Werteorientierung. Sie lernen Verantwortung zu übernehmen und Gemeinsinn zu zeigen. Die Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen werden wir verbessern: Die Bildungsarbeit der Jugendverbände werden wir stärker fördern, damit jugendliche Kräfte eine bessere Fortbildung erhalten und in ihrer Jugendarbeit verbesserte Angebote umsetzen können. Wir wollen die Jugendlichen in ihrer Tatkraft unterstützen. Aus diesem Grund werden wir auch das

Mentorenprogramm, wie es in Baden-Württemberg mit großem Erfolg eingeführt wurde, in Rheinland-Pfalz umsetzen.

Wir befürworten und unterstützen die außerschulische Jugendarbeit in den Kommunen und fördern vor allem präventive Ansätze.

Um die Jugend besser in politische Entscheidungsprozesse einzubinden, werden wir verstärkt jugendgerechte Partizipationsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene fördern. Wir begrüßen das engagierte Mitwirken von Jugendlichen in unseren Kommunen. Sie lernen auf diese Art, Verantwortung zu übernehmen und an Entscheidungen mitzuwirken, von denen sie heute und morgen betroffen sind. Im Gegenzug erfahren die älteren Menschen mehr über Erwartungen, Ziele und Zukunftsvorstellungen der Jugendlichen.

6. Die ältere Generation stärker einbinden

Der Wandel der Gesellschaft ist unübersehbar: Es gibt immer mehr ältere Menschen und immer weniger junge. Die Folge einer älter werdenden Gesellschaft werden wir nur gemeinsam mit den älteren Menschen meistern können. Das bedeutet: Wir müssen unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger besser in die Gesellschaft eingliedern. Nur miteinander werden wir die großen Herausforderungen bewältigen. Wir brauchen gegenseitigen Respekt vor den Bedürfnissen aller Generationen. Die Politik muss die altersspezifischen Bedürfnisse bei ihren Entscheidungen berücksichtigen. Alter hat viele Gesichter. Eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik wird berücksichtigen, dass Bedürfnisse, Fähigkeiten und Lebenslagen der 60- bis über 100-Jährigen höchst unterschiedlich sind. Darauf muss die Politik Antworten finden.

Wir sind unseren älteren Mitbürgern dankbar für ihre vielfältigen Lebensleistungen und für viele Errungenschaften unseres Landes. Sie haben ihren festen Platz in unserer Gesellschaft. Sie sollen ihr Leben eigenverantwortlich und selbst bestimmt gestalten können. Wir werden verhindern, dass ältere Menschen an den Rand gedrängt werden - etwa im Arbeitsmarkt, in ihrem Wohnumfeld oder in der Gesellschaft. Ein aktiver Lebensstil im Alter schließt Kommunikation und das Gefühl des „Gebrauchtwerdens“ ein und beeinflusst das Befinden wesent-

lich. Aktivität im Alter erhält und schafft soziale Beziehungen und fördert Gesundheit und Wohlergehen. Es kommt nicht nur darauf an, wie alt man wird, sondern wie man alt wird.

Eine Politik für Senioren wird von uns darauf ausgerichtet sein, die Kompetenzen älterer Menschen zu erhalten und zu stärken. Prävention muss hierbei weit mehr als bisher beachtet werden. Hier ist jeder Einzelne aufgefordert, selbst etwas im Hinblick auf die Erhaltung und Stärkung körperlicher, geistiger und sozialer Aktivitäten zu tun. Aber auch die Gesellschaft und die Politik sind aufgefordert, Möglichkeiten für diese Aktivitäten bereitzustellen - von Sportstätten bis zu entsprechenden Angeboten in Volkshochschulen.

Es gilt, älteren Menschen eine Aufgabe in unserer Gesellschaft zu geben und sie nicht auszugliedern. Wir haben viele Beispiele eines geradezu bewundernswerten Einsatzes der Senioren im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements, im Rahmen der Hilfe für den Nächsten. Aber es gibt auch hinreichend Beispiele dafür, dass unsere Gesellschaft diese Einsatzbereitschaft nicht abrufte.

Wir wollen älteren Menschen helfen, in der von ihnen gewünschten Wohnwelt zu leben. Deshalb begleiten wir das generationenübergreifende und das betreute Wohnen. Gerade auch im sozialen Wohnungsbau müssen die Bedürfnisse älterer Menschen stärker berücksichtigt werden.

Zur Erhöhung der Lebensqualität gilt es, mehr Beachtung der Förderung von Rehabilitationsmöglichkeiten im weitesten Sinne zu schenken. Geriatrische Rehabilitation nach Krankheiten im Alter muss weit mehr gefördert und in unserem Land stärker ausgebaut werden. Eine gute geriatrische Rehabilitation kann den Anteil der Pflegebedürftigen reduzieren – und hilft damit nicht nur den betroffenen Einzelnen, sondern deren Familien und der Gesellschaft. Wir müssen alles tun, damit Senioren möglichst gesund älter werden. Deshalb werden wir der geriatrischen Rehabilitation den Vorrang geben. Auch müssen wir die pflegerische Infrastruktur weiter ausbauen. Durch eine sinnvolle Vernetzung der einzelnen Hilfen soll die Eigenständigkeit von alten Menschen möglichst lange erhalten werden. Wenn sie es wollen und können, sollen sie möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung leben können. Hierfür brauchen wir auch

weitere niederschwellige Angebote und die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in der Pflege. Wir werden sicherstellen, dass Pflegebedürftige gut versorgt und betreut werden. Dazu ist eine grundlegende Überarbeitung der Pflegeregelungen mit dem Ziel, die überflüssige Bürokratie mit ihren überzogenen Kontroll- und Dokumentationsverpflichtungen zu reduzieren, notwendig. Dafür werden wir uns im Bundesrat einsetzen. Wir brauchen Qualitätsmanagementsysteme, die auf Ergebnisqualität unter Einbezug des individuellen Pflegeprozesses und der Lebensqualität abzielen.

In vielen Fällen ist eine stationäre Pflege jedoch unumgänglich. Auch hier müssen beste Bedingungen herrschen. Dafür werden wir sorgen. Wir fordern einheitliche verbindliche Kriterienkataloge zur Qualitätssicherung der Pflege, wie sie in Bayern schon lange Anwendung finden. Die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Menschen, die von speziellen Krankheitsbildern betroffen sind, ist für uns von größter Bedeutung. So ist die Situation bei der Versorgung von Demenzkranken sehr unbefriedigend. Trotz der zahlreichen Vorschläge der CDU-Landtagsfraktion hat die SPD-geführte Landesregierung hier zu wenig unternommen. Das werden wir ändern. Die Pflege muss sich an den Bedürfnissen der betroffenen Menschen ausrichten.

Auch beim Pflegepersonal bestehen Engpässe. Etwa 70 Prozent der Einrichtungen der Alten- und ambulanten Pflege können ihren Personalbedarf nicht decken. Das ist eine erschreckende Bilanz. Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, das Berufsbild deutlich aufzuwerten. Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, die sozial engagierten und einfühlsamen Menschen den Mut gibt, ihre berufliche Zukunft in der Pflege zu sehen. Wir müssen ihnen auch die gesellschaftliche Anerkennung für ihre Leistungen bieten.

Die Ausbildung der Pflegerinnen und Pfleger muss nicht nur fachlich gut sein, sie muss auch kommunikative Kompetenzen vermitteln.

Das umfassende Aufgabenfeld verlangt mittlerweile nach einer generalistischen Ausbildung für alle Pflegeberufe, die aus einer gemeinsamen Grundausbildung bestehen muss und einer anschließenden Spezialisierung für den Alten-, Kranken- oder Kinderkrankenpflegebereich.

Gleichzeitig muss auch die altersheilkundliche Kompetenz der Ärztinnen und Ärzte gefördert werden. Denn Fachkenntnis in diesem Bereich wird mit der steigenden Anzahl alter Menschen immer wichtiger.

7. Gleichberechtigung von Frau und Mann

Zum sozialen Zusammenhalt in Rheinland-Pfalz gehört das gleichberechtigte Miteinander von Mann und Frau. Wir wollen alle Benachteiligungen von Frauen in der Arbeitswelt, der Politik und im alltäglichen Leben beseitigen. Wir sehen die Gleichberechtigung der Geschlechter als ein grundlegendes Ziel unserer Politik und als Aufgabe aller Verantwortlichen in der Gesellschaft an.

Die Rollenverteilung im Haushalt darf nur auf der freien Entscheidung von Mann und Frau gründen. Aus dieser Wahlentscheidung darf aber keine Seite einen Nachteil erhalten. Deshalb werden wir darauf hinarbeiten, der Arbeit und der Leistung im Haus eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung zukommen zu lassen. Leistungen, die in der Hausarbeit erbracht werden, müssen auf dem Arbeitsmarkt anerkannt werden. Gleichzeitig müssen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Familienfreundlichere Arbeitsplätze, ein Ausbau von Teilzeitstellen und bessere Chancen vor allem für Mütter, ins Berufsleben zurückzukehren, sind dringend notwendig. Wir werden unser Modell zur einfacheren Finanzierung von Tagesmüttern endlich umsetzen. Der Kern dieses Modells ist, dass Familien die Kosten für die Beschäftigung einer Tagesmutter von ihrem zu versteuernden Einkommen absetzen können. Das Ziel ist, die Familien finanziell zu entlasten, Arbeitsplätze zu schaffen und die Berufstätigkeit beider Ehepartner zu erleichtern.

Noch nie hat es in unserem Land so viele gut ausgebildete Frauen gegeben wie heute. Dieses Potenzial müssen wir nutzen. Hier gibt es noch viel zu tun: Im Berufsleben geht die Schere zwischen Mann und Frau allzu oft auseinander. So haben Frauen im Schnitt schlechtere Karrierechancen als Männer. Gleichzeitig verdienen berufstätige Frauen durchschnittlich weniger als ihre männlichen Kollegen. Für uns bedeutet soziale Gerechtigkeit auch Chancengleichheit der Geschlechter.

Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist uns ein besonderes Anliegen. Noch immer werden sie viel zu oft Opfer von Gewaltverbrechen. Wir werden uns verstärkt für Präventionsprogramme und Hilfen für bedrohte und betroffene Frauen und Mädchen einsetzen. Wir halten es daher für überaus leichtsinnig, dass die SPD-geführte Landesregierung gerade in diesem Bereich die Gelder gekürzt hat. Frauen und Mädchen verdienen einen angemessenen Schutz. Sie müssen genauso in Sicherheit, Freiheit und Selbstbestimmung leben dürfen wie die Männer.

8. Teilhabe für alle ermöglichen

Eine Gesellschaft des Miteinanders darf niemanden ausgrenzen oder benachteiligen. Unser christliches Menschenbild betont die Würde eines jeden einzelnen Menschen. Die menschliche Würde eines jeden zu achten, ist die Grundlage der Nächstenliebe und damit des sozialen Zusammenhalts. Wir werden politisch überall dort eingreifen, wo Menschen ausgegrenzt und zurückgesetzt werden. So sind Menschen mit Behinderungen noch allzu oft Opfer von Benachteiligung in unserem Land. Damit muss Schluss sein. Wir sehen Menschen mit Behinderung nicht irgendwo, sondern in der Mitte unserer Gesellschaft. Eine Behinderung kann uns alle treffen: Im Jahr 2004 lebten in Rheinland-Pfalz über 330.000 schwer behinderte Menschen. Hier ist ein gesellschaftliches Eintreten füreinander gefordert. Die betroffenen Menschen und ihre Angehörigen müssen die Hilfe und Förderung erhalten, die sie benötigen. Doch diese Hilfe darf nicht ihre Eigeninitiative erdrücken und in unnötige Abhängigkeiten führen. Wir wollen Menschen mit Behinderung solange wie möglich ein Leben in Selbstbestimmung ermöglichen. Dazu sollen sie befähigt und ermutigt werden. Wir bekennen uns zum Grundsatz, dass dezentrale, ambulante Angebote Vorrang vor stationärer Versorgung haben sollen.

Wir fordern, dass das grundgesetzlich verankerte Benachteiligungsverbot für behinderte Menschen umfassend umgesetzt wird. Benachteiligungen sind auf allen Ebenen abzubauen. Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass im öffentlichen Bereich konsequent ein barrierefreies Bauen verwirklicht wird und Informationen behindertengerecht gestaltet werden. Auch werden wir die Kommunen finanziell so ausstatten, dass sie sich ver-

stärkt für behinderte Menschen einsetzen können. Für die Kosten zur Umsetzung des Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen fallen gerade den Kommunen erhebliche finanzielle Aufwendungen zu. Sie haben aber aufgrund der verheerenden Politik der SPD-geführten Landesregierung kaum noch finanzielle Möglichkeiten, um ihre wichtigen Aufgaben gegenüber behinderten Menschen zu erfüllen. Hier brauchen wir eine politische Umkehr. Die menschliche Würde und nicht Engstirnigkeit einzelner politischer Ebenen muss wieder im Mittelpunkt der Politik stehen. Deshalb treten wir dafür ein, die Kommunen finanziell besser zu stellen, damit sie ihrer sozialpolitischen Verantwortung auch gerecht werden können.

Zur persönlichen Eigenständigkeit gehört auch die finanzielle Unabhängigkeit. Die Vermittlung von Arbeit für Menschen mit Behinderung muss daher wirkungsvoller gestaltet werden. Denkbar ist hier eine Auszeichnung für Unternehmen, die überdurchschnittlich viele Menschen mit Behinderung einstellen. Dem Öffentlichen Dienst kommt dabei natürlich eine Vorbildfunktion zu – doch die hat Rheinland-Pfalz verloren. In den Jahren der SPD-geführten Landesregierung sind die Anzahl und der Anteil der Beschäftigten mit Behinderung im Öffentlichen Dienst zurückgegangen. Dies ist ein falsches Zeichen. Denn wer eigenständig leben will, der braucht Einkommen. Auch hier werden wir ansetzen.

Wenn ein selbstständiges Leben nicht mehr möglich ist, muss eine erstklassige Betreuung und Pflege gewährleistet sein. Wir werden die private Pflege weiter verbessern, sowohl mit Beratungsangeboten als auch mit wirksamer finanzieller Unterstützung. Auch für den Ausbau des betreuten Wohnens werden wir uns stark machen. Zudem setzen wir uns für eine frühestmögliche Förderung von Kindern mit Behinderung ein und werden Hilfsangebote für die betroffenen Eltern ausbauen. Um das Verständnis der Gesellschaft für behinderte Menschen zu stärken, wollen wir die gemeinsame Erziehung mit anderen Kindern in Kindergärten und Schulen verstärkt fördern. Beratungsangebote müssen erreichbar sein, finanzielle Unterstützung muss der Pflege dienen und bei den Betroffenen ankommen.

9. Integration fördern und fordern

Rheinland-Pfalz ist ein weltoffenes Land, in dem die Menschen friedlich zusammen leben und arbeiten. Ende 2004 lebten in Rheinland-Pfalz 289.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger ausländischer Herkunft. Rheinland-Pfalz ist mit seinen Grenzen an Frankreich, Belgien und Luxemburg ein Land in der Mitte Europas. Wir lehnen jede Form von Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit ab. Ziel unserer Politik ist es, Zuwanderung und Integration in ein vernünftiges Gleichgewicht zu bringen. Es ist heute unverzichtbar, Zuwanderung stärker zu steuern und zu begrenzen.

Wir leben in einem demokratischen Rechtsstaat. Grundvoraussetzung für das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen ist das vorbehaltlose Bekenntnis zu unserer Verfassung und der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Die Religionsausübung muss mit unserem Werteverständnis übereinstimmen. Die Unterdrückung von Frauen und jungen Mädchen wird von uns nicht toleriert. Zwangsverheiratung soll zu einem Straftatbestand werden. Das Kopftuch ist ein Symbol der Unterdrückung von Frauen. Für solche Symbole der Unterdrückung ist an staatlichen Schulen kein Platz. Deswegen wollen wir Kopftücher bei Lehrerinnen an öffentlichen Schulen verbieten. Unser Gesetzentwurf dazu wurde von der Landesregierung abgelehnt. Wir werden ihn in den neuen Landtag erneut einbringen. Um in den Schulen islamischen Religionsunterricht anbieten zu können, soll der Studiengang „islamische Theologie“ an unseren Hochschulen eingeführt werden. So muss es in Zukunft gewährleistet sein, dass islamischer Religionsunterricht auf Deutsch und im Einklang mit unserem Werteverständnis unterrichtet wird.

Immer mehr Menschen aus fremden Kulturen leben auch in Rheinland-Pfalz in abgeschotteten Parallelgesellschaften. Oft ist dies durch die eigene wirtschaftlich schlechte Situation und fehlende Zukunftsaussichten bedingt. Familien mit fremder Herkunft leben überdurchschnittlich oft in Armut. Wer dazu noch eine schlechte Schulbildung und mangelhafte deutsche Sprachkenntnisse hat, droht ins Abseits zu geraten. Jeder fünfte Jugendliche mit Migrationshintergrund hat nicht einmal einen Hauptschulabschluss, und damit nur schwer Aussicht auf Arbeit. Gleichzeitig schafft nur jeder zwanzigste das Abitur. Jeder vierte Zuwanderer in

Deutschland lebt in Armut. Damit die hier bereits lebenden Ausländerinnen und Ausländer einen Beruf ausüben können, ohne dafür in die Schwarzarbeit abgleiten zu müssen, bedarf es gewisser sprachlicher und kultureller Fähigkeiten. So scheitern viele schon an mangelnden Deutschkenntnissen.

Menschen mit wenig deutschen Sprachkenntnissen müssen mehr als bisher gefördert und gefordert werden. Um den Grundstein für eine erfolgreiche Schullaufbahn zu legen, müssen die Deutschkenntnisse im Alter von vier Jahren - nicht nur bei Kindern mit Zuwanderungshintergrund - getestet werden. So können die Schüler mit Nachholbedarf frühzeitig gezielt gefördert werden. Wir wollen verpflichtende Integrationskurse einführen, in denen die deutsche Sprache in Wort und Schrift vermittelt wird. Darüber hinaus soll der deutsche Verfassungshintergrund sowie unsere Geschichte und Kultur Schwerpunkt sein. Wir wollen die Vergabe von Aufenthaltserlaubnissen, die Festlegung von Einbürgerungsfristen und Ansprüche auf berufliche Fortbildungsmaßnahmen künftig an die erfolgreiche Teilnahme an einem solchen Integrationskurs binden.

10. Für die Kranken da sein

Eine vernünftige und gerechte Gesundheitspolitik trägt entscheidend zum neuen Miteinander in unserer Gesellschaft bei. Dabei müssen die Bedürfnisse eines jeden Menschen vor den wirtschaftlichen Belangen stehen. Im Krankheitsfall darf der Patient weder finanziell, noch in der medizinischen Versorgung allein gelassen werden. Unabhängig von seinem Geldbeutel muss er die bestmögliche medizinische Versorgung erhalten. Wir lehnen eine Zwei-Klassen-Medizin strikt ab. Unsere gesundheitspolitischen Vorstellungen beruhen auf zwei Säulen: Dem Ausbau und der Förderung einer gesundheitlichen Vorsorge und dem Erhalt und der Verbesserung einer erstklassigen medizinischen Versorgung.

Wir brauchen wieder eine wirkungsvolle Vorsorge. Sie fängt bei den Kleinsten an: Wir müssen die Gesundheit unserer Kinder frühestmöglich schützen. Hier besteht akuter Handlungsbedarf. Ein Fünftel aller Kinder in unserem Land leidet an Übergewicht und viele an Haltungsschäden. Dies können wir nur beheben, indem wir Fehlernährung und Bewegungsmangel bekämpfen.

Hier wird aber bis heute zu wenig getan. Insbesondere der Schulsport wird in Rheinland-Pfalz vernachlässigt. So ist in den vergangenen Jahren der Anteil der Lehrkräfte, die Sport fachfremd, das heißt ohne eine entsprechende Ausbildung erteilen, dramatisch angestiegen. Zusätzlich nimmt der Unterrichtsausfall gerade im Schulfach Sport verheerende Ausmaße an. So ist allein in den Berufsbildenden Schulen in den vergangenen Jahren zwischen 45 und über 60 Prozent des Sportunterrichts ausgefallen. Diese Politik gefährdet die Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen. Wir brauchen mehr Sport in unserem Land. Schon heute sind 48 Prozent aller Rheinland-Pfälzer übergewichtig – das ist der traurige Spitzenrekord aller Bundesländer. Durch Bekämpfung von Fehlernährung können wir nachweislich typisch chronische Krankheitsbilder vermeiden. Herzkreislauferkrankungen, Diabetes und Rheuma sind nur einige der Folgekrankheiten ungesunden Lebens. Aus diesem Grund wollen wir in allen Bereichen für gesundheitsbewusstes Verhalten werben, uns für die Förderung von Projekten auf örtlicher, regionaler und Landesebene einsetzen sowie Partner gewinnen, um Prävention auf eine breitere Ebene zu stellen.

Die Vermeidung von Infektionskrankheiten ist eine wichtige Aufgabe des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Um dieser Anforderung wirkungsvoll nachkommen zu können, müssen die Gesundheitsämter mit den erforderlichen Kapazitäten ausgestattet sein. Deren Kommunalisierung hat die Landesregierung nicht aus der Pflicht zur Fachaufsicht und zur Koordination landesweiter Aufgaben entlassen. Eine CDU-geführte Landesregierung wird deshalb in engem Kontakt mit den Kommunalen Spitzenverbänden Strukturen schaffen, die den Gesundheitsämtern die vollständige Erfüllung ihrer Aufgaben ermöglichen. Dazu gehören auch die Verminderung von Krankenhausinfektionen und die Überwachung von Berufen, bei deren Ausübung Krankheitserreger übertragen werden können.

11. Gesundheit unserer Kinder

Ein gesunder Körper ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Lernen. Leider kommen immer mehr Eltern ihrer Pflicht nicht nach, ihre Kinder zu regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen zu schicken.

Missbrauch von Kindern, auch durch die eigenen Eltern, muss besser bekämpft werden können. Eine CDU-geführte Landesregierung wird deshalb juristische und medizinische Möglichkeiten prüfen, um einen umfangreichen und frühzeitigen Schutz gefährdeter Kinder besser als bisher sicher zu stellen.

Die SPD-geführte Landesregierung hat die Vorbereitungen von Maßnahmen zur Bekämpfung von Seuchen und gefährlichen Krankheitserregern vernachlässigt. Trotz weiter bestehender terroristischer Gefahren sind die Planungen zur Impfung der rheinland-pfälzischen Bevölkerung gegen Pocken im Krisenfall im Ansatz stecken geblieben. Unser Bundesland ist auf eine Vogelgrippe-Epidemie nicht ausreichend vorbereitet. Zur Behandlung hochgefährlicher Viruskrankheiten sind wir auf die Unterstützung anderer Bundesländer angewiesen. Die Hoffnung darauf, dass schon nichts passieren wird, reicht nicht aus. Eine CDU-geführte Landesregierung wird deshalb dafür Sorge tragen, dass der Infektionsschutz in Rheinland-Pfalz wieder die notwendige Bedeutung erhält.

Die medizinische Versorgung hat sich für die Bürger in den letzten Jahren drastisch gewandelt. Trotz aller Finanzierungsschwierigkeiten in den gesetzlichen Krankenversicherungen muss die medizinische Versorgung auch in Rheinland-Pfalz gesichert werden. Insbesondere gilt dies für unsere ländlichen Regionen. Hierbei kann eine Landesregierung nicht nur stiller Beobachter sein, sondern muss diese Vorgänge aktiv begleiten und gestalten.

Die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz stehen unter enormem finanziellen Druck. Die Gelder, die zur Versorgung der Patienten zur Verfügung stehen, umgerechnet auf die Anzahl der zu behandelnden Patienten, sinken stetig. Unsere Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz haben in den letzten Jahren auf Grund dieser Tatsache erhebliche Einsparpotenziale mobilisiert, um die Versorgung aufrecht zu erhalten. Trotz dieser Anstrengungen geraten nun unter den neuen Finanzierungsmodalitäten für Krankenhäuser die Häuser weiter unter Druck. Hier gilt es, die stationäre Versorgung auch in ländlichen Gebieten zu sichern. Wir werden dafür sorgen, dass für die Rheinland-Pfälzer auch in Zukunft stationäre Leistungen in zumutbarer Entfernung vorgehalten werden können. Dieses Angebot ist insbesondere für Familien und ältere Mitbürger notwendig. Wir werden die stationäre Versorgung sicherstellen. Unsere Krankenhauspla-

nung wird sich am Hilfebedarf der Menschen orientieren und auf leistungsfähige und effektive Versorgungsstrukturen hinwirken.

Die ambulante Versorgung unterliegt einem tief greifenden Wandel, auch in Rheinland-Pfalz. Niedergelassene Ärzte, sowohl Allgemeinmediziner als auch Fachärzte, schließen sich zusammen, um die Patienten besser zu versorgen. Dieses Ziel ist durch Entscheidungen der rot-grünen Bundesregierung in den Jahren 1998 bis 2005 erheblich erschwert worden. Insbesondere hat man versucht, die Facharztschiene zu verringern - auf Kosten der ländlichen Regionen. Wir werden alle unsere Möglichkeiten ausschöpfen, um dafür zu sorgen, dass auch in Zukunft fachärztliche Versorgung im ländlichen Raum flächendeckend möglich ist. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir gezielt die Zusammenarbeit mit den Ärzten, Patienten und ihren Verbänden suchen. Sie wissen am besten, wo die Politik ansetzen muss.

Mittlerweile gibt es auch in Rheinland-Pfalz einen erlebbaren Ärztemangel. Viele Krankenhäuser können nur mit großer Not ihre Arztstellen besetzen. Allzu oft bleiben diese aber auch unbesetzt. Zudem können im ambulanten Bereich viele Arztpraxen mit ihrem Eintreten des niedergelassenen Arztes in den Ruhestand nicht wieder besetzt werden.

Hier drohen Versorgungslücken, insbesondere in den ländlichen Regionen. Die CDU wird mit aller Kraft daran arbeiten, diesen bundesweiten Tendenzen entgegenzuwirken. Wir werden eng mit den Kassenärztlichen Vereinigungen und der Landesärztekammer sowie Universitäten zusammenarbeiten, um ausreichend gut qualifizierte Ärzte auch in Rheinland-Pfalz halten zu können. Zusätzlich werden wir darauf hinwirken, dass sich die Arbeitsbedingungen für Ärzte und Pflegepersonal gründlich verbessern. Nur wenn die Rahmenbedingungen stimmen, entscheiden sich junge Menschen für diese wichtigen Berufe.

Eine alternde Gesellschaft benötigt eine umfassende medizinische Versorgung Sterbender. Wir werden Forschung und Ausbildung im Bereich der Palliativmedizin zu einem Schwerpunkt machen und Hospize fördern.

Die CDU wird sich für ausreichendes und gut qualifiziertes Pflegepersonal mit Angeboten, die den individuellen Bedürfnissen entsprechen, einsetzen. Dies gilt sowohl für den stationären, als auch für den ambulanten Bereich.

Die CDU wird sich für eine bezahlbare und qualitativ hochwertige Pflege einsetzen. Hierzu ist notwendig, dass die existierenden Pflegeeinrichtungen unter gleichen Bedingungen ihre Dienste anbieten können. Zusätzlich werden wir darauf hinarbeiten, dass die pflegerischen Strukturen und sonstige Beratungs- und Hilfsangebote stärker vernetzt und aufeinander abgestimmt werden. Nur durch die bestmögliche Nutzung der verschiedenen Pflegeangebote kann eine optimale Pflege geleistet werden. Um die Nachwuchsprobleme in der Pflege in den Griff zu bekommen, müssen wir auch das Ansehen der Pflege Tätigkeit im Land verbessern. Die oft harte Arbeit muss eine angemessene Würdigung erfahren, sowohl finanziell als auch ideell.

Gerade im Gesundheitsbereich weitet sich eine überbordende Bürokratie aus. Wir werden Gesetze und Verordnungen darauf hin überprüfen, in wie weit sie für nicht notwendige Bürokratie verantwortlich sind. Wo dies der Fall ist, werden wir sie ändern. Unser Ziel ist, die knappen Ressourcen sowohl in personeller als auch in finanzieller Hinsicht so einzusetzen, dass sie den Menschen zugute kommen. Zurzeit versickert zu viel Geld in nicht notwendigen Verwaltungs- und Überprüfungsvorgängen. Dies werden wir ändern.

Auch der Reha-Bereich hat in den letzten Jahren viele Veränderungen hinnehmen müssen. Den rheinland-pfälzischen Reha-Einrichtungen ist es schon erfolgreich gelungen, auf diesen Wandel zu reagieren. Wir werden die bereits begonnenen Umstrukturierungsmaßnahmen nach Kräften unterstützen. Rheinland-Pfalz bietet mit seiner wunderschönen Landschaft und den ausgezeichneten Weinen und speziellen Gerichten exzellente Voraussetzungen, um Menschen zur Rehabilitation sowie zur Entspannung und Wellness hierher zu locken. Diese Möglichkeiten werden wir im Rahmen unserer touristischen Aktivitäten unterstützen.

V. Sicherheit für alle

1. Bürger schützen, Verbrechen bekämpfen

Wir wollen ein sicheres Rheinland-Pfalz. Dauerhafte Erfolge bei der Schaffung von mehr Sicherheit und der Bekämpfung der Kriminalität sind nur zu erzielen, wenn die politisch Verantwortlichen die Innere Sicherheit als zentrales Anliegen der Bevölkerung verstehen und sich konsequent dafür einsetzen. Ohne Innere Sicherheit bleibt persönliche Freiheit ein leeres Versprechen. Freiheit ist ohne Sicherheit nicht denkbar. Wer die Freiheit der Bürger gegen ihre Sicherheit ausspielt, wird am Ende beides verlieren.

Die SPD-geführte Landesregierung hat in unserem Land die Innere Sicherheit vernachlässigt. Dass sich die Zahl der polizeilich registrierten Straftaten in Rheinland-Pfalz seit Anfang der 90er Jahre um fast 100.000 auf über 300.000 Taten erhöht hat, ist ein Beleg dafür. Die Menschen fühlen sich in unserem Land nicht mehr sicher. Körperverletzung und Gewalttaten haben sich mehr als verdoppelt, Straftaten mit Schusswaffen fast verdreifacht. Die Polizei erstickt in Arbeit. Dadurch steigt das Risiko, in Rheinland-Pfalz Opfer einer Straftat zu werden, stetig an. Allein seit 2001 erhöhte es sich um ca. 14 Prozent. Gerade Straftaten, die das persönliche Sicherheitsempfinden der Menschen tagtäglich verunsichern, wie Wohnungseinbruch, Gewaltkriminalität, Drogenkriminalität, Sexualdelikte und Betrug, sind in den letzten Jahren rasant angestiegen.

Wir können der Kriminalität nur mit einem Gesamtkonzept entgegentreten. Mehr Polizei und mehr sichtbare Polizeipräsenz sind hierzu wesentliche Voraussetzungen. Das Gegenteil ist jedoch in unserem Land der Fall: Die Polizeidichte ist in Rheinland-Pfalz die niedrigste im gesamten Bundesgebiet. Sie ist Folge der falschen politischen Schwerpunktsetzung der SPD-geführten Landesregierung. Durch deren verfehlte Innenpolitik ist sie in den letzten Jahren stetig gesunken.

Wir halten den derzeitigen Zustand für unhaltbar. Kriminelle müssen mit Nachdruck verfolgt, gestellt und rasch verurteilt werden. Die Devise „Opferschutz vor Täterschutz“ darf nicht zur

leeren Floskel verkommen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der sich die Bürger sicher fühlen und ohne Angst vor Verbrechen frei bewegen können. Ein entschlossenes und frühzeitiges Einschreiten gegen Rechtsverletzung, Ordnungsstörungen und Verwahrlosung unterstützen wir nachdrücklich. Hierzu gehört auch die Verkürzung der Gerichtsverfahren.

2. Mehr Sicherheit mit mehr Polizei vor Ort

Um in Rheinland-Pfalz sicher leben zu können, brauchen wir eine besser ausgestattete und personell verstärkte Polizei. Nur eine gut ausgebildete, modern ausgerüstete, leistungsgerecht bezahlte und bürgernahe Polizei ist in der Lage, Verbrechen wirkungsvoll zu bekämpfen und dem Schutz der Menschen zu dienen. Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten leisten trotz einer unzumutbaren Arbeitsbelastung einen aufopferungsvollen Dienst für unser Gemeinwesen. Doch die SPD-geführte Landesregierung lässt sie im Regen stehen. Mit einem Polizeibeamten auf 468 Einwohnern haben wir die niedrigste Polizeidichte aller Bundesländer. Eine Folge davon ist ein gigantischer Berg von Überstunden, die die Polizisten leisten müssen. Skandalös ist, dass derzeit ca. 400 Planstellen, die im Polizeihaushalt für den Polizeidienst vorgesehen sind, unbesetzt sind. Durch dieses bewusste Unterlassen trotz haushaltsrechtlich bestehender Voraussetzungen zeigt die Landesregierung, dass es weniger an den Möglichkeiten, sondern ausschließlich am politischen Willen fehlt, die Polizei ausreichend mit Personal auszustatten. So schieben die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Rheinland-Pfalz ca. 1,3 Mio. Überstunden vor sich her. Dass trotz der großen Überstundenberge viel Arbeit der Polizei wegen Unterbesetzung liegen bleiben muss, zeigt sich auch an der Anzahl der unerledigten Haftbefehle, die den einzelnen Polizeidienststellen zur Vollstreckung vorliegen. Landesweit sind aktuell ca. 7.300 Haftbefehle nicht vollstreckt, was zur Konsequenz hat, dass zum Beispiel viele Straftäter frei herum laufen bzw. Geldstrafen nicht vollstreckt werden können. Bei dieser Vernachlässigung der Inneren Sicherheit ist es nicht verwunderlich, dass Rheinland-Pfalz sich auch zum Handlungsraum und Rückzugsgebiet von Terroristen und Tätern der Organisierten Kriminalität entwickelt hat. Etwa 1.000 Polizistenstellen fehlen und müssen endlich mit jungen Leuten besetzt werden, um auch der Überalterung Herr zu werden. In einzelnen Polizeieinheiten liegt das Durchschnittsalter bei fast 60 Jahren. Das vorrangigste Ziel einer CDU-geführten Landesregierung wird daher sein, die desolate Personalsituation bei der

Polizei in unserem Land zu beseitigen. Eine CDU-geführte Landesregierung wird in den kommenden Jahren 800 Polizeianwärter zusätzlich einstellen. Daneben werden wir die Polizistinnen und Polizisten von Verwaltungsaufgaben in ihrer täglichen Arbeit entlasten, indem sie von 200 Verwaltungsbeamten unterstützt werden, die durch unsere Verwaltungsmodernisierung neu für polizeiliche Aufgaben zur Verfügung stehen.

Die jahrelangen Versäumnisse der SPD-geführten Landesregierung zwingen uns aber zum raschen Handeln. Wir werden umgehend ein neues Personalkonzept umsetzen, das auch kurzfristig wirkt. Ferner werden wir zur Entlastung der Polizei prüfen, inwieweit Aufgaben, die nicht zwingend von Polizeivollzugsbeamten wahrgenommen werden müssen, auf Verwaltungsangestellte übertragen werden können. Mittel- und langfristig muss die Personalpolitik so ausgestaltet sein, dass die Anzahl der Neueinstellungen die der Pensionierungen nicht unterschreitet.

Wir wollen aber nicht nur die Polizei personell verstärken, sondern sie auch in der Öffentlichkeit sichtbarer machen. Dies bedeutet, dass wir wieder mehr Polizei vor Ort brauchen. Diese Arbeit wird durch die Dienststellen der Polizei- bzw. Kriminalinspektionen im Land wahrgenommen. Einen besonderen Stellenwert nimmt dabei der Wechseldienst der Schutzpolizei ein. Wir halten es für einen schweren Fehler, dass die SPD-geführte Landesregierung die Personaldecke des Wechseldienstes stark ausgedünnt hat. Längere Wartezeiten für die Betroffenen bei Not- und Hilferufen, bei Verkehrsunfällen sind die Folge. In vielen Dienststellen können nachts nur Notbesatzungen gestellt werden.

Eine weitere Folge der enormen Polizeiknappheit ist die Überalterung der Polizei. Ständig sind ca. 750 Polizisten nur noch eingeschränkt dienstfähig. Das beeinträchtigt die Einsatz- und Kräfteplanung erheblich. Das Durchschnittsalter wird sich in den nächsten Jahren noch weiter erhöhen und kann nur mit einer langfristig angelegten Verstärkung und Verjüngung der Polizei merklich gesenkt werden. Nach 15 Jahren SPD-geführter Landesregierung muss man feststellen: Ihre Personalpolitik für die Polizei ist kläglich gescheitert. Nach Plänen der SPD-geführten Landesregierung soll die Personalstärke pro Jahr um weitere 100 Stellen sinken.

Das entspricht der Schließung von drei Polizeidienststellen! Dieses Sicherheitsrisiko müssen wir abwenden.

Wir werden die gesetzliche Regelung zur Lebensarbeitszeit im Polizeidienst verändern. Die derzeitige Bestimmung ist ungerecht und missachtet die vielfältigen Belastungen des Polizeidienstes.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird für eine bessere materielle und technische Ausstattung der Polizei sorgen. Hierzu gehören Schutzwesten für alle im Außendienst eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, eine möglichst schnelle Einführung des Digitalfunks und der Ausbau moderner kriminaltechnischer Möglichkeiten mit stärkerer Betonung des forensischen Sachbeweises durch eine verstärkte Nutzung der DNA-Analyse. Dies dient sowohl der sicheren und schnelleren Überführung, zum Beispiel von Sexualstraftätern, als auch der Entlastung der polizeilichen Fahndungsarbeit.

Die festgestellten Straftaten bei landesweiten Kontrollen und der Blick auf die anderen Bundesländer zeigen, dass ein Bedürfnis für eine anlassunabhängige Kontrollbefugnis der Polizei (Schleierfahndung) besteht. Gerade die verstärkte Mobilität der Tätergruppe (z.B. Rauschgiftkriminalität) und die eklatanten Steigerungsraten von Handel mit und Schmuggel von Drogen unterstreichen diese Notwendigkeit.

Wir müssen der Polizei dringend die nötigen technischen Mittel geben, damit sie ihre Arbeit sinnvoll entfalten kann. So setzen wir uns für eine verstärkte Nutzung von technischen Mitteln (z.B. Videoüberwachung) ein. Wir werden zur wissenschaftlichen Analyse der Kriminalitätslage und ihrer Entstehungsfaktoren die Einrichtung eines kriminologisch-kriminalistischen Forschungsinstituts, ggf. unter Beteiligung angrenzender Länder, schaffen. Standort dieses Instituts wird der Fachbereich Polizei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung auf dem Flughafen Hahn sein.

Die Analyse der Sicherheitslage beweist, dass die Kriminalprävention, die neben intensiver Repression ein wesentlicher Baustein der gesamtgesellschaftlichen Bekämpfung von Strafta-

ten darstellt, einer Neuausrichtung bedarf. Es fehlt an einem umfassenden und schlüssigen Konzept der Landesregierung. Hierbei müssen besonders sozialschädliche Deliktsbereiche, wie Wiederholungstaten, begangen von Kindern und Jugendlichen, priorisiert Gegenstand von Präventionsmaßnahmen sein. Auch die Arbeit der Kriminalpräventiven Räte muss von Seiten der Landesregierung intensiviert werden.

Ein bedeutsamer Aspekt des neuen Präventionskonzepts muss dabei das Vorgehen gegen Schulschwänzer sein, da viele dieser Kinder während ihrer Fehlzeiten in den Innenstädten herumlungern und dort häufig Straftaten begehen. Eine weitere Schwerpunktbildung ist geboten im Bereich der Wiederholungs- und Intensivtäter, insbesondere wenn diese minderjährig sind.

3. Opferschutz verbessern

Wir wollen den Schutz und die Betreuung von Kriminalitätsopfern verbessern und das Risiko, Opfer eines Verbrechens zu werden, verringern. Hierzu setzen wir einerseits auf Aufklärung und Prävention und andererseits auf die stärkere Berücksichtigung der Opferbelange im Ermittlungsverfahren und die nachsorgende Betreuung von Opfern. Gewalt- und Sexualstraftäter, von denen mit großer Wahrscheinlichkeit bei einer Haftentlassung Gefahren für Leib und Leben anderer Menschen ausgehen, müssen zwingend in Sicherungsverwahrung verbleiben.

Als Zeichen eines besonderen Opferschutzes müssen Täter, die mit besonderen nachhaltigen Belästigungen (so genanntes Stalking) Opfer schädigen, strafrechtlich sanktioniert werden.

Kriminelle müssen konsequent verfolgt, gestellt, überführt und schnell ihrer Tat angemessen verurteilt werden. Bei Wiederholungstätern ist dabei besonders auf ein Strafmaß mit vorbeugender Wirkung zu achten. Strafverfahren müssen, wo immer möglich, weiter beschleunigt werden. Kriminelle Ausländer sind unverzüglich des Landes zu verweisen. Die Möglichkeit der Abschiebung zur Haftverbüßung im Ausland müssen erheblich erweitert und angewandt werden. Es ist nicht einzusehen, warum ein ausländischer Schwerkrimineller seine Haft nicht in seinem Heimatland verbringen soll.

Der wirksamste Opferschutz ist jedoch die Verhinderung von Straftaten. Prävention ist eine Aufgabe, die jeden angeht. Land, Kommunen, Vereine, Kirchen und Organisationen, aber auch jeder Bürger ist gefragt. Wir wollen nach hessischem Vorbild in den größeren Städten Opfer-schutz- und Präventionskommissariate schaffen bzw. ausbauen. Diese werden rund um die Uhr besetzt sein. Zudem soll zusammen mit den Kommunen, in Schulen, Vereinen und mit anderen Partnern ein landesweites Netzwerk gegen Gewalt und Kriminalität entstehen. Zudem wollen wir an besonders gefährdeten Orten verstärkt Videotechnik einsetzen. Wir werden nicht zulassen, dass sich Bürgerinnen und Bürger aus Angst vor Kriminalität nicht mehr trauen, öffentliche Orte aufzusuchen. Ferner werden wir die Situation bei den Bewährungshelfern verbessern. Zurzeit kommen über 90 Probanden auf einen Bewährungshelfer. Das ist entschieden zu viel! Die Gefahr von Rückfällen der Straftäter wird damit nicht bestmöglich verringert. Hier werden wir für eine verbesserte Situation sorgen.

4. Auch Bagatelldelikte sind Straftaten

Eine CDU-geführte Landesregierung wird entschieden gegen eine "Entkriminalisierung" so genannter Bagatelldelikte wie Ladendiebstahl, Schwarzfahren oder Farbschmierereien an Gebäuden vorgehen. Wir werden das Gewaltmonopol des Staates wahren. Wir wollen eine konsequente Strafverfolgung unabhängig vom Umfang des Schadens, der durch die Straftat verursacht wurde. Alle "Bagatelldelikte" müssen unmittelbar durch den Staat verfolgt werden. Wir werden gerade im Bereich der Kleinkriminalität die Sanktionsquote erhöhen und Strafverfahren beschleunigen.

5. Abbau der Kinder- und Jugendkriminalität

Die Kinder- und Jugendkriminalität ist seit Beginn der 90er Jahre stark angestiegen. So waren im Jahr 2004 von allen Tatverdächtigen in Rheinland-Pfalz 31.545 unter 21 Jahre alt. Besonders besorgniserregend ist die deutliche Zunahme im Bereich der Gewaltkriminalität. Nach einer wissenschaftlichen Studie nehmen Gewalttätigkeiten unter Schülern stark zu. Wir wollen verhindern, dass junge Menschen in kriminelle Strukturen abdriften und sich damit ihr Leben verbauen. Auch müssen wir sie davor schützen, Opfer von Gewalttaten oder von Dro-

gendealern zu werden. Hier muss der Staat den Jugendlichen klare Grenzen aufzeigen und wirksame Vorbeugemaßnahmen treffen.

Prävention ist der beste Kampf gegen Jugendkriminalität. Politik und Gesellschaft müssen Jugendlichen Perspektiven für ihre Zukunft aufzeigen. Dazu gehört eine gute Schulausbildung, die sichere Aussicht auf einen Ausbildungsplatz und Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Eine gute Strategie der Inneren Sicherheit besteht aus mehr als aus rein repressiven Maßnahmen und gesetzlichen Strafandrohungen. Mit einer auf Wertevermittlung und Sozialkompetenz ausgerichteten Erziehung in den Familien, Kindergärten, Schulen, Freizeiteinrichtungen, der kirchlichen Jugendarbeit sowie zahlreichen Vereinen wird in Rheinland-Pfalz ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung der Jugendkriminalität geleistet. Hier wollen wir alle Beteiligten nachhaltig unterstützen. Allerdings muss auch die Politik ihre Hausaufgaben machen. Wir wollen Schulen gewalt- und kriminalitätsfrei gestalten. Die Schülerinnen und Schüler sowie ihre Eltern haben ein Recht, dass die Kinder und Jugendlichen an den Schulen unseres Landes sicher untergebracht sind. Doch in manchen Schulen ist die Situation unhaltbar geworden. Wie weit ist es gekommen, wenn die Kinder während der Unterrichtseinheiten nicht mehr oder nur noch in Begleitung die Schultoiletten aufsuchen dürfen, aus Angst, Opfer einer Straftat zu werden? Hier gilt es, Versäumnisse aufzuarbeiten. Hier gilt es, entschieden zu handeln.

6. Schulen sicherer machen

An Schulen in Rheinland-Pfalz stieg die Anzahl der registrierten Straftaten in den letzten Jahren erheblich an. Seit 1997 stieg die Zahl der Kriminalitätsdelikte an rheinland-pfälzischen Schulen um 165 Prozent. Raub, räuberische Erpressung, gefährliche und schwere Körperverletzung sowie Freiheitsberaubung, Nötigung und Bedrohung weisen erhebliche Steigerungsraten auf. Dies gilt auch ganz besonders für die Rauschgiftkriminalität, die an den rheinland-pfälzischen Schulen seit dem Jahr 2000 um 135 Prozent gestiegen ist.

Ein Grund für diesen rapiden Anstieg ist in den unzureichenden Präventionsmaßnahmen der SPD-geführten Landesregierung zu sehen. Es fanden in den Jahren 1996 bis 2004 „nur“ 3.600

Schulveranstaltungen zum Themenbereich Sucht- und Drogenkriminalität statt. Das bedeutet, dass jede Schule lediglich alle fünf Jahre einmal mit einer solchen Veranstaltung rechnen konnte. In unseren Augen ist das viel zu wenig. Auch das Projekt „Prävention im Team“, das sich an Schülerinnen und Schüler ab der Orientierungsstufe richtet, hat bislang von 670 betroffenen Schulen lediglich 150 erreicht. Das bedeutet, dass die übrigen 520 Schulen – immerhin 77 Prozent – außen vor blieben. Gleiches gilt für die Stellen der Schulsozialarbeit an Berufsbildenden Schulen, an denen Berufsvorbereitungsjahre bestehen: Hier steht jeweils für über 3.000 Schülerinnen und Schüler nur ein Sozialarbeiter als Ansprechpartner zur Verfügung. An eine wirkungsvolle Schulsozialarbeit ist unter diesen Umständen nicht zu denken.

Wir werden nicht nur mit unserer Bildungsoffensive das Schulsystem verbessern, sondern insbesondere auch die Lehrerschaft stärken. Die Reaktions- und Sanktionsmöglichkeiten für Lehrer müssen erweitert werden. Zum Beispiel werden wir die Möglichkeit einführen, dass Schülerinnen und Schüler gemeinnützige Arbeit während ihrer Ferienwochen leisten müssen, wenn sie durch besonders sozialauffälliges Verhalten die Sicherheit und Ordnung der Schule bzw. die ihrer Mitschüler gestört haben. Auch wollen wir Lehrern und Erziehern eine praxisnähere Ausbildung anbieten, die sie im Umgang mit kriminalitätsgefährdeten Jugendlichen schult. Darüber hinaus setzen wir uns entschieden für eine drogenfreie Schule ein. Wir werden die Präventionsprogramme verstärken und gerade im Bereich des Drogenkonsums eine kritische und nachhaltige Aufklärung verstärkt zum Inhalt des Lehrplans machen. Zudem wird eine CDU-geführte Landesregierung eine bisher nicht bestehende Anzeigepflicht jeglicher Straftaten im Zusammenhang mit Besitz, Konsum und Handel mit Betäubungsmitteln einführen. Unser Ziel ist klar: Wir wollen eine gewalt-, kriminalitäts- und drogenfreie Schule. Gewalt, Vandalismus, Selbstjustiz und Drogen haben an Schulen nichts zu suchen. Wir werden im Zeichen sich verstärkender gesellschaftlicher Ablehnung des Tabakkonsums sowie im Sinne des Gesundheitsschutzes für die Schüler ein allgemeines Rauchverbot in den Schulen in Rheinland-Pfalz einführen.

Weiterhin wird eine CDU-geführte Landesregierung gegen Schulschwänzer aktiv vorgehen. Es besteht ein großer Zusammenhang zwischen ständigem Fernbleiben vom Schulunterricht und schulischem Versagen bzw. kriminellen Verhalten von Jugendlichen. Hierbei sollen sich spe-

ziell ausgebildete Jugendbeamte der Polizei um gefährdete Jugendliche kümmern und diese in den Unterricht zurückbringen. Gleichzeitig muss allerdings auch eine Verbesserung der Jugendhilfe und Familienberatung gerade im Bezug auf das Problem des Schulschwänzens einhergehen, denn nur ein solcher ganzheitlicher Lösungsansatz bringt den gewünschten Erfolg – das Erlernen von sozialförderlichem Verhalten und eine geringere Quote der Jugendkriminalität.

Für hochgradig gefährdete und kriminelle Kinder und Jugendliche muss im Rahmen erzieherischer und therapeutischer Gesamtkonzepte eine geschlossene Heimunterbringung verstärkt möglich sein. Da gerade bei jungen Straftätern die erzieherischen Sanktionen der Tat auf den Fuß folgen müssen, sind weitere Maßnahmen zur Beschleunigung von Jugendgerichtsverfahren notwendig.

Zudem sind gerade bei der präventiven Bekämpfung der Jugendkriminalität in Aussiedler-, bzw. Ausländerfamilien die integrativen Maßnahmen zu verbessern. Das Erlernen und Beherrschen der deutschen Sprache ist ein Schlüsselfaktor, um ein Abdriften in die soziale und kulturelle Isolation zu vermeiden. Nur so kann sich herausbildenden Parallelgesellschaften der Nährboden entzogen werden.

7. Bekämpfung der Organisierten Kriminalität

Einen weiteren Schwerpunkt werden wir auf die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität legen. Zu wenige Verbrechen der Organisierten Kriminalität werden in Rheinland-Pfalz aufgedeckt. Ein Grund: Die Zahl der Ermittler nahm erheblich ab. Seit 1999 sank sie um ca. 20 Prozent. Den Strafverfolgungsbehörden sind häufig die Hintermänner bekannt. Auf Grund der besonders abgeschotteten Arbeitsebenen und Methoden fehlen aber die Beweise. Die Strafverfolgung ist deshalb bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität auf effektive verdeckte Ermittlungsmethoden angewiesen. Um für ein Gerichtsverfahren verlässliche Zeugen zu bekommen, ist es erforderlich, die Zeugenschutzprogramme sowohl für inländische als auch für ausländische Zeugen zu verbessern, um so jegliche Gefährdung und Bedrohung zu verhindern. Nur erfahrene, speziell ausgebildete Staatsanwälte und Kriminalbeamte sind Ga-

ranten für den Erfolg im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität. Dazu benötigen sie eine Ermittlungstechnik, die auf neuestem Stand ist.

Um eine wirkungsvolle Bekämpfung der Organisierten Kriminalität gewährleisten zu können, fordern wir die Verbesserung des Einsatzes von akustischen und optischen Mitteln der elektronischen Wohnraumüberwachung, vereinheitlichte Rechtsgrundlagen in den Bundesländern zum Einsatz von verdeckten Ermittlern, die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung sowie verbesserte Möglichkeiten der Überwachung von Mobiltelefonen. Zudem wollen wir den Verfassungsschutz bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität einbinden. Ganz besonders bedeutsam ist die Schaffung der Beweislastumkehr für die Herkunft des Vermögens von Tätern der Organisierten Kriminalität, damit die Vermögensabschöpfung krimineller Gewinne in Fällen der Organisierten Kriminalität ermöglicht wird. Die Botschaft ist klar: Verbrechen darf sich nicht lohnen.

8. Kampf gegen die Drogenkriminalität

Eine CDU-geführte Landesregierung wird für die strikte Bekämpfung der Verharmlosung und Legalisierung von Drogen eintreten. Unser Land braucht keine größere Akzeptanz von Drogen, sondern vielmehr eine breite Übereinstimmung darin, dass wir gemeinsam ein Leben ohne Drogen wollen. Denn die Zahlen in den vergangenen Jahren über die Zunahme der Drogenkriminalität in Rheinland-Pfalz sind erschreckend. Seit 1993 stiegen die Zahlen der Drogenkriminalität von 4.507 auf 17.542 Fälle, was einem Anstieg von über 290 Prozent entspricht. Im Vergleich mit den übrigen Flächenländern liegt Rheinland-Pfalz seit einigen Jahren an der Spitze der Kriminalitätsbelastung mit Drogen. Im Jahr 2004 übertraf unser Land sogar die bisherige Drogenhauptstadt Berlin. Seit 1993 hat sich die Anzahl der Jugendlichen, die als Erstkonsumenten harter Drogen auffielen, mehr als verdoppelt und die der ermittelten unter 14-jährigen Tatverdächtigen sogar mehr als verzehnfacht.

Neben fehlenden Präventionsmaßnahmen ist vor allem die mangelnde Polizeidichte eine Hauptursache für die enorme Drogenkriminalität im Land. Wir werden keine offenen Drogen Szenen zulassen. Gerade auch zum Schutz der Jugendlichen werden wir den so genannten

„Ameisenhandel“ der Kleindealer entschlossen bekämpfen. Auf frischer Tat ertappte Drogendealer müssen sofort in Haft genommen werden können.

Dagegen werden wir Drogenabhängigen auch künftig durch Beratung, Angebote zum Entzug und durch Therapie- und Rehabilitationsmaßnahmen helfen, von ihrer Sucht loszukommen. Die Aufklärung junger Menschen über die Folgen des Konsums von Drogen, insbesondere von Ecstasy und anderen Designerdrogen, muss intensiviert werden. Denn Dealen ist kein Kavaliersdelikt.

9. Extremismusbekämpfung – wehrhafte Demokratie erhalten

Die Terroranschläge in New York, Madrid oder auch in London zeigen, wie dringend ein wirksames Vorgehen gegen Extremismus und Gewalt ist. Dabei ist Entschlossenheit ebenso wichtig wie konzeptionelles Vorgehen. Extremisten - egal welcher Art - dürfen keine Entfaltungschancen in unserem Land haben. Eine CDU-geführte Landesregierung wird jeder Form von Extremismus mit allen rechtstaatlich gebotenen Mitteln entgegentreten und unsere Demokratie gegen extremistische Bestrebungen und Terrorismus entschlossen verteidigen.

Hier gibt es viel zu tun: Nach Angabe des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzberichts 2004 gibt es in unserem Land neben einer großen Anzahl Rechtsradikaler rund 700 Linksradikale. Zudem leben etwa 1.400 extremistische Ausländer, teilweise organisiert, in Rheinland-Pfalz, darunter ca. 700 Islamisten. Von den rund 100 Moscheen und Gebetsstätten im Land weisen etwa 25 Bezüge zum Islamismus auf.

Gewalt und Intoleranz werden wir unnachsichtig verfolgen. Wir lehnen jede Form der politischen Zusammenarbeit mit Parteien ab, die Menschenverachtung und extremistisches Gedankengut zu ihrem Programm erheben. Wir werden diesen extremistischen Umtrieben nicht zuschauen, sondern sie wirkungsvoll bekämpfen. Das schließt auch die Möglichkeit eines Verbots einer Organisation ausdrücklich ein.

10. Verfassungsschutz ist Erkenntnis- und Handlungssystem gegen Terror und Organisierte Kriminalität

Wir brauchen gerade im Kampf gegen Terrorismus und Extremismus einen noch schlagkräftigeren Verfassungsschutz. Ein stärkerer Verfassungsschutz wird einen wichtigen Beitrag als Informations- und Frühwarnsystem in unserem Land leisten können. Insbesondere im Kampf gegen den islamistischen Extremismus werden wir die personellen Ressourcen des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes erheblich verbessern, damit wir auch dort ein schlagkräftiges Informations- und Frühwarnsystem entwickeln können. Zudem wollen wir die Kooperation mit den anderen Sicherheitsbehörden ausbauen.

11. Bevölkerungsschutz durch Feuerwehren und Katastrophenschutz ausbauen

Wir sind den Männern und Frauen von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten und THW dankbar, dass sie uns ein hohes Maß an Sicherheit bieten. Hierfür zollen wir ihnen ein großes Maß an Respekt. Mit den jüngsten Terrorangriffen ist eine neue Dimension der Bedrohung deutlich geworden. Die aktuelle Bedrohungssituation erfordert eine Neuorientierung des Katastrophenschutzes. Wir müssen den Auf- und Ausbau eines Zivil- und Katastrophenschutzes deutlich voranbringen. Wir brauchen auch in Rheinland-Pfalz ein Niveau des Bevölkerungsschutzes, das den neuen Herausforderungen und Bedrohungen gerecht wird und einen umfassenden Schutz der Bevölkerung garantiert. Die aktuelle Bedrohungslage zwingt zum Umdenken. Sie setzt zunächst die Ausstattung der Aufgabenträger im Katastrophenschutz und der in diesem Bereich tätigen Hilfsorganisationen mit dem für eine sachgerechte Aufgabenwahrnehmung erforderlichen Mitteln voraus. Dabei sind das Land und der Bund gemeinsam gefordert, in der Bereitstellung der finanziellen und sachlichen Mittel die Ausbildungsangebote mit den entsprechenden Einrichtungen für die Helfer auszubauen und die Rahmenbedingungen für eine ehrenamtliche Tätigkeit grundlegend zu verbessern.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird die mehr als 66.000 haupt- und ehrenamtlichen Helfer der Feuerwehren, die landesweit bis in die kleinsten Gemeinden hinein häufig unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit Menschen retten und helfen, weiterhin materiell und

organisatorisch unterstützen. Neben der materiellen und organisatorischen Unterstützung setzen wir uns für eine gesellschaftliche Wertschätzung, Anerkennung und Würdigung der Ehrenamtlichkeit ein. Ihre wichtige Arbeit ist gelebte Verantwortungsbereitschaft für die gesamte Gesellschaft. Wir werden dafür sorgen, dass Feuerwehren vor Ort erhalten bleiben und lehnen Kürzungspläne des Landesrechnungshofes entschieden ab.

Unsere Gesellschaft benötigt auch in Zukunft ein leistungsfähiges System der Freiwilligen Feuerwehren. Das bedeutet unter anderem, dass das derzeitige Netzwerk der flächendeckenden Feuerwehrinfrastruktur bestehen bleiben muss, um ausreichend Schutz vor Gefahren landesweit gewährleisten zu können. Zudem müssen wir den Modernisierungstau im Sinne einer voll leistungs- und funktionsfähigen Feuerwehrorganisation systematisch abbauen. Trotz aller engen Haushaltsspielräume dürfen bedeutende Institutionen der staatlichen Gefahrenabwehr, wie unsere Feuerwehren, nicht vernachlässigt werden. Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich daher dafür einsetzen, dass die Fördermaßnahmen des Landes dem hohen Stellenwert der Feuerwehren in der gefahrenabwehrenden sowie der ehrenamtlichen Sozial- und Jugendarbeit entsprechen müssen. Gerade diese stellen eine wichtige Möglichkeit der Persönlichkeitsentwicklung und Wertevermittlung dar. Hier werden Tugenden und Werte erlebt und gelebt und helfen dadurch den Menschen und der Gesellschaft. Dieser Nutzen kann nicht hoch genug geschätzt und gewürdigt werden. Daneben werden wir dafür sorgen, dass

- die dezentrale Struktur der Feuerwehrorganisation im Land erhalten bleibt,
- ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden, um notwendige Modernisierungsmaßnahmen zu ergreifen,
- der Gesundheitsschutz für die Feuerwehrangehörigen verbessert wird,
- die Jugendarbeit der Freiwilligen Feuerwehren nachhaltig unterstützt wird und
- der vorbeugende Brandschutz mit rechtlichen und anderen geeigneten Maßnahmen (z.B. durch die Einführung einer Verpflichtung zum Einbau von Rauchwarnmeldern auch in bestehende Wohngebäude) weiter ausgeweitet wird.

12. Haftanstalten – Sicherheit der Bürger gewährleisten

Eine der vordringlichsten Aufgaben des Staates ist es, unsere Gesellschaft vor gefährlichen Straftätern zu schützen. Straftäter, die zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden sind, müssen in unseren Haftanstalten sicher untergebracht werden.

Vor dem Hintergrund eines hohen Ausländeranteils bei Strafgefangenen und den hohen Kosten von ca. 30.500 Euro pro Jahr je Strafgefangener bedarf es jedoch zusätzlich einer konsequenten Abschiebung straffälliger Ausländer zur Vollstreckung der Haftstrafen, bzw. Strafen im jeweiligen Heimatland. Die dazu erforderlichen bilateralen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den jeweiligen Heimatländern sind von der rot-grünen Bundesregierung lange verzögert worden. Daher brauchen wir jetzt einen schnellen Abschluss.

Darüber hinaus ist durch die Schaffung zusätzlicher Strafsanktionen ein Abbau der Überbelegung durch Haftvermeidung dort zu bewirken, wo keine Gefahren für die Öffentlichkeit bestehen. Dies ist insbesondere im Bereich der Ersatzfreiheitsstrafen für nicht gezahlte Geldstrafen der Fall. In diesem Bereich sind die Möglichkeiten zu einer gemeinnützigen Arbeit als Ersatz für eine Freiheitsstrafe und die Anwendung des Hausarrests unter Einsatz moderner Technik anzugehen.

VI. Ein lebenswertes Rheinland-Pfalz für alle

1. Solide Finanzen für eine sichere Zukunft

15 Jahre SPD-geführte Landesregierung liefern eine traurige Bilanz: Fast 28 Milliarden Euro Schulden mit dem Doppelhaushalt 2005/2006. Damit steigen die Schulden um über 150 Prozent auf rund 6.900 Euro pro Einwohner. Mehr als jeder zehnte Euro der Ausgaben des Landeshaushaltes entfällt bereits auf die Zinszahlungen. Als Ergebnis der jahrelangen finanzpolitischen Vertuschung und Schönfärberei befindet sich die Landesregierung jetzt in einem Teufelskreis. Wenn die Schulden in den kommenden Jahren so zunehmen wie in den letzten zehn Jahren und die Zeit der extrem niedrigen Zinsen zu Ende geht, dann wird bald die Hälfte der Steuereinnahmen ganz von den Zinsbelastungen aufgefressen werden. Unser Land steht deshalb am Rande einer extremen Haushaltsnotlage, in der es seine Aufgaben nicht mehr ausreichend erfüllen kann und in der verantwortliches Gestalten nicht mehr möglich ist. Dies ist keine verantwortungsbewusste Finanzpolitik. Niemand darf auf Kosten künftiger Generationen leben. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben einen Anspruch darauf, dass das Land mit ihrem Geld sorgfältig umgeht. Die Voraussetzung jeder erfolgreichen Politik ist Vertrauen. Das gilt besonders für die Finanzpolitik, denn sie bildet die Grundlage für den politischen Gestaltungsspielraum.

Die Menschen in Rheinland-Pfalz können aber keiner Landesregierung vertrauen, die ihre Finanzplanungen mit wiederholten Versprechen geringerer Schulden nie eingehalten hat. Bei Fortführung der gegenwärtigen Finanzpolitik würde die Verschuldung in unserem Land pro Kopf 2010 fast 13.000 Euro betragen. In Bayern zum Beispiel lag diese Ende 2004 bei 1.700 Euro je Einwohner. Allein 2005 beträgt die tatsächliche Neuverschuldung in Rheinland-Pfalz fast 1,9 Milliarden Euro. Diese Regierung hat finanzpolitisch längst den Boden unter den Füßen verloren.

Dabei hat Rheinland-Pfalz kein besonderes Einnahmeproblem. Mit den Zahlungen der stärkeren Länder im Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen stehen uns mehr Einnahmen pro Einwohner zur Verfügung, als selbst manchen Ländern mit höheren ei-

genständigen Steuereinnahmen. Rheinland-Pfalz hat deshalb ganz klar ein Ausgabenproblem. Anders sind die viel zu hohen Schulden nicht zu erklären. Doch trotz dieser Ausgabenflut kommt Rheinland-Pfalz im Vergleich der Länder nicht recht voran. Forschung und Wissenschaft sind unterfinanziert, Schule und Bildung zeigen deutliche Schwächen. Die Zahl der Beschäftigten und der Arbeitsplätze sinkt. Die übermäßige Verschuldung aber macht das Land für die Zukunft handlungsunfähig. Die Zukunft unserer Bürgerinnen und Bürger wird von den Sozialdemokraten leichtsinnig aufs Spiel gesetzt.

Allein die Personalausgaben betragen derzeit über 41 Prozent der Gesamtausgaben des Landes, Tendenz steigend, obwohl Tausende von Stellen in Nebenhaushalte ausgelagert wurden und es überall an Lehrern und Polizisten fehlt. Es ist unverantwortlich, Jahr für Jahr Geld für eine aufgeblähte Ministerialbürokratie, unnötige PR-Aktionen und eine überhebliche Selbstdarstellung auszugeben, während der Putz in den rheinland-pfälzischen Schulen sprichwörtlich von den Wänden fällt. Die Polizei ist nur unzureichend ausgestattet, aber Geld für teure Unternehmensberater ist scheinbar im Überfluss vorhanden – über 3,8 Millionen Euro allein im letzten Jahr nach Auskunft der Landesregierung. Dagegen wird zu wenig in die Zukunft unseres Landes investiert. Die Investitionsquote fiel von 17,3 Prozent zu Beginn des Amtsantritts der SPD-geführten Landesregierung auf nun 11,1 Prozent. Darin enthalten sind aber fragwürdige Positionen wie „Verstetigungsdarlehen“ und Investitionsschlüsselzuweisungen an die Kommunen, die diese gar nicht für Investitionen ausgeben können.

Zu den Schulden hat die SPD den Verkauf von Landesvermögen im Wert von 2,5 Milliarden Euro hinzugefügt, um Haushaltslöcher zu stopfen. Das Geld wurde nicht wieder gewinnbringend angelegt, sondern für laufende Ausgaben verbraucht. Die Einnahmen aus den Erträgen dieses Vermögens werden dem Landeshaushalt in der Zukunft fehlen. Zinsen für Kredite und Einnahmeverluste aus dem Vermögensverkauf türmen sich zu Dauerbelastungen für den Landeshaushalt auf.

Die SPD hat zudem den Landeshaushalt so systematisch wie in keinem anderen Bundesland undurchschaubar und unkontrollierbar gemacht. Schulden und Ausgaben werden in Nebenhaushalten versteckt. Offen ausgewiesen sind nur knapp über eine Milliarde Euro jährliche

Zinszahlungen. Die wirkliche Belastung an Zinsen, Tilgungsverpflichtungen und Einnahmeverlusten liegt weit höher. Fast ein Viertel der jährlichen Steuereinnahmen des Landeshaushaltes sind allein hierdurch gebunden und jeder freien Verfügung entzogen. Die SPD-geführte Landesregierung versucht seit Jahren nur noch durch fragwürdige Buchungstricks und willkürlichen Umgang mit Recht und Gesetz die Verfassungsgrenze der Neuverschuldung einzuhalten. Sie täuscht auf diese Weise sich selbst und die Öffentlichkeit über die wirkliche Lage hinweg.

Eine auf Jahre angelegte Sanierung der Landesfinanzen gehört deshalb zu den schwierigsten Aufgaben einer neuen CDU-geführten Landesregierung. Deshalb werden wir sehr klare Prioritäten setzen. Die neue Landesregierung muss deshalb einen Kassensturz machen und alle Ausgabenbereiche auf den Prüfstand stellen. Sie muss die noch verfügbaren Mittel für die Zwecke bündeln, die für unsere gemeinsame Zukunft am wichtigsten sind. Manches wünschenswerte wird nicht sofort durchgeführt werden können und unter einen generellen Finanzierungsvorbehalt gestellt werden müssen. Vordringlich sind für Rheinland-Pfalz Bildung und Erziehung, Forschung und Wissenschaft, Innere Sicherheit, die Bekämpfung der Kinderarmut sowie Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft. Auf diese Aufgabenbereiche wird sich eine CDU-geführte Landesregierung konzentrieren.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird die Durchschaubarkeit und Kontrollierbarkeit des Landeshaushaltes wiederherstellen. Parlament und Öffentlichkeit müssen wieder Klarheit über die wirkliche Lage der Landesfinanzen bekommen. Das ist Grundbedingung für eine wirksame Sanierung der Landesfinanzen.

Trotz der schwierigen Haushaltslage darf die Steuer- und Abgabenlast in der Summe nicht erhöht werden, weil so die Wachstumskräfte gefesselt würden, die allein die Staatseinnahmen verbessern können. Die Gleichung: Höhere Abgaben = höhere Staatseinnahmen geht nicht auf. Vielmehr kommt es darauf an, die Einnahmen der öffentlichen Haushalte durch wirtschaftliches Wachstum und mehr Beschäftigung zu verbessern und die Ausgaben besser auf das Wesentliche zu konzentrieren. Dadurch, dass die Menschen wieder mehr netto in der Kasse haben, um zu investieren und zu konsumieren, entstehen Arbeitsplätze. Mehr Beschäftigte sind auch mehr Steuerzahler. Die Wirtschaft wächst und die Steuereinnahmen des Landes

steigen – auch bei niedrigen Steuersätzen. Ein einfaches, überschaubares und deshalb gerechtes Steuerrecht ist nicht nur gut für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz, es vermindert auch die Verwaltungskosten. Wachstum und Ausgabendisziplin sind die beiden unerlässlichen Wege zur Haushaltssanierung. Eine CDU-geführte Landesregierung wird mit dieser Überzeugung an der Gesetzgebung im Deutschen Bundesrat mitwirken.

Wir brauchen auch mehr Eigenverantwortung und selbstständige Gestaltungsräume für die Finanzen des Landes, auf der Einnahmenseite wie auf der Ausgabenseite. Bei der Reform der bundesstaatlichen Ordnung wird sich die CDU für auch für mehr finanzielle Autonomie der Länder einsetzen.

2. Bürgergesellschaft verwirklichen - Kompetenz statt Bürokratie

Die CDU will einen bürgernahen Staat, der rasch, wirksam und nachhaltig handelt. Und vor allem auch: der finanzierbar ist. Heute erstickt unser Land in Bürokratie: In Deutschland müssen die deutschen Unternehmen 46 Milliarden Euro jährlich nur für die Erfüllung bürokratischer Pflichten aufwenden. Da ist es nicht verwunderlich, dass die Wirtschaft auf der Stelle tritt. Das Dickicht von Vorschriften, Gesetzen, Verordnungen, Erlassen und Regeln ist zur Bremse für Wachstum und Beschäftigung geworden – so auch in Rheinland-Pfalz. Die SPD-geführte Landesregierung versinkt immer weiter in ihrem Sumpf aus kostenintensiven Regelwerken, über die sie selber nicht mehr Herr werden kann. Die Sozialdemokraten stellen damit unserem Land ein Bein. Rheinland-Pfalz verliert bei steigender Bürokratie zunehmend an Attraktivität bei Standortentscheidungen. Wir brauchen in unserem Land wieder mehr Kompetenz und weniger Bürokratie.

Unter unserem damaligen Ministerpräsidenten Helmut Kohl wurde Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre eine beispielhafte Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz umgesetzt. Auf kommunaler Ebene wurden größere Verwaltungseinheiten geschaffen und die Anzahl der Bezirksregierungen und Landkreise wurde reduziert. Die Regierung konnte so kostengünstiger und leistungsfähiger arbeiten. Jetzt gilt es, die Verwaltung in unserem Land an die Herausforderungen des neuen Jahrtausends anzupassen, sie zu modernisieren und zu entschlacken. Dere-

gulation, Aufgabenabbau und die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft von Bürokratie und ihren Kosten sind unverzichtbare Bausteine, damit Rheinland-Pfalz auch als Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähiger wird. Die CDU wird genau das umsetzen.

Eine Veränderung der Verwaltungsstrukturen kann nur als das Ergebnis einer umfassenden Neuformulierung und -zuordnung der zuständigen Aufgaben stattfinden. An erster Stelle stehen somit eine Überprüfung der zentralen Aufgaben und die jeweilige Zuordnung in Form der Aufgabenkritik. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltungen sind dabei wichtige Experten und Partner, die aktiv und gestaltend in den Weg der Erneuerung mit einbezogen werden müssen. Sie sind es, die am besten wissen, wie Verwaltung als modernes Dienstleistungsunternehmen ausgebaut werden kann. Zu ihren Aufgaben gehört die stetige Überprüfung, welche Regelungen verzichtbar sind. Gesetze, Verordnungen und Erlasse des Landes sind im Regelfall nur noch befristet gültig und müssen regelmäßig auf ihre Notwendigkeit und Zielerreichung überprüft werden. Darüber hinaus sollte bei geltenden Gesetzen und Rechtsverordnungen künftig eine Beweislastumkehr gelten. Danach wäre die Landesregierung angehalten, jährlich eine bestimmte Anzahl Verordnungen auf Entbehrlichkeiten zu überprüfen, um damit bestehende Hemmnisse zu verringern.

Nach einer umfassenden Aufgabenkritik, Aufgabenverlagerung und Verfahrensreform werden wir die unübersichtliche und misslungene Struktur der „Direktionen“ (ADD, SGD) überprüfen. Dabei muss unter strikter Vermeidung von Doppelzuständigkeiten soviel Entscheidungskompetenz wie möglich in die Fläche, d.h. vor Ort, verlagert werden. Für Rheinland-Pfalz ist ein dreistufiger Verwaltungsaufbau des Landes, der sich aus den Ebenen der Ministerien, der Mittelbehörden und der kommunalen Gebietskörperschaften zusammensetzt, die wirkungsvollste Form einer Verwaltungsstruktur. Die Ministerien der Landesregierung beschränken sich in diesem Modell auf ihre Kernaufgaben, nämlich die Gesetzesvorbereitungen, die Rechtsetzung, den Erlass von Verwaltungsvorschriften und Richtlinien und die Vorbereitung grundlegender politischer Entscheidungen. Die regionalen Mittelbehörden wachen indes über die Durchführung und Einhaltung der Gesetze und Vorschriften. Die Kreisebene – die Landkreise, kreisfreien Städte und die Verbandsgemeinden – bilden den Kern der Verwaltung des Landes, bei dem die Aufgaben, wenn möglich und sinnvoll, kommunalisiert werden sollen. Das heißt,

dass sie in die Kreis- und Stadtverwaltungen sowie in die Verbandsgemeinden eingegliedert werden. Wir werden somit Hierarchien abbauen, Verantwortung abgeben und Teamarbeit fördern.

Um den Anstrengungen zur Entbürokratisierung, Kostensenkung und Leistungssteigerung der Verwaltung Nachdruck zu verleihen, dürfen diese Maßnahmen Regierung und Parlament nicht aussparen. Wir werden an uns selbst tatkräftig arbeiten. Wir werden den Landtag auf 75 Abgeordnete verkleinern, die Abteilungen, Referate und Planstellen in den Ministerien vermindern und auf so genannte „Beauftragte“ verzichten. Doppelzuständigkeiten werden wir auch in den obersten Landesbehörden beseitigen, wobei diese selbst einer eingehenden Überprüfung auf ihre Notwendigkeit und Zielerfüllung unterzogen werden.

Ziel unserer Verwaltungsreform ist es, unter Wahrung der fachlichen Erfordernisse und der zwingenden Beachtung der Bürgernähe, der besorgniserregenden Finanzsituation des Landes und der Kommunen durch eine Verminderung des Personal- und Sachaufwandes entgegenzuwirken. Damit werden wir wirksam zur Zukunftsfähigkeit des Landes beitragen. Wir brauchen eine Kehrtwende in der Finanzpolitik, die uns wieder aus dem Schuldenstaat hinaus führt und müssen die Neuverschuldung schnellstmöglich auf Null zurückzufahren. Das ist das Ziel einer verantwortungsbewussten Landesregierung – dafür wird sich die CDU Rheinland-Pfalz verstärkt einsetzen.

Wir werden den kürzlich eingerichteten Richterwahlausschuss abschaffen, da das bisherige System der Richterauswahl sich bewährt hatte und der Richterwahlausschuss unnötigen und erheblichen Verwaltungsaufwand verursacht.

3. Regieren und verwalten in einer vernetzten Welt - eGovernment

In allen gesellschaftlich relevanten Bereichen ist es unumstritten, dass die Informations- und Kommunikationstechnik Funktionen, Arbeitszusammenhänge und Strukturen in der Wirtschaft und im privaten Leben verändern. Weniger im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen dabei die Auswirkungen die sich im politischen Bereich ergeben. Die Wirtschaft verändert

Abläufe in Produktion und Management auf Basis neuer informations- und kommunikationstechnischer Möglichkeiten. Die Politik nutzt, wenn überhaupt, die neuen technologischen Möglichkeiten nur punktuell und weniger in großen Zusammenhängen. Geplante strukturelle Veränderungen im Regierungshandeln, bei politischen Dienstleistungen sowie bei einer möglichen Verwaltungsreform der staatlichen Gliederungen (inhaltlich und strukturell) werden nicht hinreichend an den neuen Möglichkeiten gespiegelt. Man nutzt sie, wenn überhaupt, begleitend und nicht substanziell.

Die CDU in Rheinland-Pfalz greift diese Erkenntnis auf und betrachtet die Informations- und Kommunikationstechnik als substanziellen Faktor beim Regieren, in der Dienstleistung und bei den überfälligen funktionalen Reformen.

Die SPD-geführte Landesregierung in Rheinland-Pfalz hält an Strukturen fest, die keine effizienten Lösungen ermöglichen. Eine Staatssekretärenrunde soll die entscheidenden Impulse und wegweisenden Richtungen vorgeben. Praxis ist, dass jeder Staatssekretär seinen Bereich am besten bedient sehen will und somit keine übergreifenden Lösungen möglich sind. Es fehlt die zentrale Koordination.

Wenn in Wirtschaft und Gesellschaft die Kommunikation einem starken Wandel unterzogen ist, dann muss sich die Politik in ihrem Außen- und Innenverhältnis anpassen. Die Politik muss die gleiche Sprache sprechen. Ansonsten läuft sie den gesellschaftlichen Entwicklungen hinterher. Die Erwartung, dass die Politik, die in ihren langjährigen praktizierten Strukturen ausgerichtet ist, von selbst dieser Entwicklung Rechnung trägt, wird sich nicht erfüllen. Deswegen sind Strukturen aufzubrechen und effizientere Lösungen gefragt. Eine klare Aufgabenzuordnung im Bereich eGovernment innerhalb der Landesregierung ist nötig.

Bevor die einzuführende, zentrale Stabsstelle für eGovernment in Struktur und Aufgabenbereich näher beschrieben werden kann, scheint es angebracht, den Begriff eGovernment zu definieren: Electronic Government ist die Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Regieren und Verwalten (Government) mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien.

Damit die geschäftlichen Prozesse im Zusammenhang mit Regieren und Verwalten effizient gestaltet werden können ist es nötig eine zentrale Stabsstelle eGovernment einzurichten. Diese Stabsstelle ist mit einem Landeskoordinator eGovernment zu besetzen.

Der Landeskoordinator eGovernment hat weit reichende Aufgaben zu übernehmen:

- Strategische Steuerung der Implementierung von eGovernment.
- Koordination der ressortübergreifenden Projekte. Ganzheitlicher Ansatz.
- Gesetzesfolgenabschätzung durch elektronische Rückkopplung.
- Regelbasierte Systeme in der Normsetzung.
- Bestimmung landesweiter und länderübergreifender Dienste und Standards.
- Koordination und Kooperation zwischen Bund, Länder, Kommunen, Spitzenverbänden, Wissenschaft und der Wirtschaft.

Der Landeskoordinator eGovernment ist nicht nur verantwortlich für sein eigenes Budget, sondern auch für die IT-Mittel in den jeweiligen Ressorts in den Ministerien. Um die Aufgaben des Landeskoordinators näher zu beschreiben sollen sie in interne Aufgaben/Koordinationen und in externe Aufgaben/Koordinationen separiert werden.

Interne Aufgaben/Koordinationen (Ministerien, Kommunen, Behörden, LDI)

- Informationsverarbeitung und deren Zusammenspiel in den Verwaltungen (z. B.: Workflow Management, e-procurement)
- Elektronische Rückkopplungen für Gesetzesfolgenabschätzungen ermöglichen
- Einsatz von Programmen, die die Normsetzung systematisieren können
- Geoinformationssysteme, Verkehrstelematik
- Informations- und Kommunikationstechnologie Polizei
- Informationssystem für Fort- und Weiterbildung (Schule, Verwaltungen, Rettungsdienste, Polizei)
- Kommunaler Bereich (Verwaltungsdienstleistungen an Bürger und Wirtschaft)
- Landesbetrieb Daten und Information (LDI)
- Ressortübergreifende Querschnittsaufgaben (z.B.: IT Sicherheitsmanagement, elektronische Signatur)

Externe Aufgaben/Koordinationen (Bund, Länder, Wirtschaft, Wissenschaft)

- Kooperation mit den Spitzenverbänden
- Dialog mit der IKT Wirtschaft
- Dialog mit der Wissenschaft
- Kooperation mit dem eGovernment Architekturmodell des Bundes
- Kontakt zur Koordinationsstelle „eGovernment“ beim Bundesinnenministerium
- Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik

All diese Aufgaben sind nicht in einer großen Staatssekretärs-Runde zu lösen. Weitreichender Sachverstand in der Informations- und Kommunikationstechnik ist zwingend erforderlich. Zentrale Entscheidungen ermöglichen Effizienz. Die CDU in Rheinland-Pfalz stellt sich den aktuellen Herausforderungen.

Die Informations- und Kommunikationstechnik ist für die CDU Leitlinie bei der Umsetzung der Verwaltungsreform. Insbesondere deshalb, weil wir wissen, je mehr wir elektronisch vernetzt sind, je weniger ist es nötig zentrale Strukturen vorzuhalten. Das heißt, die Informations- und Kommunikationstechnik unterstützt subsidiäre Bemühungen. Effizienzsteigerung, Verschlinkung und dezentralere Entscheidungen sind dabei die vorrangigen Ziele.

Aufgaben, die in der Vergangenheit nur zentral erledigt werden konnten, weil die Datenhaltung nur räumlich zentral möglich war, können im Sinne der Subsidiarität dezentral im Datenverbund erledigt werden. Dies entspricht einer vertikalen Verwaltungsreform.

Eine andere, nicht kongruierende, aber ergänzende Betrachtungsweise ist die horizontale Verwaltungsreform. Verwaltungsübergreifende gleiche Handlungen sind hierzu prädestinierte Bereiche, die es umzugestalten gilt. Die horizontale Verwaltungsreform ist eine Schwerpunktverteilung, eine Schwerpunktsetzung von Verwaltungsaufgaben auf gleicher Verwaltungsebene. Das Mitgestalten, die Information und die Partizipation aller anderen Verwaltungen werden durch die Informations- und Kommunikationstechnik gewährleistet. Wir wollen freiwillige interkommunale Verhandlungslösungen (Zweckverbände), die durch die Informations- und Kommunikationstechnik ermöglicht werden, anregen. Horizontale Arbeitsteilung ist dabei das Ziel. Nachfolgende Bereiche stehen dabei besonders im Fokus der Betrachtung. Sie

sind keine festen Vorgaben, sie sind nicht vollständig und unterliegen keiner hierarchischen Reihenfolge.

Bereiche einer horizontalen Arbeitsteilung:

- Call-Centerlösungen für Notdienste
- Gebäudeverwaltungen
- Rechtsabteilungen
- Ver- und Entsorgungsbetriebe
- Personalmanagement

Bereiche einer vertikalen Arbeitsteilung:

- Zulassung und Führerscheineswesen
- Genehmigungen Schwerlastverkehr
- Bauleitplanung
- Baugenehmigungen

All diese Betrachtungen sind von den technischen Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologie geleitet. Dass es noch weitere Überlegungen zur Verwaltungsreform geben muss, ist an anderer Stelle dieses Programms aufgezeigt. Die aufgeführten Beispiele und angedachten Strukturen unterstreichen allerdings die große Bedeutung, die die Informations- und Kommunikationstechnik mittlerweile einnimmt. Die CDU bindet die aktuellen Erkenntnisse im Bereich eGovernment in ihre strategischen Überlegungen mit ein und korrigiert nicht im Detail.

Mit der Neuordnung der internen Strukturen im Bereich des eGovernment verfolgen wir das Ziel, die Verwaltung zukunftsfähig zu machen indem wir der zunehmenden Bedeutung von eGovernment als Instrument der Aufgabenerledigung gerecht werden. Damit werden zeitaufwendige Wege für Bürgerinnen und Bürger ersetzt und bürokratische Vorgänge der Antrags-, Genehmigungs- und Bewilligungsverfahren beschleunigt. Dort können die Bürgerinnen und Bürger Anträge stellen sowie Informationen und Beratung einholen. Nicht die Bürger sollen laufen - sondern der Computer.

4. Europa ist unsere Zukunft

Die CDU ist die Partei, die sich mehr als jede andere mit dem Zusammenwachsen Europas in Frieden und Wohlstand einsetzt. Mit seinen Grenzen an drei europäischen Ländern – Belgien, Luxemburg und Frankreich – ist Rheinland-Pfalz dem europäischen Gedanken in ganz besonderer Weise verpflichtet. Die engen Verbindungen etwa zwischen dem moselfränkischen Raum und Luxemburg sorgen dafür, dass in vielen Ortschaften in Grenznähe mehr als 50 Prozent der Menschen ihren Arbeitsplatz im Ausland finden können.

Es war die historische Leistung des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Peter Altmeier, der durch den Partnerschaftsvertrag zwischen Rheinland-Pfalz und der französischen Region Burgund schon 1962 bedeutend zur deutsch-französischen Aussöhnung der beiden über Jahrhunderte verfeindeten Nationen beitrug und damit Rheinland-Pfalz zu einem weltoffenen und kulturell vielfältigen Land machte. Heute bestehen 150 Partnerschaften zwischen Städten und Gemeinden in Burgund und Rheinland-Pfalz. Helmut Kohl war es, der in seiner Zeit als Ministerpräsident Begegnungen mit Ländern des Ostblocks aufbaute. Auf vielen verschiedenen Ebenen wurden mit dem ehemaligen Jugoslawien, der früheren Tschechoslowakei, mit Polen und der damaligen Sowjetunion Verbindungslinien geschaffen, um das Eis zwischen uns und den östlichen Nachbarn zum Schmelzen zu bringen und um eine vertrauensvolle Partnerschaft und Freundschaft zu ermöglichen. Diese Politik der Versöhnung und Freundschaft führte auch Ministerpräsident Bernhard Vogel fort und vertiefte die Beziehungen zwischen Burgund und Rheinland-Pfalz auf vielen verschiedenen Ebenen. Auf das Geleistete sind wir stolz. Daran knüpfen wir an. Wir sind die Europapartei.

Europa ist kein Selbstzweck, sondern unser Beitrag zu einer gerechteren und friedlicheren Welt. Dank der mutigen Schritte in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg haben wir Jahre des Aufschwungs, des Wohlstandes und des Friedens erleben dürfen. Unsere Wirtschaft ist heute fest im europäischen Binnenmarkt verankert und profitiert von Europa und den neuen Märkten in allen Belangen. Die Exportquote ist in Rheinland-Pfalz überdurchschnittlich hoch. Die Handelsfreiheit bietet vor allem kleinen und mittelständischen Unternehmen die Möglichkeit, ihre Produkte und Dienstleistungen anderswo zu verkaufen. Urlauber und Gäste aus nah und

fern fühlen sich in unserem Land wohl und fördern durch ihren Urlaub unser Land. Durch all dies werden in Rheinland-Pfalz Arbeitsplätze geschaffen. Europa wird in Rheinland-Pfalz gelebt, um auch unseren Kindern Toleranz und Völkerverständigung zu vermitteln. Dieses Europa können wir ihnen guten Gewissens vererben. Wir wollen die Europäische Einigung fortsetzen.

Immer mehr wird unser Leben von Entscheidungen aus Brüssel beeinflusst. Dabei wollen wir mitentscheiden. Rheinland-Pfalz soll fit gemacht werden für Europa. Wir werden uns im Ausschuss der Regionen für ein bürgernahes Europa einsetzen. Die Entscheidungsprozesse der Europäischen Union müssen demokratischer werden, damit jeder sie nachvollziehen kann. Schließlich kann Europa nur stark sein, wenn es auf starken Nationalstaaten aufbaut. Ein starkes Gerüst braucht starke Pfeiler. Das ist für uns der Europäische Gedanke.

Unser Land darf nicht in Verordnungen und Richtlinien ersticken. Bei Fragen, in denen eine einheitliche europäische Regelung nicht notwendig ist, wollen wir selbst entscheiden können. Die Verantwortung soll bei dem liegen, der die Frage am besten lösen kann. Wir vertrauen auf das Können und den Sachverstand vor Ort. Deswegen wollen wir auch mehr Rechte des Landtags gegenüber der Landesregierung in Europafragen einführen. So soll vor wichtigen Entscheidungen der Landesregierung eine Debatte im Landtag stattfinden.

Der europäische Verfassungsvertrag ist die einmalige Chance, die Europäische Union durch mehr Transparenz, Demokratie und Effizienz zu einer bürgernahen Staatengemeinschaft weiterzuentwickeln. Daher halten wir an dem durch Deutschland bereits ratifizierten Verfassungsvertrag für Europa fest und unterstützen alle Bemühungen, diesen Prozess erfolgreich zum Abschluss zu bringen. Als Christdemokraten bleibt es unsere Aufgabe, bei künftigen konstitutionellen Reformen der EU, mit unseren Partnern in Europa die Bemühungen fortzusetzen, einen Gottesbezug in den Grundverträgen der EU fest zu verankern.

Wir dürfen unser Haus Europa aber nicht überfordern. Denn eine Europäische Union, die sich bis an die Grenzen des mittleren Ostens hin erweitert, verliert ihre geografischen und kulturellen Wurzeln. Sie würde sich übernehmen, und wäre damit zum Scheitern verurteilt. Deswe-

gen kann die Türkei kein Mitglied der EU werden. Aus einer privilegierten Partnerschaft zur Türkei ziehen alle Seiten den meisten Nutzen, auch unsere türkischen Partner. So würden enge Verbindungen auf verschiedenen Ebenen zwischen EU und Türkei aufgebaut. In diesem Sinne lehnen wir eine Vollmitgliedschaft der Türkei ab, und sprechen uns für eine privilegierte Partnerschaft zur Türkei aus.

5. Mehr Verantwortung vor Ort – für eine moderne Verwaltung im Land

Rheinland-Pfalz kann nur so stark sein wie seine Kommunen. Hier in den Orts- und Verbandsgemeinden, Landkreisen und Städten formen viele tausende ehrenamtliche Kräfte und die hauptamtlichen Verwaltungen den Nährboden für unsere funktionierende Demokratie.

Die Kommunen wissen selbst am besten, was in ihrem Bereich zu tun ist und wie sie ihre Probleme angehen müssen. Wir sind deshalb gegen eine Gängelung der Kommunen durch den Staat. Wir wünschen uns für die Kommunen die Freiheit, ihre Angelegenheiten selbst regeln zu können. Dazu bedarf es auf der einen Seite einer modernen Verwaltung mit flexiblen Strukturen und auf der anderen Seite ausreichender Finanzen. In beiden Bereichen hat die SPD-geführte Landesregierung in den letzten 15 Jahren kläglich versagt.

Die CDU Rheinland-Pfalz steht für eine moderne Verwaltung im Land. Für uns zählt der Grundsatz, dass Verwaltungen das Zusammenleben der Menschen so weit regeln sollen wie nötig, und den Bürgern so große Freiräume lassen müssen wie möglich. Dazu bedarf es dringend eines durchdachten Bürokratieabbaus auf allen Ebenen. Ein Beispiel sind die Standards, an die die Kommunen gebunden sind. Schon seit vielen Jahren drängt die CDU-Landtagsfraktion darauf, diese Standards auf ein Mindestmaß zurückzuführen, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu erhöhen. Die SPD bleibt jedoch untätig.

Wir wollen Politik mit den Kommunen machen und nicht gegen sie. Was sich die SPD-geführte Landesregierung im Jahr 2000 mit der Einführung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) und der Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) nach der Abschaffung der Bezirksregierungen geleistet hat, sollte allen als abschreckendes Beispiel dienen: Die Verwal-

tungsreform wurde gegen den Widerstand der Kommunen und Betroffenen durchgesetzt. Das Ergebnis: Mehr Bürokratie, verworrene Zuständigkeiten und fehlender Personalabbau. Mit dieser selbstgefälligen Politik muss Schluss sein. Für uns bedeutet Kommunalpolitik Zusammenarbeit mit den Betroffenen. Wir werden die Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte der kommunalen Spitzenverbände stärken. Auch die interkommunale Zusammenarbeit werden wir verbessern. Wir wollen neue, sinnvolle Entwicklungen für die Menschen nutzbar machen. Daher setzen wir uns dafür ein, die virtuelle Kommunalverwaltung verstärkt auszubauen.

Unser Leitfaden ist und bleibt das Subsidiaritätsprinzip. In der Kommunalpolitik heißt das: Zuständigkeiten müssen soweit wie möglich nach unten zu den Kommunen verlagert werden. Dadurch wird Politik zweckmäßiger, wirtschaftlicher und bürgerorientierter. Dieses notwendige Mehr an kommunaler Selbstverwaltung wird von der SPD-geführten Landesregierung nicht beachtet.

Wir fordern stattdessen, dass schnell eine umfassende Aufgabenkritik in allen Verwaltungsbereichen betrieben wird. Wir müssen Doppelzuständigkeiten abbauen und die Verwaltung einfacher und mit größerer Bürgernähe gestalten. Dazu gehört, dass Aufgaben von oben nach unten verlagert werden. Dazu gehört auch, die Mittelbehörden genau zu überprüfen und sie gegebenenfalls stark zu verschlanken. Für uns gilt: Bewährtes muss erhalten, Überflüssiges muss abgebaut werden.

Wir stehen daher für die bewährten Strukturen auf kommunaler Ebene. Das rheinland-pfälzische System der Ortsgemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreise steht für gleichwertige Lebensbedingungen und Bürgernähe. Die Verbindung aus ehrenamtlichem Engagement vor Ort und hauptamtlicher Verwaltung in den Verbandsgemeinden und Kreisen ist und bleibt unverzichtbar für ein funktionierendes politisches System in Rheinland-Pfalz. Die Einheiten müssen richtig zugeschnitten und die Aufgaben zweckmäßig verteilt sein.

Der Rolle der größeren Städte als Wachstumsmotoren auch für ihr Umland schenkt die CDU besondere Aufmerksamkeit. Sie fördert die länderübergreifende Zusammenarbeit in den Regionen mit den angrenzenden Bundesländern und europäischen Nachbarstaaten.

Damit die Kommunen all diese wichtigen Aufgaben wahrnehmen können, brauchen sie finanziellen Spielraum. Die Situation, in die uns die SPD-geführte Landesregierung geführt hat, ist jedoch erschreckend: Mehr als die Hälfte der Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz haben unausgeglichene Haushalte – alle kreisfreien Städte und fast alle Landkreise. Die besondere Verantwortung der SPD für diesen schlimmen Zustand ist offensichtlich: In keinem anderen westlichen Flächenland hat sich die Lage so dramatisch verschlechtert wie in Rheinland-Pfalz. Die Pro-Kopf-Verschuldung in den Haushalten der Kommunen lag 2003 im Ländervergleich weit überdurchschnittlich hoch bei 1.378 Euro.

All das ist das Ergebnis einer kommunalfeindlichen Politik der SPD in unserem Land. Immer wieder wurde Geld aus dem kommunalen Finanzausgleich gezogen – über eine Milliarde Euro in den letzten 14 Jahren! Gleichzeitig wurden den Kommunen immer mehr Lasten auferlegt. Die Folgen sind alarmierend: Die Kommunen können immer weniger investieren, mit fatalen Folgen für Infrastruktur und Wirtschaft. Die Menschen vor Ort sind davon besonders betroffen: Die Spielplätze für ihre Kinder werden unbrauchbar, die Straßen werden nicht mehr instand gehalten und damit immer unsicherer, Schwimmbäder und Bibliotheken müssen geschlossen werden.

Diese kommunalfeindliche, selbstgefällige Politik werden wir beenden. Die Lebensqualität und Sicherheit der Menschen muss vor Ort gesichert werden. Die ungerechtfertigten Eingriffe in die kommunale Finanzausstattung müssen aufhören. Auch das so genannte „Verstetigungsdarlehen“ und der Stabilisierungsfonds der SPD sind eine reine Mogelpackung. Wir fordern stattdessen eine durchdachte und umfassende Gemeindefinanzreform, die im Interesse aller Beteiligten liegt. Nach jahrelanger Diskussion und zahlreichen politischen Vorstößen gelang es der CDU, das Konnexitätsprinzip (Wer bestellt, der zahlt.) in der rheinland-pfälzischen Landesverfassung zu verankern. Das ist ein politischer Erfolg für die CDU und ein Sieg für die Kommunen im ganzen Land. Damit die Kommunen auch finanzielle Sicherheit bei Aufträgen vom Bund haben, fordern wir die Aufnahme des Konnexitätsprinzips auch ins Grundgesetz. Außerdem müssen EU-Verordnungen auf dasselbe Prinzip hin geprüft werden. Die Landesregierung blockiert jedoch eine praxisnahe Anwendung des Konnexitätsprinzips.

Wir werden dafür sorgen, dass dieser verfassungsrechtliche Anspruch auch finanzpolitische Wirklichkeit wird. Damit die Kommunen wieder mehr Geld haben, um handlungsfähig zu sein und damit die Lebensqualität und Sicherheit der Bürger vor Ort gewährleistet werden kann.

6. Mit einer ideenreichen Kulturpolitik die Vielfalt genießen

Kultur begegnet uns immer wieder in den unterschiedlichsten Erscheinungsformen. Sie alle sind Kennzeichen für ideenreiches Leben in unserem Land und für die Kreativität der Menschen in Rheinland-Pfalz. Kunst und Kultur haben einen hohen Stellenwert, sowohl für den einzelnen, als auch für die Gesellschaft. Dem einzelnen Menschen bietet die Kultur in all ihren inhaltlichen und künstlerisch so verschiedenen Gebieten Freiräume und Möglichkeiten für die Lebensplanung und die Selbstverwirklichung. Wir wollen erreichen, dass alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zur Kultur finden.

Eine wesentliche Aufgabe der Bildungspolitik sehen wir daher in der Vermittlung von Kulturkompetenz. Unsere Kinder müssen sich so früh wie möglich mit unserer Kultur auseinandersetzen. Der Erwerb von Kulturkompetenz muss ein wichtiges Bildungsziel werden. Dazu wollen wir die Vernetzung und gemeinsames Handeln zwischen freien, kommunalen und staatlichen Kulturträgern weiter verbessern. Eines unserer besonderen Anliegen ist die Förderung altersgemäßer Angebote für Kinder und Jugendliche, vor allem im Bereich der musikalischen und künstlerischen Erziehung. Auch Angebote wie Schülertheater und Leseförderung werden wir verstärkt unterstützen.

Der ehrenamtliche Einsatz vieler tausender kulturinteressierter Menschen in einer Vielzahl von Musik-, Kultur- und Kunstvereinen, Chöre, Brauchtums- und Heimatpflegegruppen, Laienspielgruppen, Museen, Galerien und Büchereien bildet den lebendigen Grundstock des kulturellen Lebens in Rheinland-Pfalz. Dieses Engagement wollen wir weiter fördern, unbürokratisch und zügig. Zu viel Bürokratie und undurchschaubare Antragsverfahren nehmen den Menschen die Freude am Engagement.

Theater, Museen, Orchester, Literatur, Bildende Kunst, Filmförderung und die Erhaltung des kulturellen Erbes in Rheinland-Pfalz finden die besondere Beachtung der CDU.

In der vielfältigen und bunten Kulturgesellschaft unseres Landes wollen wir vor allem die Kultur vor Ort fördern. Die Kulturförderung ist eine sehr wichtige kommunale Angelegenheit. In Rheinland-Pfalz liegt der kommunale Anteil an der Kulturfinanzierung bei überdurchschnittlichen 56 Prozent. Die vielfältigen Aufgaben, die die Kommunen in der Kulturpolitik zu tragen haben, können sie aber nur mit der nötigen finanziellen Ausstattung bewältigen. Doch hier gibt es massive Probleme: Weit mehr als die Hälfte der rheinland-pfälzischen Kommunen ist übermäßig verschuldet. In keinem anderen Flächenland Deutschlands hat sich die Lage so sehr verschlimmert wie in unserem Land. Schuld ist daran die kommunalfeindliche Politik der bisherigen SPD-geführten Landesregierung. An der Kultur muss daher allzu häufig gespart werden. Damit muss Schluss sein. Wir wollen die Finanzausstattung der Kommunen verbessern und ihnen wieder mehr Raum auch für die Förderung von Kunst und Kultur geben.

Auch der Staat hat wichtige kulturpolitische Aufgaben. Er setzt die Rahmenbedingungen für die kulturelle Entwicklung des Landes und hilft dort, wo Private und Kommunen nicht weiterkommen. Doch unter der SPD-geführten Landesregierung liegt Rheinland-Pfalz im Vergleich der Flächenländer bei den öffentlichen Kulturausgaben pro Kopf mit nur 55,70 Euro auf dem letzten Platz. Hier müssen wir dringend mehr tun. Gleichzeitig werden wir mit Maß und Vernunft vorgehen. Die Zusammenarbeit mit den Betroffenen ist dabei für uns selbstverständlich.

Eine wichtige Einflussmöglichkeit für das Land bieten die verschiedenen Kulturstiftungen. Doch hier hat der Landesrechnungshof erhebliche Mängel festgestellt, die auf Versäumnisse der Landesregierung zurückzuführen sind. Gerade weil diese Stiftungen so wichtig für die Förderung von Kunst und Kultur in Rheinland-Pfalz sind, müssen die Kontrollmöglichkeiten des Parlaments gestärkt und die Aufgaben der Kulturstiftungen und der Landesverwaltung klar voneinander getrennt werden. Vor allem müssen die Erhöhungen des Stiftungskapitals durchsichtig und nachvollziehbar gemacht werden.

Wir müssen Kultur nicht zuletzt auch als wirtschaftliche Chance betrachten. Die Kulturwirtschaft bietet als eigener Wirtschaftsbereich enorme Umsatz- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Diese Chancen werden wir nutzen. Wir werden nach dem Vorbild anderer Länder Kulturwirtschaftsberichte einführen. So können wir die Potenziale unseres Landes genau erfassen und gezielt entwickeln. Insbesondere im Bereich des Tourismus bieten sich uns vielfältige Chancen. Die Kulturgüter unseres Landes müssen vernünftig vermarktet werden. Wie eine Umfrage aus dem Jahr 2004 zeigt, haben 41 Prozent der Rheinland-Pfälzer und 80 Prozent der Deutschen noch nie etwas vom Unesco Welterbe Oberes Mittelrheintal gehört. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Wir wollen daher ein umfassendes Leitbild und ein professionelles Regionalmanagement für die Entwicklung und Außendarstellung des Mittelrheintals auf den Weg bringen. Auch unser neuestes Weltkulturerbe, der Limes, sowie die zahlreichen anderen kulturellen Attraktionen müssen entsprechend gefördert werden. Wir wollen die darin liegenden Chancen nutzen. Eine CDU-geführte Landesregierung wird durch eine entschlossene und überlegte Politik die Potenziale der Kulturwirtschaft unseres Landes bestmöglich ausschöpfen.

7. Religionsgemeinschaften – für ein friedliches Miteinander der Religionen

Eine wichtige Rolle im kulturellen Leben spielen die Religion und die Kirchen. Für viele Menschen in Deutschland und Rheinland-Pfalz sind die christlichen Kirchen und die Werte, die sie vertreten, ein bedeutender Halt in ihrem Leben. Sie helfen bei der Sinnsuche, bieten Ruhe und geben den Menschen Wertmaßstäbe für ihr Handeln. Damit erfüllen sie wichtige Aufgaben für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land.

Wir als CDU Rheinland-Pfalz stehen für christliche Werte. Für uns sind sie der Leitfaden unserer Politik, an ihnen richten wir unser Handeln aus. Wir sehen in ihnen die Grundlage unserer freiheitlichen Demokratie. Daher setzen wir uns auch weiterhin für die Vermittlung christlicher Werte ein. Zu den christlichen Werten gehört auch, dass man Menschen mit anderen Überzeugungen die Freiheiten lässt, ihre Religion auszuüben. Wir betonen aber, dass sich alles religiöse Handeln im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland bewegen muss. Innerhalb dieses Rahmens achten wir alle religiösen Ideen – doch alles,

was sich außerhalb dieses Rahmens und damit jenseits von Recht und Ordnung bewegt, hat in unserer Mitte keinen Platz. Denn wir wünschen uns ein friedliches Miteinander der Religionen.

8. Ehrenamt – für eine aktive Bürgergesellschaft in Rheinland-Pfalz

Ohne das vielfältige ehrenamtliche Engagement zahlreicher Bürgerinnen und Bürger wäre unsere Gesellschaft sozial kälter und menschlich ärmer. Über ein Drittel der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind in der einen oder anderen Form ehrenamtlich aktiv. Sie engagieren sich im Sport, in den Kirchen und den Religionsgemeinschaften, unterstützen die Rettungsdienste, setzen sich für Umweltinitiativen und -verbände ein, tragen durch ihren Einsatz in Brauchtums-, Musik-, Theater- und anderen Kulturvereinen zur kulturellen Vielfalt unseres Landes bei. Viele Vereine engagieren sich nicht nur für ihre Mitglieder, sondern auch für Randgruppen, für internationalen Austausch oder für die Dritte Welt. Große Bedeutung kommt auch der Jugendarbeit in den Vereinen zu. Wo der persönlichkeitsbildende Charakter der Jugendarbeit ernst genommen wird, wächst soziales Engagement.

Die CDU setzt sich seit langem dafür ein, das ehrenamtliche Engagement und die gesellschaftliche Arbeit von Vereinen zu stärken. Ein lebendiges Gemeinschaftsleben braucht Menschen, die sich engagieren. Eine CDU-geführte Landesregierung wird deshalb ehrenamtliches Engagement tatkräftig unterstützen und fördern, indem die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement verbessert werden:

- Qualifikationen, die im Ehrenamt erworben wurden, sind sehr oft auch für die berufliche Tätigkeit sehr nützlich. Sie sollten daher beruflich anerkannt werden. Der öffentliche Dienst hat hier Vorbildfunktion.
- Um eine bessere Freistellung für bürgerschaftliches Engagement und für Qualifizierungsmaßnahmen zu ermöglichen, sollten Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam verstärkt partnerschaftliche Lösungen anstreben.

- Um mehr bürgerschaftliches Engagement zu erreichen, dürfen die Organisationen, Verbände und Vereine in ihrer Arbeit nicht behindert werden. Deswegen sollten Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, nicht durch bürokratische Hürden unnötig gegängelt werden.
- Jeder, der sich ehrenamtlich engagiert, übernimmt nicht nur Verantwortung, sondern geht auch gleichzeitig Versicherungs- und Haftungsrisiken ein. Hier ist mehr Schutz gefragt. Staat, Trägerorganisationen und die Versicherungswirtschaft sind gefordert, die Risiken für den Einzelnen zu verringern.
- Auch sind alle Maßnahmen, wie z. B. das Spendenabzugsverbot, die die Vereinskultur und Sponsoringbestrebungen einschränken, abzulehnen.

9. Heimatvertriebene und Spätaussiedler integrieren

Heimatvertriebene und Spätaussiedler haben sich mit Tatkraft an der Entwicklung unseres Bundeslandes beteiligt. Für uns besteht kein Zweifel, dass beide Gruppen mit ihrer kulturellen Tradition ein Gewinn für unser Land sind. Diese Traditionen sind auch in schwierigsten Zeiten von ihnen gepflegt worden. Unvertretbar ist daher die Politik der SPD-geführten Landesregierung, die sowohl Heimatvertriebe als auch Spätaussiedler über Jahre hinweg vernachlässigt und ihre Leistungen missachtet hat. Wir werden hingegen unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern wieder die ihnen gebührende Aufmerksamkeit zukommen lassen und ein Mitglied der Landesregierung als Ansprechpartner für die Belange der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler benennen. Die fast vollständig eingestellte Förderung der kulturellen Vielfalt, die von den Vertriebenenverbänden seit Jahrzehnten gepflegt wird, muss wieder aufgenommen werden.

Für die Beziehungen unseres Landes zu den Nachbarstaaten der Bundesrepublik Deutschland erfüllen die Vertriebenen und die deutschen Volksgruppen in Ost- und Südosteuropa eine entscheidende Brückenfunktion. Nach wie vor fühlen wir uns gegenüber den nicht in der Bundesrepublik wohnenden Deutschen politisch verpflichtet und verantwortlich. Die Zusammenarbeit über unsere Grenzen hinweg und die dadurch entstehenden Begegnungen wollen wir verstärkt fördern. Den Bund der Vertriebenen und die Landsmannschaften werden wir bei

ihren Forderungen nach Erfüllung der Menschenrechte und nach dem Recht auf Selbstbestimmung unterstützen.

Wir bekennen uns zur Geschichte aller Deutschen und wollen die Erinnerung und das Geschichtsbewusstsein der Menschen schärfen. Deshalb unterstützen wir die Einführung eines Gedenktags am 5. August, dem Tag der Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen im Jahr 1950. Dieser Tag soll alljährlich den Opfern von Vertreibung, Deportation und Zwangsarbeit gewidmet sein. Auch setzen wir uns dafür ein, dass die Geschichte von Vertreibung und Flucht sowie die Kultur der Heimat- und Siedlungsgebiete der Vertriebenen im Schulunterricht umfassend behandelt werden. Zusätzlich unterstützen wir ausdrücklich die Bemühungen um ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin.

10. Land- und Forstwirtschaft, Weinbau und ländlicher Raum bieten ein gesundes und lebenswertes Zuhause

Der ländliche Raum mit seinen typischen Bewirtschaftungsformen hat für die CDU Rheinland-Pfalz eine ganz besondere Bedeutung. Er prägt unser rheinland-pfälzisches Landschaftsbild und bietet den Menschen ein gesundes und lebenswertes Zuhause. Zwei Drittel der Bevölkerung unseres Landes lebt in Kleinstädten und Dörfern. Damit ist der ländliche Raum für Millionen von Menschen Heimat und Lebensumfeld. Eine einseitige Betonung der Ballungsräume ist falsch. Wir müssen den ländlichen Raum als Zukunftsmodell betrachten. Für die Menschen ist es lebenswichtig, dass die Infrastruktur in den Dörfern erhalten bleibt, auch wenn in den nächsten Jahrzehnten die Bevölkerung im Zuge des demographischen Wandels immer mehr abnehmen wird. Wir müssen ein Ausbluten des ländlichen Raumes vermeiden. Die Politik muss hier helfen. Aber nicht so halbherzig wie die SPD-geführte Landesregierung, als die Post fast 100 Postagenturen im Land schließen lies. Wir werden klug und entschlossen vorgehen. Wer Lebensqualität und Nachhaltigkeit fördern will, der muss den ländlichen Raum und auch die Landwirtschaft stärken und darf sie nicht schwächen.

Das Ziel der CDU Rheinland-Pfalz ist der Erhalt des Gemeinschaftsforstamtes und die Erhaltung der Forstverwaltung als eigenständige Behörde.

Der Reichtum unseres Landes sind die Menschen und seine einzigartigen Landschaften. Der Erhalt der rheinland-pfälzischen Kulturlandschaft ist Voraussetzung für eine angemessene Lebensqualität und einen lebendigen und erfolgreichen Tourismus. Unsere Kulturlandschaft darf nicht verarmen oder eintönig werden. Wir sehen in ihrer Bewahrung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und einen Schwerpunkt unserer Landespolitik. Daher werden wir ein Kulturlandschaftsprogramm auflegen. Unser Ziel ist die Sanierung, Erhaltung, Pflege und Gestaltung unseres Landschaftsbildes. Hierbei müssen wir vor allem die land-, wein- und forstwirtschaftlichen Betriebe unterstützen. Sie leisten einen enormen Beitrag zum Erhalt der einzigartigen rheinland-pfälzischen Kulturlandschaft.

Der ländliche Raum hat eine enorme wirtschaftliche Bedeutung für unser Land. In Rheinland-Pfalz sind rund 111.000 Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt. Doch eine falsche Politik bedroht diese für uns so wichtige Wirtschaft. Rheinland-Pfalz ist ein Land, in dem viele landwirtschaftliche Betriebe um ihr Überleben kämpfen. Allein in den letzten zehn Jahren haben 40 Prozent der Unternehmen aufgegeben. Vor allem wegen der Politik von Rot-Grün im Bund sind die Belastungen für die Bauern und Winzer gestiegen, während die Einkommen gesunken sind. Die SPD-geführte Landesregierung sieht dieser Entwicklung nur tatenlos zu.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird den Bauern und Winzern ein verlässlicher Partner sein. Die Landwirtschaft braucht eine Zukunftsperspektive. Unser Ziel ist es, eine nachhaltige, flächendeckende und wettbewerbsfähige Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz zu sichern. Wir bekennen uns insbesondere zur wichtigen Rolle des bäuerlichen Familienbetriebes gerade im ländlichen Raum. Das können wir nur erreichen, wenn unsere Landwirte auf sicheren Füßen stehen. Wir werden dafür sorgen, dass die Bauern und Winzer mehr Planungssicherheit bekommen: Sowohl wirtschaftlich im Betrieb, als auch privat durch einen gesicherten Lebensabend. Dazu gehört eine für alle Seiten tragbare Lösung in der agrarsozialen Sicherung. Die massiven Steigerungen in den Krankenversicherungsbeiträgen können von den Bauern nicht länger bewältigt werden. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass der Bund die Altlasten aus der Krankenversicherung und der Berufsgenossenschaft übernimmt und den Bauern damit die Möglichkeit eröffnet wird, in die allgemeine Krankenkasse einzutreten.

Die hohe Qualität unserer landwirtschaftlichen Produkte zu erhalten ist uns ein besonderes Anliegen. Die Erzeugnisse unserer rheinland-pfälzischen Bauern und Winzer sind nahrhaft und gesund. Die Bürger können diesen Produkten vertrauen. Auch das gehört zur Lebensqualität in unserem Land. Daher verdienen Initiativen und integrierte Konzepte der Erzeugung und Selbstvermarktung regionaler Produkte ein besonderes Augenmerk.

Um die Qualität unserer Landwirtschaft zu sichern, müssen die Rahmenbedingungen für die Bauern und Winzer stimmen. Wir brauchen eine moderne und zweckmäßige Agrarverwaltung in Rheinland-Pfalz. Die Agrarverwaltungsreform der SPD-geführten Landesregierung greift viel zu kurz. Die Reformansätze beziehen sich nur auf die Umorganisation der Agrarbehörden. Wir fordern dagegen eine umfassende Reform, in die auch andere Behörden mit entsprechenden Zuständigkeiten einbezogen werden. Unser Ziel ist die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für die Bauern und Winzer, die für sämtliche Anträge zuständig sein soll. Kurze Wege sind hier entscheidend. Dadurch sparen wir viel Geld, Zeit und Ärger der Betroffenen. Eine Reform muss sich am tatsächlichen Bedarf von Landwirtschaft, Weinbau und Forstwirtschaft ausrichten. Dazu gehört für uns, dass man die Betroffenen mit einbindet und nicht über ihre Köpfe hinweg entscheidet.

In der finanziellen Förderung werden wir die Mittel konzentrieren, vor allem auf die einzelbetriebliche Förderung, Marktstrukturverbesserungen und Flurneuordnungen. Dies alles wird bislang von der SPD-geführten Landesregierung zu sehr vernachlässigt. Auch werden wir den Landwirten und Winzern mehr unternehmerische Freiheiten zugestehen, damit sie selbständig über die Betriebsentwicklung entscheiden können. Planungssicherheit für die Landwirte und Winzer, eine unbürokratische Verwaltung, sachgerechte finanzielle Unterstützung und unternehmerische Freiheit werden die landwirtschaftspolitischen Eckpfeiler einer CDU-geführten Landesregierung sein.

Rheinland-Pfalz ist ein Land des Weins. Er macht unser Land weit über seine Grenzen hinaus bekannt, schafft viele Arbeitsplätze und hat eine zentrale Bedeutung für den Tourismus. Umso schwerer wiegt die Konzeptlosigkeit, mit der die SPD-geführte Landesregierung an das Thema Weinwirtschaft herangeht. Die unnötigen Eingriffe in den Weinmarkt sorgten für eine

überaus schädliche Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten unserer Winzer. Die Politik muss sich darauf beschränken, die Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften zu schaffen. Zu viel Bürokratie, wie das Beispiel der Dornfelderverordnung gezeigt hat, lähmt den Handel und schadet unseren Winzern. Der Grundsatz der unternehmerischen Freiheit muss auch für unsere Winzer gelten. Dafür werden wir uns einsetzen.

Seit vielen Jahren fordert die CDU Rheinland-Pfalz, dass ein umfassendes Vermarktungs- und Imagekonzept für unseren Wein entwickelt wird. Dadurch wollen wir den Vertrieb der rheinland-pfälzischen Winzer unterstützen, die einem immer stärkeren Wettbewerb ausgesetzt sind. Auch hier hat es die SPD bislang versäumt, entsprechende Schritte zu unternehmen.

Das ständige Hin und Her muss ein Ende haben. Die Landwirte und Winzer brauchen klare und haltbare Regeln, um gesichert wirtschaften zu können. Das gilt vor allem auch für die Vorschriften zu Saisonarbeitskräften aus Osteuropa. Da das deutsche Arbeitsrecht keine vernünftigen Regelungen im Niedriglohnsektor anbietet, sind Winzer sowie Obst- und Gemüsebauern noch immer auf Arbeiter aus Osteuropa angewiesen. Wir fordern daher klare und dem Bedarf unserer Betriebe angemessene Lösungen, die auf ein Mindestmaß an bürokratischem Aufwand beschränkt werden müssen.

Mit einer Fläche, die zu über 40 Prozent bewaldet ist, ist Rheinland-Pfalz zusammen mit Hessen das walddreichste Bundesland Deutschlands. Die heimischen Wälder spielen für die Allgemeinheit eine wichtige Rolle. Sowohl als Erholungsgebiet, als auch für den Klima- und Grundwasserschutz sowie den Erhalt der heimischen Tierwelt. Um dies zu sichern, werden wir uns für eine sachgerechte, nachhaltige und naturnahe Waldbewirtschaftung einsetzen. Dazu gehören für uns der Aufbau und die Erhaltung naturnaher Mischwälder. Unser Ziel dabei ist, alle Möglichkeiten der Wald- und Forstwirtschaft bestmöglich zu erhalten und sogar auszubauen. Wir stehen dafür, unsere Wälder im Sinne des Ökosystems zu nutzen, ohne dabei wirtschaftliche Gesichtspunkte zu vernachlässigen.

Dabei vertrauen wir auf die Menschen vor Ort. Die SPD-geführte Landesregierung dagegen setzt immer wieder auf bürokratische Monster. Die machen aber alles nur schwieriger und vor

allem teurer, wie die beiden undurchdachten Novellierungen des Jagdgesetzes deutlich zeigen. Auch in der Forstreform ist die SPD-geführte Landesregierung starrsinnig einen falschen Weg gegangen, ohne mit den Betroffenen zu sprechen. So löst man keine Probleme, sondern schafft nur neue. Wir wollen die Probleme sachgerecht und gradlinig vor Ort lösen, im Einklang mit den Betroffenen und ohne zusätzlichen bürokratischen Aufwand.

Die Jäger sind eine Bevölkerungsgruppe, die sich mit großem Engagement für die Erhaltung eines intakten Lebensraumes einsetzt und dafür viel Zeit und Geld aufbringt. Deshalb wird sich die CDU Rheinland-Pfalz dafür einsetzen, dass im Zuge einer Überprüfung des kommunalen Abgabengesetzes die Jagdsteuer aufgehoben wird.

Landwirtschaft, Weinbau, Forstwirtschaft: Diese Themen stehen für uns nicht am Rand der politischen Agenda. Wir als CDU Rheinland-Pfalz erkennen ihre enorme Bedeutung für unsere Gesellschaft. Sie prägen das Bild unserer über Jahrhunderte gewachsenen Kulturlandschaft, sie versorgen die Menschen mit hochwertigen Nahrungsmitteln und sie sorgen für ein festes wirtschaftliches Fundament. Verantwortlich zu leben heißt für uns deshalb, den ländlichen Raum mit seinen Bewirtschaftungsformen zu erhalten, ihn zu fördern und seine Möglichkeiten bestmöglich zu nutzen. Dafür wird sich eine CDU-geführte Landesregierung einsetzen.

11. Verbraucherschutz ist ein Recht auf sichere Produkte

Verbraucherschutz ist eine politische Querschnittsaufgabe. Verbraucherschutz reicht vom Gesundheitsschutz über Lebens- und Futtermittelsicherheit bis zu Dienstleistungen und dem Schutz der Verbraucher im Geschäftsverkehr auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Verbraucherschutz muss sich dabei an den Grundsätzen Transparenz, Eigenverantwortung, Sicherheit und Nachhaltigkeit orientieren. Die Menschen in unserem Land haben ein Recht auf erstklassige Produkte. Sowohl bei einheimischen, als auch bei ausländischen Nahrungsmitteln und anderen Waren müssen sie sicher sein können, dass keine gesundheitliche Gefahr besteht. Dafür setzen wir uns in besonderer Weise ein. Information und Verbraucherberatung spielen dabei eine wichtige Rolle.

Wir brauchen wirksamere und verbesserte Lebensmittelkontrollen - insbesondere im Hinblick auf den internationalen Lebensmittelhandel. Dabei wollen wir eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern, Kreisen und kreisfreien Städten, um Kosten für die meist sehr teuren Gerätschaften teilen zu können. Wir befürworten eine Ausweitung und flächendeckende Versorgung von Beratungsmöglichkeiten. Sowohl für Verbraucher als auch für Erzeuger bedarf es einer zweckmäßigen und konsequenten Kontrolle. Gleichzeitig soll die Beratung von Erzeugern und Verbrauchern einen größeren Stellenwert erhalten. Zu viel bürokratischer Aufwand erstickt unsere einheimischen Unternehmen und trägt damit nicht zum Schutz der Menschen bei. Wir wollen Sicherheit, aber ohne Bevormundung und Überregulierung. Deswegen soll der Dialog zwischen Verbraucher und Erzeuger sowie zwischen Lebensmittelkontrollleuten und Handel verbessert werden.

Der Verbraucher hat ein Recht auf sichere Produkte. Die SPD-geführte Landesregierung hat sich den gestiegenen Anforderungen des Verbraucherschutzes nicht gewachsen gezeigt. Die von ihnen eingesetzte Verbraucherschutzbeauftragte hat ihre Aufgaben nicht erfüllt und ist schon nach kurzer Zeit gescheitert. Mit solchen nur symbolischen und undurchdachten Handlungen kann man die Verbraucher nicht wirksam schützen. Um den aktuellen Anforderungen des Verbraucherschutzes gerecht zu werden, brauchen wir in der Landesregierung eine Bündelung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Wir werden daher auf echte politische Maßnahmen setzen. Zum Schutz der Menschen in Rheinland-Pfalz.

12. Natur und Umwelt – Chancen des Umweltschutzes nutzen, Bürokratie vermeiden

Mehr als zwei Drittel der Menschen in Rheinland-Pfalz leben in Kleinstädten und Dörfern. Der ländliche Raum ist damit für Millionen von uns der Lebensmittelpunkt. Wir leben trotz allen technischen Fortschritts noch immer in und von der Natur. Deshalb gilt dem Naturschutz und der Bewahrung unserer Umwelt auch für unsere Kinder das besondere Augenmerk der CDU in Rheinland-Pfalz. In unserem christlich-demokratischen Weltbild steht der Mensch mit seiner unantastbaren Würde im Mittelpunkt. Doch die Natur und die Tiere sind genauso Teil der Schöpfung wie der Mensch. Diese Schöpfung zu bewahren ist unser erklärtes Ziel. Wir wollen die Natur trotz ihrer wirtschaftlichen Nutzung für die heutige und auch die folgenden Genera-

tionen lebenswert machen. Denn jeder von uns wie auch unsere Kinder haben das Recht, in einer gesunden und natürlichen Umwelt zu leben. Das verbietet Ausbeutung und Raubbau an der Natur. Wir als CDU Rheinland-Pfalz stehen für eine nachhaltige Entwicklung und für eine fortschrittliche Umweltpolitik.

Trotz knapper öffentlicher Mittel werden wir den Umweltschutz in unserem Land sachgerecht ausbauen. Durch neue Zielkonzepte und eine Umschichtung von Fördermitteln wollen wir eine moderne Umweltpolitik umsetzen. Wir sind gegen Bevormundung und eine Ausweitung von Bürokratie. Das bringt meist nur eine höhere Kostenbelastung für das Land und nimmt den Betroffenen ihre Freiheit. Naturschutz darf den Menschen im ländlichen Raum das Leben nicht unnötig schwer machen. Die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit sind für uns gleichwertig. Nur so kann man eine nachhaltige Entwicklung leisten.

Umweltschutz gelingt dann am besten, wenn man Lösungen im Miteinander aller Beteiligten findet. Dazu gehört, dass das Umweltbewusstsein bei den Menschen gestärkt wird. Wir werden den Naturschutz vor Ort stärken. Wir müssen den Kommunen den Rahmen und die Möglichkeiten geben, selbst zu handeln und unterstützen daher den Ausbau des Instruments „Ökokonto“ sowie den Ausbau von interkommunalen Ausgleichsflächenpools. Auch die Umweltverbände werden wir stärker mit einbeziehen. Umweltschutz beginnt im Kleinen. Überbürokratisierungen nach Art der SPD-geführten Landesregierung helfen uns nicht weiter.

Umweltschutz birgt auch wirtschaftliches Potenzial. Durch die gezielte Förderung von Umwelttechnik können wir nachhaltige Entwicklungen beschleunigen und wirtschaftliche Vorteile wahrnehmen. Auch die Vorbildfunktion umweltfreundlicher Unternehmen muss deutlicher herausgestellt und belohnt werden. Wir müssen die Möglichkeiten der Forschung und Technologie noch besser nutzen, um nachhaltiges Wirtschaften zu ermöglichen. In den Fachhochschulen und Universitäten unseres Landes wird diesbezüglich hervorragendes geleistet. Dies müssen wir weiter unterstützen und mit wirtschaftlichen Ideen verbinden. Dafür werden wir uns einsetzen. Wer gegen neue Techniken ist, versperrt den Weg zu einer zukunftsfähigen Entwicklung und verspielt die Zukunft unserer Kinder.

13. Gewässer- und Hochwasserschutz – Betroffene nicht im Regen stehen lassen

Wasser ist ein ganz besonderes Gut. Gerade die Trinkwasserversorgung muss für die Menschen in unserem Land gesichert sein. Doch die SPD-geführte Landesregierung tut hier nicht genug. Dem steigenden Grundwasser in der Vorderpfalz und in Rheinhessen hat sie kein geeignetes Konzept entgegensetzen. Die Menschen vor Ort fordern Lösungen. Eine weiträumige Wasserentnahme wird jedoch nicht umgesetzt. Wir fordern, dass hier schnell gehandelt wird, um die Menschen nicht unnötig in Gefahr zu bringen.

Beim Hochwasserschutz setzen wir auf die Zusammenarbeit mit den Kommunen. Entscheidungen von oben herab helfen den Betroffenen nicht. Die Lösungen müssen stattdessen auf die regionalen Gegebenheiten abgestimmt sein. Nur so lässt sich Hochwasserschutz mit sozialen, wirtschaftlichen und umweltgerechten Zielen vereinbaren. Die Schaffung von Schwemmungsgebieten zur vorbeugenden Hochwasserrückhaltung ist dazu besonders wichtig. Auch den technischen Schutz zur Vorbeugung von Schäden in hochwassergefährdeten Gebieten werden wir stärken. Alle Maßnahmen zum Hochwasserschutz müssen auch in Übereinstimmung mit unseren Nachbarländern getroffen werden. Hier werden wir uns für einen stärkeren Dialog einsetzen.

Eine zentrale Säule des Hochwasserschutzes ist für uns die Hilfe für betroffene Menschen. Seit Mitte der 90er Jahre fordern wir die Einrichtung eines Hochwasserfonds zur Schadensregulierung. Er soll getragen werden von Land, Bund, Europäischer Union und der Versicherungswirtschaft. Ein solcher Hochwasserfonds wäre die unbürokratischste und gerechteste Lösung. Doch obwohl dies auch die Empfehlung der Hochwasser-Enquête-Kommission im Landtag war, wird er von der SPD-geführten Landesregierung nicht umgesetzt. Das von der SPD geplante Vorhaben einer Pflichtversicherung war jedoch ein Schlag ins Wasser. Die Folge dieser selbtherrlichen Politik: Beim nächsten Hochwasser stehen die Betroffenen im Regen. Dazu darf es nicht kommen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Menschen für die politischen Eitelkeiten der Landesregierung büßen müssen.

14. Tierschutz heißt, die Schöpfung bewahren

Mit Tieren zusammen zu leben ist für uns ein Stück Lebensqualität. Doch Tierschutz ist mehr als das: Er gehört zu unserem Anspruch, die Schöpfung zu bewahren. Wir dürfen nicht wegsehen, wenn Tiere misshandelt werden. Wir setzen uns daher für hohe Strafen bei Verstößen gegen das Tierschutzgesetz ein. Vor allem haben wir uns immer wieder gegen Tiertransporte stark gemacht. Unsere rheinland-pfälzische Landwirtschaft erzeugt bei regelgerechter Haltung der Tiere ausgezeichnete und gesunde Lebensmittel. Schließlich stärkt eine solche Rückbesinnung auf regionale Produkte auch die heimische Landwirtschaft.

15. Energiepolitik – verantwortlicher Umgang mit dem richtigen Energiemix

Die weltweite Entwicklung des Energiemarktes und ein Wirtschaftswachstum mit stetig steigender Nachfrage nach Energie, in Verbindung mit notwendigem Klimaschutz, zwingen zu einer konsequent nachhaltigen, aber ideologiefreien Energiepolitik. Wir brauchen auch in Zukunft einen auf Vernunft gegründeten Energiemix. Wir als CDU Rheinland-Pfalz stehen für eine solche Energiepolitik mit Vernunft und Augenmaß. Wir sagen JA zum Ausbau grundlastfähiger erneuerbarer Energien. Wir sagen JA zu einer verstärkten Energieeinsparung. Und wir sagen JA zu Initiativen, die der Energieeffizienz dienen.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird die sich bietenden Chancen des seit dem 1. Januar 2006 für sämtliche Gebäude verpflichtenden Energiepasses für Rheinland-Pfalz und seine Bürger nutzen. Der Gleichklang von Beschäftigungsmöglichkeiten, Umweltschutz und Energieeinsparung wird genutzt werden. Da in Teilen der Eigentümer von gewerblichen Immobilien der Energiepass eine noch unterrepräsentierte Wahrnehmung besitzt, wird die CDU-geführte Landesregierung gemeinsam mit den IHK, HWK und den Spitzenverbänden der Immobilienwirtschaft eine Offensive in Rheinland-Pfalz starten.

Im Kyoto-Protokoll verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland, den Ausstoß an Treibhausgasen bis 2012 um 21 Prozent gegenüber 1990 zu verringern. Auch hier muss das Land Rheinland-Pfalz seinen Beitrag leisten und in seinen Zielen für Transparenz sorgen. Wir wer-

den, getragen durch einen breiten Energiediskurs, für eine planmäßige Umsetzung dieser Ziele sorgen. Ein umfassender Energiediskurs sowie eine durchdachte Zielplanung sind bei der SPD-geführten Landesregierung dagegen nicht vorhanden. Aufbauend auf einer Energiepotenzialanalyse für alle im Land vorhandenen Energieformen ist ein Szenario der Machbarkeit, dessen umweltverträgliche Umsetzung sowie seine Akzeptanz durch die Bevölkerung für die CDU Rheinland-Pfalz von überaus großer Bedeutung. Die mögliche Nutzung von Energieeinsparung, aber auch die Überarbeitung von Richtlinien, Landesplanung und Förderprogrammen ist zwingend erforderlich. Wir werden auch ein größeres Augenmerk auf die technische Entwicklung in Zusammenarbeit mit den rheinland-pfälzischen Hochschulen legen.

Bei der Entwicklung grundlastfähiger Energien sieht die CDU vor allem die enormen Möglichkeiten des Ausbaus der Geothermie. Gerade in Rheinland-Pfalz und insbesondere dem Oberrheingraben, aufgrund seiner geologischen Bedingungen, kommt ihr eine herausragende Bedeutung als Energieträger zu. Das technische Potenzial zur Stromerzeugung für den gesamten Oberrheingraben beträgt rund das 650 fache des rheinland-pfälzischen Stromverbrauchs des Jahres 2000. Erdwärme ist eine Energieform der Zukunft! Weltweit wird bereits heute mehr Energie aus Erdwärme gewonnen als aus Sonnenkollektoren und Windkraftanlagen zusammen. Bei ihrer Nutzung hinkt Rheinland-Pfalz im Verhältnis zu seinen Potenzialen sowohl national als auch international hinterher. Eine CDU-geführte Landesregierung wird ein ausgiebiges Konzept auflegen, das Wege und Lösungen zur verstärkten Nutzung der Geothermie aufzeigt.

Auch andere Energieträger gilt es bestmöglich und gleichzeitig umweltverträglich zu nutzen. Insbesondere in der Landwirtschaft kann auch die Biomasse als grundlastfähiger Energieträger volkswirtschaftlich sinnvoll in Rheinland-Pfalz genutzt werden. Wir werden außerdem den Potenzialen der Wasserkraft, der Erdwärme und allen Formen der erneuerbaren Energien größere Beachtung schenken.

Zum weiteren Ausbau der Windenergie in Rheinland-Pfalz sagen wir dagegen Nein. Entschieden widerspricht die CDU Rheinland-Pfalz dem Vorhaben der SPD-geführten Landesregierung, den Wald in Rheinland-Pfalz für Windkraftstandorte zu öffnen.

Wir werden zusätzlich die Abstände von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung erheblich vergrößern. Die Faustformel lautet: Höhe des Windrades x 10, aber mindestens 1.000 Meter Abstand. Verträglichkeit für die Menschen, aber auch Wirtschaftlichkeit müssen eine entscheidende Richtschnur in der Energiepolitik sein.

16. Sport – miteinander leben, miteinander aktiv sein

Die Fußballweltmeisterschaft 2006 ist in aller Munde. Ganz Deutschland befindet sich in Aufbruchstimmung und Vorfreude. „Zu Gast bei Freunden“ lautet das Motto – auch wir in Rheinland-Pfalz sind Gastgeber und werden Fußballfreunde aus aller Welt begrüßen können. Kaiserslautern wird während der Weltmeisterschaft der Mittelpunkt unseres Landes sein. Stars aus aller Welt werden sich hier einfinden. Teilnehmende Mannschaften werden in Hotels und Sportanlagen der Region erwartet, genauso wie tausende Fans und Touristen. Wir werden Rheinland-Pfalz als das offene, gastfreundliche, lebendige und fröhliche Land zeigen, das wir sind. Diesen Imagegewinn müssen wir auch langfristig für unsere Region nutzen. Wir wollen gemeinsam mit unseren Gästen die WM feiern und sie auch nach dem Finale immer wieder gerne bei uns begrüßen.

Das tägliche Treiben rund um den Sport darf bei aller Aufregung vor dem Großereignis aber nicht vergessen werden. In Rheinland-Pfalz sind über 6.200 Vereine mit mehr als 1,4 Millionen Mitgliedern Woche für Woche tätig. Viele tausende sind dabei ehrenamtlich aktiv und ermöglichen mit ihrem Einsatz das Gelingen des Breitensports in Rheinland-Pfalz. Diese Vereine und ihre Mitglieder zu fördern und zu unterstützen ist unser erklärtes Ziel. Sport hat eine große soziale Bedeutung und erfüllt wichtige Aufgaben in unserer Gesellschaft. In allen Sportarten geht es um Fairness – eine Eigenschaft, die auch außerhalb des Sports wichtig für unser gesellschaftliches Miteinander ist. Zudem trägt der Sport wesentlich zu unserer Gesundheit bei. Es gibt also gute Gründe den Sport zu fördern – vor allem auch in der Breite.

Dabei ist von zentraler Bedeutung, dass wir die Jugend frühzeitig für eigene sportliche Leistungen begeistern. Leider fällt an unseren Schulen viel zu häufig der Schulsport aus. Dies erschwert den Kindern schon frühzeitig den Einstieg in ein sportliches Leben. Wir werden als

CDU-Landesregierung diesen Unterrichtsausfall bekämpfen und den Stellenwert des Schulsports stärken. Denn Schulsportunterricht macht nicht nur Freude, sondern stärkt auch den Klassenverband und gibt den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, sich richtig auszutoben. Auf eine spielerische Art lernen die Schülerinnen und Schüler Fairness im Umgang miteinander.

Auch in der Freizeit muss es unabhängig vom eigenen Geldbeutel möglich sein, Sport auszuüben. Dies wird aber durch den zunehmend schlechten Zustand der Sportstätten vielerorts gefährdet. Rheinland-Pfalz befindet sich im Ländervergleich regelmäßig auf den letzten Plätzen im Bereich der Sport- und Sportstättenförderung. Verschärft wird dieser Missstand noch durch die schlechte finanzielle Lage der Kommunen. Wir werden den Investitionsstau bei der Sport- und Sportstättenförderung schnellstmöglich abbauen. Ein erster Schritt wird sein, die Kommunen wieder finanziell auf vernünftige Füße zu stellen. Sport lebt schließlich von den Menschen, die ihn betreiben – aber veraltete Geräte, heruntergekommene Plätze und baufällige Hallen rauben den Sportlern die Freude und die Bewegungsmöglichkeiten.

Zudem besitzen der Spitzen- wie auch der Behindertensport eine große Vorbildfunktion in unserer Gesellschaft. Beide heben sich vom normalen Freizeitsport ab, indem sie da weitermachen, wo andere aufhören. Sie leisten Außergewöhnliches. Mit ihrem vorbildhaften Einsatz überwinden Spitzensportler und Sportler mit Behinderungen regelmäßig persönliche Grenzen. Dadurch steigern sie nicht nur ihre eigene Leistung, sondern heben auch ihr Selbstwertgefühl und sind Vorbilder in unserer Gesellschaft. Dies wollen wir auch weiterhin fördern. Gerade im Behindertensport sehen wir eine vorrangige Aufgabe der Sportförderung. Sie richten die Aufmerksamkeit der ganzen Republik auf Rheinland-Pfalz. Durch die Bezuschussung des Olympiastützpunktes Rheinland-Pfalz/Saarland, der verschiedenen sportmedizinischen Zentren und der vielen Landesleistungszentren wollen wir den Spitzensport in unserem Land auch in Zukunft sichern.

Sport spielt eine wichtige Rolle im Leben, sowohl bei der Gesundheit des Einzelnen, als auch im Miteinander der Menschen. Eine CDU-geführte Landesregierung wird den Sport deshalb

nicht länger an den Rand drängen, sondern ihm endlich wieder die wichtige Bedeutung geben, die ihm zusteht.

VII. Stichwortverzeichnis – unsere Politik von A-Z

A

Abgaben *siehe* Finanzpolitik
 Abgeordnete 83
 Abitur 31, 58
 ADD 82, 90
 Alleinerziehende 45
 Allgemeinmediziner 62
 Alter 28, 49, 52, 53, 59
 ältere Menschen *siehe* Senioren
Arbeit 6, 10, 12, 13, 18, 48,
 55, 57, 58, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 71, 77, 96, 97
 Arbeitskräfte 22
 Arbeitslose *siehe* Arbeitslosigkeit
 Arbeitslosigkeit 6, 7, 10, 11, 16, 43, 50
 Arbeitsmarkt 46, 52, 55, 70
Arbeitsplätze 5, 6, 8, 10, 13, 19, 20, 55,
 79, 80, 89, 100
 Armut 7, 10, 25, 43, 58
 Aufschwung 5, 88
Ausbildung 7, 14, 22, 24, 25, 30, 37, 41,
 42, 46, 54, 60, 62, 71
 Ausbildungsbetriebe *siehe* Ausbildung
 Ausländer 59, 68, 74, 77
 Ausländerfeindlichkeit 58
 Auszubildende 22

B

Bagatelldelikte 3, 69
 Bahn 19
 Ballungsräume 18, 98
 Banken 51
 Basel II 15
 Bauern 99, 100
 Beauftragte 83
 Begabung 29
 Benachteiligungsverbot 56
 Beruf 3, 46, 47, 49, 50, 55, 59
Berufsbildende Schulen *siehe* Berufsschulen
 Berufsfindungsklassen *siehe* Schulen
 Berufsgenossenschaft 99
 Berufsleben 7, 25, 31, 51, 55
 Berufsrückkehrer 49
 Berufsschulen 6, 25, 33, 35, 60
 Beschäftigung *siehe* Arbeit
 Beschäftigungspolitik *siehe* Arbeit
 Betreuung 27
 Betriebspraktika 16, 36
Betriebsübernahme 2, 17
Bevölkerungsschutz 4, 75
 Bewegungsmangel 59
 Bezirksregierungen 81, 90
 Bibliotheken 92

Bildung 2, 5, 8, 14, 24, 25, 26, 30,
 33, 35, 37, 41, 50, 79, 80
 Bildungspolitik *siehe* Bildung
 Bildungswesen *siehe* Bildung
 Biomasse 107
 Biotechnologie 7, 37, 40
 Breitensport *siehe* Sport
 Bundeswehr 17
Bürgergesellschaft 4, 44, 81, 96
 Bürgerinnen und Bürger 5, 8, 21, 44, 69, 78,
 79, 82, 87, 93, 96
 Bürgernähe 83, 91
 Bürokratie 4, 5, 54, 63, 81, 82, 91,
 93, 101, 103, 104
 Bürokratieabbau 90
 Bürokratisierung *siehe* Bürokratie

C

Chöre 93
 Christen 9
 christlich-demokratischen Weltbild 103
 christliche Soziallehre 44
christliches Menschenbild 9, 56

D

Demenz 54
 demographischer Wandel 10, 98
 Demokratie 3, 74, 90, 95
 Deutsch, Schulfach / Sprache 2, 30, 31, 58
 Deutschkenntnisse 30, 59
 Dienstleistungen 20, 50, 84, 88, 102
 Digitale Medien 22
 Digitalfunk 67
 Diskriminierung 58
 DNA-Analyse 67
 Dörfer 5
 Drogen 41, 64, 67, 71, 73, 74
 drogenfreie Schule 71
Drogenkriminalität 3, 71, 73

E

eGovernment 4, 83, 84, 85, 86, 87
Ehe 44
Ehrenamt 4, 51, 75, 76, 90, 93, 96
 Eigeninitiative 16, 56
 Eigenkapitalbasis 15
 Einkommensteuer 48
 Elementarschule 28
Eltern 7, 10, 25, 27, 30, 32, 34, 45,
 46, 47, 48, 49, 57, 70
 Elternzeit 46, 49

Energiepolitik.....4, 106, 108
 Entbürokratisierung *siehe* Bürokratie
 Erbschaftssteuer 17
 Erdwärme107
 Erfindungen7, 24
 Erziehung 33, 47, 57, 70, 80
 Erziehungsgeld.....46
 Erziehungspartnerschaft30, 34
 Erziehungspatenschaften 34
 Erziehungsurlaub46
Europa 4, 5, 21, 58, 88, 89
 Europäischer Binnenmarkt *siehe* Europa
 Europäische Union..... *siehe* Europa
 Europapartei88
Existenzgründung2, 16
 Exportquote.....88
Extremismusbekämpfung.....3, 74

F

Fachärzte.....62
 Fachhochschulen 3, 16, 37, 41, 104
Familie.....3, 10, 34, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50,
 53 55, 58, 61, 70
 Familie und Beruf.....46
 Familienarbeit 47, 48, 49
 Familienarmut 7
 Familienfreundlichkeit49
Familienunternehmen.....2, 17
 Fehlernährung59
 Fernverkehr.....19
Feuerwehren..... 4, 75, 76
Finanzen4, 78, 81, 90
 Finanzpolitik 8, 24, 78
 Flexibilität 13
 Flughafen Hahn..... 17, 19, 67
 Förderlehrer.....29
Fördernde Grundschule28
 Förderschulen.....36
 Förderungsprogramme22
 Forscher *siehe* Forschung
Forschung.....6, 7, 11, 13, 14, 38, 39, 40,
 62, 79, 80, 104
 Forschungseinrichtungen..... 22, 37, 38
Forschungsstandort24, 37
Forstwirtschaft98
 Fortschritt5, 103
 Frauen.....46, 47, 49, 55, 56, 58
 Freiheit39, 43, 56, 64, 90, 100, 101, 104
 Freizeit..... 51, 109
 fremde Kulturen..... 58
Fremdenverkehr 2, 20, 21
 Fremdsprache29, 31
 Freundschaft.....88
 Frieden..... 9, 43, 88
Frühförderung.....*siehe* Fördernde Grundschule
 Fußballweltmeisterschaft.....108

G

Ganztagsangebote2, 35
 Geborgenheit45
 Gemeinden13, 20, 75, 88, 92
 Gemeinschaft 33, 44, 51
 Gemeinsinn.....44, 51
Generationen 3, 8, 49, 50, 52, 78, 104
 Geothermie..... *siehe* Erdwärme
 Gerechtigkeit9, 43, 55
 Geriatrie 53
 Gerichtsverfahren.....65, 72
 Geschiedene45
Gesundheit7, 25, 53, 59, 75, 108, 109
 Gesundheitsämter 60
 Gesundheitspolitik *siehe* Gesundheit
 Gewaltmonopol des Staates 69
 Gewerbeflächen..... 13, 14, 22
 Glaubwürdigkeit 9
Gleichberechtigung3, 55
 Gleichstellung35, 57
 Globalisierung..... 10
 Gott.....9, 33
 Grundgesetz 33, 45, 92
 grundlastfähige Energien107
Grundschule 2, 26, 28, 29, 30, 32, 41
 Grundwasserschutz.....101
 Gymnasien.....6, 25, 33

H

Haftanstalten4, 77
 Hauptschule31, 58
 Haushaltslöcher 79
 Heilbäder 21
 heilpädagogische Förderlehrer.....29
 Heimat..... 5, 98
 Heimatpflegegruppen.....93
Heimatvertriebene4, 97
 Hilfsorganisationen.....75
Hochschulen 3, 7, 13, 16, 22, 37, 38,
 39, 40, 41, 58, 107
 Hochschulpolitik..... *siehe* Hochschulen
Hochwasserschutz4, 105
Hospize62
 Hotels *siehe* Tourismus

I

Ideen2, 3, 16, 24, 25, 37, 95, 104
 Impfung 61
 Industrie 51
 Informations- und Kommunikationstechnik ...40, 83,
 84, 86, 87
Infrastruktur.....10, 14, 18, 40, 53, 92, 98
 Innenpolitik 64
Innere Sicherheit..... *siehe* Sicherheit
 Innovation..... 12
 Insolvenz 10

Integration 3, 41, 58
 Integrationskurse 59
 Investitionen 8, 12, 38, 40, 79
 Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz
 (ISB) 16, 17
 islamischer Religionsunterricht 33, 58
 Islamisten 74
 IT, Informationstechnik 21, 22, 85

J

Jagdgesetz 102
 Jugendarbeit 51, 76, 96
 Jugendhilfe 72
Jugendliche 3, 50, 51, 58, 72
 Jugendverbände 51

K

Katastrophenschutz 4, 75
Kinder 3, 5, 7, 10, 24, 25, 27, 28,
 29, 30, 44, 45, 46, 47, 50, 51, 59, 68, 69, 70, 72, 92,
 93, 103, 104
 Kinderarmut 8, 80
Kindergarten 28, 30, 46, 57, 70
 Kindergartenplätze 47
Kinderkrippen 48
Kindertagesstätten 2, 26, 27, 28, 29, 48
 Kirchen 69, 95, 96
 kirchliche Jugendarbeit 70
 Klassen, (Schulklassen) 26, 41, 59
 Klassenmessen 29
 Kommunale Spitzenverbände 60
 Kommunen 21, 47, 52, 56, 69, 79,
 83, 85, 90, 91, 92, 93, 94, 105, 109
 Kompetenz 4, 9, 45, 55, 81
 Konnexitätsprinzip 92
Konversion 2, 17, 18
 Kopfnote 33
 Kopftuch 58
 Krankenhaus 60, 61, 62
 Krankenversicherung 61, 99
 Krankheit 53
 Kreditvergabe 15
Kriminalität 3, 4, 8, 64, 65, 69, 72, 73, 75
 kriminologisch-kriminalistisches Forschungsinstitut
 67
Kultur 59, 93, 94, 95, 98
 Kulturlandschaft 21, 99, 102
 Kulturpolitik *siehe* Kultur
 Kulturstiftungen 94
 Kunst 93, 94
 Kunstvereine 93
 Kurorte *siehe*

L

Länderfinanzausgleich 78
 Landeshaushalt 78, 80

Landkreise 81, 82, 90, 91, 92
ländlicher Raum 4, 36, 61, 62, 98, 102, 104
 Landschaft 5, 63, 99
Landwirtschaft 98, 99, 100, 102, 106, 107
 Lebensadern 14
 Lebenserfahrung 50
 Lebensfreude 5, 6
 Lebensglück 44
 Lebensqualität 53, 92, 93, 98, 99, 100, 106
Lehrer 6, 25, 41, 71
 Lehrerbildung 41, 42
 Lehrermangel 35
 Lehrkräfte 6, 25
 Lehrpläne 33
Leistung 12, 25, 38, 49, 55, 88, 109
 Leitbild, politisches 9, 44, 95
 Lesefähigkeit *siehe* Grundschule
 Leseförderung 93
 Limes 95
 Linksradikal 74
 Lohnnebenkosten 12, 15

M

Männer 46, 47, 49, 55, 56
 Markt 12, 16, 51
Medien 2, 21, 22, 41
 Medienpolitik 22
 Medizin 59
 Mehrsprachigkeit 14
Menschen 5, 9, 10, 16, 21, 24, 25, 31,
 37, 39, 42, 43, 44, 45, 46, 49, 51, 52, 53, 54, 55, 56,
 57, 58, 59, 62, 63, 64, 65, 68, 69, 74, 75, 78, 80, 88,
 90, 91, 92, 93, 95, 96, 97, 98, 99, 101, 102, 103,
 104, 105, 108, 109
Menschen mit Behinderungen 56
 Menschenwürde 33
 Metropolregion 10
 Migrationshintergrund 30, 58
Militär 17
 Mittelbehörden 82, 91
 Mittelrheintal 20, 21, 95
 Mittelstand 12, 13, 14, 15, 20
 mittelständische Wirtschaft *siehe* Mittelstand
 mittelständische Unternehmer *siehe* Mittelstand
 Multimedia 21
 Museen 93

N

Nachbarschaftshilfe 50
 Nächstenliebe 33, 43, 56
 Nachwuchswissenschaftler 40
 Nahrungsmittel 102
Natur 4, 13, 103
 Naturwissenschaften 25
 Neuverschuldung 8, 78, 80
 nichteheliche Lebensgemeinschaften 45

O

Ökosystem.....	101
Opfer.....	56, 64, 68, 69, 70
Opferschutz.....	3, 64, 68, 69
Organisierte Kriminalität	65, 72, 73, 75
Ortsgemeinden.....	91

P

Palliativmedizin	62
Parallelgesellschaften.....	58, 72
Patienten.....	61, 62
Personalausgaben.....	79
Perspektiven.....	19, 27, 50, 70
Pflege.....	54, 57, 63, 99
PISA-Studie.....	24, 25, 51
Polizei	3, 64, 65, 66, 67, 72, 79, 85
Polizeidichte.....	8, 64, 65, 73
Prävention	53, 60, 68, 69, 70, 71
Präventionsmaßnahmen.....	68, 70, 73
privilegierte Partnerschaft.....	90
Psychologen.....	29

Q

Qualifikation.....	24
Qualität.....	7, 12, 35, 38, 42, 45, 100

R

Rahmenbedingungen.....	12, 14, 17, 46, 48, 51, 54, 62, 75, 94, 96, 100, 101
Realschulen.....	31
Rechtsradikale.....	74
Rechtsstaat.....	58
Region	2, 5, 6, 11, 18, 19, 20, 61, 62, 89, 108
Reha-Einrichtungen.....	63
Religion.....	33, 58, 95
Religionsgemeinschaften	4, 95, 96
Rentenversicherung.....	46
Richterwahlausschuss.....	83

S

Saisonarbeitskräfte.....	101
Schiene.....	19
Schöpfung.....	4, 9, 103, 106
Schreibfähigkeit.....	<i>siehe</i> Grundschule
Schulden.....	78, 79
Schulen	3, 5, 6, 22, 25, 26, 27, 30, 31, 33, 35, 36, 41, 57, 58, 60, 69, 70, 71, 79, 108
Schüler.....	6, 25, 26, 29, 30, 31, 33, 35, 42, 50, 59, 70, 71, 109
Schulgesetz.....	33
schulpsychologischer Dienst.....	31
Schulschwänzer.....	68, 71
Schwarzarbeit.....	12, 59
Schwimmbäder.....	92
Selbstdarstellung der Landesregierung	79

Selbsthilfegruppen	48
Senioren	52, 53
Seniorenpolitik.....	<i>siehe</i> Senioren
Seuchen.....	61
Sexualstraftäter.....	67
SGD.....	82, 90
Sicherheit	3, 4, 5, 6, 8, 10, 12, 24, 43, 56, 64, 65, 70, 71, 77, 80, 86, 92, 93, 102, 103
Sicherungsverwahrung.....	68
Solidarität.....	50
Sonnenkollektoren.....	107
Soziale Marktwirtschaft	2, 12
sozialer Zusammenhalt	3, 5, 43, 56
Sozialkompetenz.....	70
Sozialstaat.....	43
Sozialverhalten	2, 33
Sozialversicherungsbeiträge.....	44
Sozialversicherungspflicht.....	21
Sozialversicherungssystem.....	12
Spätaussiedler	4, 97
Spielplätze.....	92
Spitzensport.....	<i>siehe</i> Sport
Spitzenverbände.....	91
Sport.....	4, 60, 96, 108, 109
Sportstätten.....	53, 109
Sportunterricht.....	60
Sprachfähigkeit.....	<i>siehe</i> Bildung
Sprachförderung	<i>siehe</i> Bildung
Sprachkenntnisse.....	31, 58
Staatsquote.....	12
Städte.....	5, 13, 82, 92
Stalking.....	68
Steuern	12, 15
Steuersystem.....	<i>siehe</i> Finanzpolitik
Stiftungen.....	94
Stipendien.....	40
Straftaten	3, 64, 67, 68, 69, 70, 71
Straße.....	19, 92
Straßenbau.....	18
Studiengebühren.....	39
Studierende	16, 37, 38, 39, 40
Studium.....	38, 39, 42
Subsidiaritätsprinzip.....	91
SWR, Südwestrundfunk.....	21, 22

T

Tagesmütter / Tagesväter.....	48
Tagespflege	47, 48
Technologietransfer.....	14, 22
Terror.....	4, 61, 75
Terroranschläge.....	74
Terrorismus.....	74, 75
Terroristen.....	65
Tierschutz	106
Tierwelt.....	101
Toleranz.....	33, 45, 89

Tourismus.....20, 21, 63, 95, 99, 100
 Tourismuspolitik *siehe* Tourismus
 Tradition10, 97
 Türkei 90

U

Überstunden.....65
 Umwelt104
Umweltschutz4, 103
Universitäten22, 37, 62, 104
 Unternehmen 12, 13, 14, 15, 16, 19,
 21, 22, 48, 49, 51, 57, 81, 88, 99, 103, 104
 Unternehmer14, 15
 Unterrichtsausfall *siehe* Unterricht
 Unterrichtsgarantie.....2, 7, 32
 Unterrichtsstunden *siehe* Unterricht

V

Verantwortung..... 4, 5, 7, 8, 11, 33, 39, 45,
 51, 52, 57, 83, 89, 90, 92, 97
 Verantwortungsbewusstsein*siehe* Verantwortung
 Verbände51, 62
 Verbandsgemeinden 82, 90, 91
Verbraucherschutz.....4, 102
Verbrechen3, 64, 65, 72, 73
Vereine69, 96, 97, 108
 Verfassung *siehe* Grundgesetz
 Verfassungsschutz..... 4, 73, 75
 Verkehrsachsen 18
 Verkehrsinfrastruktur 2, 14, 18
 Verkehrswege.....6
 Versöhnung.....88
 Vertrauen 7
 Verwaltung4, 67, 81, 82, 83, 87, 90, 91, 100
Verwaltungsreform 81, 83, 84, 86, 87, 91
 Vogelgrippe 61
 Volkshochschulen 53

W

Wachstum6, 12, 19, 80, 81

Wald 101, 107
 Wechseldienst 66
 Wein 63, 101
Weinbau 98
 Weiterbildung 48, 51, 85
 Wellness21, 63
 Weltkulturerbe.....20, 95
Werte33, 43, 45, 58, 95
 Werteorientierung.....45, 51
 Wertevermittlung *siehe* Werte
 Wettbewerb.....10, 12, 16, 35, 38, 39, 101
 Windkraftanlagen 107, 108
 Winzer 99, 100, 101
Wirtschaft6, 12, 13, 14, 16, 18, 22, 35,
 40, 41, 47, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 88, 92, 99
Wirtschaftsförderung 2, 14
 Wirtschaftspolitik *siehe* Wirtschaft
 Wirtschaftsstandort *siehe* Wirtschaft
 Wissen 22, 24, 28, 37, 42, 45
Wissenschaft 5, 7, 11, 24, 39, 79, 80, 85, 86
Wohlstand..... 2, 6, 10, 13, 88
 Wohnen 53
Würde des Menschen43, 56, 57, 103

Z

Zahlungsmoral 15
 ZDF, Zweites Deutsches Fernsehen21, 22
 Zentralabitur 31
 Zivilcourage 33
Zukunft 3, 4, 7, 8, 18, 20, 24, 25, 43,
 44, 46, 50, 54, 58, 61, 62, 70, 76, 78, 79, 80, 88,
 104, 106, 107, 109
 Zukunftschancen 24, 50, 51
 Zusatzqualifikationen 22
 Zuverlässigkeit 12
 Zuwanderer 58
Zuwanderung 58
 Zwangsverheiratung 58

Das vorliegende Regierungsprogramm ist
Beschluss des Landesparteiausschusses
der CDU Rheinland-Pfalz
vom 21. Januar 2006
in Bingen am Rhein

Herausgeber

CDU-Landesverband Rheinland-Pfalz
Rheinallee 1a-d
55116 Mainz
Tel.: 0 61 31 – 28 47 - 0
Fax: 0 61 31 – 28 47 68
E-Mail: info@cdurlp.de
www.cdu-rlp.de